

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Auflösung des bayerischen Landtages.

München, 14. November. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlas Staatsminister v. Breitreich eine Allerhöchste Votschaft, wonach der gegenwärtige Landtag aufgelöst wird. Sowohl die Rechte wie die Linke nahmen die Votschaft mit stürmischem Bravo entgegen. Der Präsident der Kammer schloß danach die Sitzung mit einem Hoch auf den Regenten.

So meldet Wolffs Telegraphen-Bureau. Nach den Ergebnissen der letzten Tage keine unerwartete Nachricht. Nachdem die Zentrumsfraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer die debote Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten, des Grafen v. Bodewits, als ungenügend zurückgewiesen und, um die Entlassung des Eisenbahnministers v. Frauendorfer zu erzwingen, mit der ihr eigenen prohijigen Ueberhebung die Fortsetzung des Parlamentarismus angekündigt hatte, blieb dem Ministerium kaum etwas anderes übrig, als entweder seine Entlassung zu nehmen oder die Abgeordnetenkammer aufzulösen. Vielleicht hätte mit jener feigen Nachgiebigkeit bayerischer Minister gegen übermütige Zentrumswünsche, die Ludwig Thoma in seinen Briefen eines bayerischen Landtagsabgeordneten so köstlich schildert, das bayerische Staatsministerium sich noch weitere Verbengungen vor der regierenden Zentrumspartei geleistet und schließlich, um sich seine wertvolle Existenz zu sichern, auch die Entlassung des Ministers v. Frauendorfer dem Haß des Zentrums als Sübne dargebracht, wenn nicht der Prinzregent durch ein Handschreiben an den Minister v. Bodewits dem Ministerium den geschmeidigen Rücken gestärkt hätte, indem er dem Gesamtministerium sein unverändertes Vertrauen aussprach und zugleich das Ministerium ersuchte, keine Rücksicht auf sein hohes Alter zu nehmen, falls es eine Kammerauflösung für nötig halte. Solche Männlichkeit machte auch den Ministern Courage. Und so erschien dem gestern, am Dienstag, um 9 1/2 Uhr, der Minister des Innern v. Breitreich in Begleitung seiner sämtlichen Kollegen im Abgeordnetensaal, mit der roten Wappe unter dem Arm, und verlas, nachdem der Präsident Dr. v. Orterer die Sitzung eröffnet und ihm das Wort erteilt hatte, die die Auflösung des Landtages verkündende Votschaft. Verduzt schaute ein Teil der Zentrumsmitglieder darein, während unsere Genossen und die Liberalen in lebhaftem Beifall ausbrachen, der auf den vollbelegten Tribünen ein nachhaltiges Echo fand. Spöttisch riefen verschiedene Abgeordnete der Linken der Zentrumsfraktion ein fröhliches „Auf Wiedersehen!“ zu. Doch das Zentrum antwortete nicht. Es verhielt sich schweigend, sichtlich durch den Vorgang deprimiert.

Auf den Straßen wurden den Ministern stürmische Ovationen dargebracht, besonders wurde der Minister v. Frauendorfer von den zahlreichen Reugierigen, die sich eingefunden hatten, mit stürmischem Jubel begrüßt. So hat sich die Spannung gelöst, die in letzter Zeit auf dem politischen Leben Bayerns lastete. Allzu stark war der Druck geworden, dem das die große Mehrheit der Abgeordnetenkammer bildende Zentrum (88 von insgesamt 163 Mandaten sind im Zentrumsbesitz) auf das ganze Staatsgetriebe ausübte. Bayern genoss das zweifelhafte Vergnügen der politischen Parteiherrschaft des Merkmalismus, ohne daß dieser die politische Verantwortlichkeit zu tragen brauchte. Wenn eine so starke Mehrheitspartei, wie bislang das Zentrum in Bayern war, zu regieren und dem Lande seinen Willen aufzuzwingen sucht, ohne die Verantwortung der Regierung zu übernehmen, so korrumpiert sie nicht nur die Regierung und den Parlamentarismus, sondern entwürdigt und erniedrigt alle Verhältnisse des Staatslebens. Das bayerische Zentrum nißte sich in allen Ministerien ein, suchte überall seine Stützlinge unterzubringen, biß seine Gegner weg, erniedrigte die Politik zur Stellenjagd und Hochstapelei, und schlichtete die Minister durch Entlassungsdrohungen und Erpressungen ein.

Auch sein Kampf gegen den Minister v. Frauendorfer ist aus der rücksichtslosen Herrschaft des Zentrums entsprungen. Es suchte bekanntlich diesen Minister zu zwingen, den Eisenbahnern die Zugehörigkeit zu dem angeblich sozialdemokratischen Tendenz verfolgenden Süddeutschen Eisenbahnerverband zu verbieten. Als Herr v. Frauendorfer sich diesem Ansinnen nicht in vollem Maße fügte, schworen ihm die Zentrumsführer Rache und suchten seine Entlassung durchzusetzen. Die Erklärung der Zentrumsgrößen, der Minister v. Frauendorfer habe dadurch, daß er bei der gegen ihn gerichteten Rede eines Zentrumsabgeordneten hinausgegangen sei, eine derartige Verachtung des Zentrums und der Abgeordnetenkammer bewiesen, daß fernerhin die Zentrumsfraktion nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten könne, ist nichts als ein leerer Wortwand. Sicherlich war das Verhalten des Ministers v. Frauendorfer tafflos; aber wäre er dem Zentrum zu Willen gewesen, es hätte ihm seine Taktlosigkeit gerne verziehen und sich mit einer einfachen Verwahrung begnügt.

Da voraussichtlich aus budgettechnischen Gründen die bayerischen Landtagswahlen schon im Januar stattfinden werden, stehen unsere bayerischen Genossen vor einer großen Wahlkampagne; sie haben zugleich für die Reichstags- und Landtagswahlen zu arbeiten. Günstig gelingt es, die liberale Mehrheit zu brechen, wozu die Eröberung von mindestens 17 bis 18 Zentrumsmandaten durch die Sozialdemokratie und den Liberalismus nötig wäre; denn in der aufgelösten Kammer hatte von den 163 Sitzen das Zentrum 98 in Beschlag genommen, während auf unsere Partei 21, auf die Liberale Vereinigung 24 und auf die Freie Vereinigung 19 Mandate kamen.

Aus München wird uns von einem Mitglied der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion geschrieben:

In eingeweihten Kreisen stand bereits gestern nachmittag fest, daß der Landtag aufgelöst werden würde, wenn nicht das Zentrum eine der Regierung entgegenkommende Erklärung abgeben würde. Die Nachmittagszeitungen hatten die Nachricht gebracht, der Prinzregent habe ein Anschreiben an das Staatsministerium gerichtet, in welchem dem Ministerium das Vertrauen des Regenten ausgesprochen sei und gleichzeitig gesagt würde, der Prinzregent lege Wert darauf, daß die Öffentlichkeit erfahre, das Staatsministerium habe gar keine Rücksicht auf sein hohes Alter zu nehmen; es solle nach seinem Ermessen handeln. Bis abends 8 Uhr war keine Bestätigung dieser Tatsache durch das offizielle Bureau erfolgt; und die Zentrumspartei, die bereits nachmittags zu einer Fraktions-sitzung zusammengetreten war, glaubte nicht an dieses Handschreiben und gab sich der Meinung hin, es handele sich um ein unverantwortliches Mandat der Umgebung des Prinzregenten. Sie war fest der Meinung, der Gesundheitszustand des Prinzregenten bürge dafür, daß sich die Regierung eine Auflösung des Landtags nicht erlauben könne. Alle Beziehungen der schwachen Regiergung zum Staatsministerium waren offenbar abgebrochen; und zu der Zeit als sich das Zentrum noch der Hoffnung hingab, die Regierung müsse nachgeben oder entgegenkommen, war bereits das „Gesetz- und Verordnungsblatt“ mit der Nachricht der Auflösung in Druck gegeben.

Als heute morgen der Minister des Innern die Auflösung des Landtages verkündete, trat deshalb diese Nachricht das Zentrum wie ein Blitz. Und während die gesamte Linke mit einem lauten Bravo darauf antwortete, sah das Zentrum stumm und starr auf seinen Bänken. Die Auflösung des Landtages stellt sich dar als ein Akt der Notwehr der bayerischen Regierung gegen den verfassungswidrigen Ansturm des Zentrums, das die Regierung mit Gewalt zwingen wollte, Ausnahme-gesetze und brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu machen. Die Regierung hatte bereits weit nachgegeben. Die Erklärungen des Verkehrsministers in Sachen des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes waren beinahe weitgehend, als die des preussischen Eisenbahnministers. Und der Versuch des Ministerpräsidenten, die Disziplinargerichte zuungunsten der freientenden Beamten zu beeinflussen, war ein bisher in Bayern nie erhörter Akt des Verlassens jedes gesetzlichen Bodens. Noch am Sonnabend schien der Ministerpräsident bereit, durch weitere Willkürmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie dem Zentrum entgegenzukommen. Und selbst als der Abg. Verno die Maske gelüftet hatte und die Vorgänge in dem Landesauschuß, die eine Hinausweisung des Verkehrsministers bedeuteten, damit motivierte, daß das Zentrum weitere Zugeständnisse in seinen Forderungen gegen die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter erhalten müsse, bemühte sich der Ministerpräsident, durch scharfe Angriffe auf die Sozialdemokratie das Wohlwollen der scharfmacherischen Mehrheitsparteien wieder zu gewinnen.

Damit hatte der Vertreter des Zentrums namens seiner Partei die Aktion preisgegeben, als ob es sich bei der Obstruktion des Zentrums um Wahrung irgendeines parlamentarischen Rechts handele. Trotzdem hatte, wie gesagt, der Ministerpräsident nicht das geringste Bedürfnis, für die Regierung zu erklären, daß sie den Boden des Gesetzes nicht weiter verlassen werde. Die scharfe Anklage von unserm Genossen Adolf Müller hatte indessen bei den übrigen Mitgliedern der Regierung offenbar die Ueberzeugung geweckt, daß es so nicht weiter gehen könne. In den nun folgenden Sitzungen des Ministerrates ergab sich einstimmiger Widerstand gegen den Ministerpräsidenten, sich weiter zum Instrument der Willkür herzugeben.

Die politische Lage, die durch die Auflösung geschaffen ist, ist für das Zentrum sehr schwierig. Es wird ihm unmöglich sein, auch seinen gläubigsten Wählern gegenüber sich auf die Dauer damit zu rechtfertigen, daß es ihm bei seiner kläglichen und jämmerlichen Obstruktion um die Wahrung der Rechte des Parlaments zu tun gewesen sei. Denn die Tatsache läßt sich nicht verwischen, daß das Zentrum in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen die Regierung zu einer Einschüchterungs-politik des Volkes im Interesse des Zentrums

pressen wollte. Die Empörung über das Verhalten des Zentrums hat selbst die staatsverhaltenden Kreise erfasst, und es besteht kein Zweifel darüber, daß die Wahlausichten für das Zentrum nicht übermäßig günstig sind.

Ueber die politische Konstellation und das Verhalten der zentrumsgegnerischen Parteien läßt sich vorläufig noch nichts Bestimmtes sagen. Der Umstand aber, daß gerade in den Kreisen der liberalen Partei und der liberalen Presse das Bedürfnis eines Großblocks betont wird, zeigt, wie verständig die Gewaltpolitik des Zentrums bereits gewirkt hat. Ob eine derartige Konstellation gegen das Zentrum zustande kommt, ist eine Frage, die angesichts der relativen Mehrheit des bayerischen Wahlrechtes vorerst ihre Schwierigkeiten hat. Es ist indessen nicht ausgeschlossen, daß die Notwendigkeit, das bayerische Volk vor der Rückkehr einer Zentrumsmehrheit zu bewahren, zu einem bisher in Bayern nicht geübten Zusammenschlusse aller Zentrumsgegner führen kann; denn wenn die Zentrumsmehrheit wiederkehrt, ist die Aussicht auf jede fortschrittliche Entwicklung in Bayern auf Jahre hinaus zerstört. Es handelt sich also auch für unsere Genossen in Bayern um Entschlüsse von der größten Tragweite.

Kleine Aktien und Arbeitermaßregelung.

Ein Wurm, der im Reichstag nicht leben und sterben kann, ist der Gesehtwurf über die Ausgabe kleiner Aktien in den deutschen Konsulatbezirken. Zum drittenmal kriecht er in neuer veränderter Gestalt jetzt durch das Haus. Es scheint aber, als ob diesmal eine Mehrheit sich darauf vereinigen wird. Dabei handelt es sich darum, in den deutschen Konsulatbezirken und im Schutzbereich Klauischou die Ausgabe von kleinen Aktien bis zum Werte von 200 M. herunter zu ermöglichen, um der Konkurrenz ausländischer Aktienunternehmungen entgegenzutreten zu können, da insbesondere die Engländer Aktien bis zu 20 M. herunter ausgeben. Die Einwendungen gegen die Maßregel beruhen hauptsächlich darauf, daß bei Aktien von so geringfügigen Beträgen kleine Leute verleitet werden, ihre Gelder in Unternehmungen anzulegen, deren Tragweite sie gar nicht übersehen können. Es wird so der Spielwut Vorschub geleistet, und die kleinen Spekulanten werden gewissenlosen Ausbeutern preisgegeben.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, bekämpft auch die Sozialdemokratie die kleinen Aktien, und Genosse Sed begründete heute unseren ablehnenden Standpunkt in ausführlicher und humorvoller Rede. Als Beispiel dafür, wie verderblich die Spekulation in fremdarigen Unternehmungen auslaufen könne, wies er auf das Schicksal der Otavibahn in Südwestafrika hin, deren Entwicklungsgang nicht einmal richtig von dem Staatssekretär Dernburg beurteilt wurde. Dagegen sprachen sich die meisten Vertreter der bürgerlichen Parteien für die kleinen Aktien aus. Schließlich wurde die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Dann lehte das Haus die Debatte über die Interpellation wegen der Maßregelung der Eisenbahnarbeiter in Elsaß-Lothringen fort. Genosse Böhle trat sowohl dem Eisenbahnminister v. Breitenbach wie den christlichen Gewerkschaftsvertretern Beck und Wehrens entgegen. Daß das Zentrum jetzt gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter sich erkläre, sei ja nicht mehr auffällig, da das bayerische Zentrum noch weiter gegangen sei; habe es doch auf dem letzten Parteitag eine Resolution angenommen, die direkt den sozialdemokratischen Arbeitern die Gleichberechtigung abspricht und die Regierung zum Kampf gegen die Sozialdemokraten scharf zu machen sucht. Der Minister v. Breitenbach suchte die Maßregelung zu verteidigen, wobei er forgesetzt mit dem guten Herzen der Behörden für die Arbeiter zu prunken suchte.

Dann ergriff Herr Spahn-Warburg das Wort zu einer langen Scharfmacherrede gegen die Sozialdemokratie, gegen die elstfässischen Eisenbahnarbeiter und gegen die elstfässischen Beamten, die er im Verdacht hat, bei den Stichwahlen in Elsaß-Lothringen zum großen Teil für die Sozialdemokratie gestimmt zu haben. Dem hoffnungsvollen Sproßling des Herrn Peter Spahn scheint sein Durchfall bei den elstfässischen Wahlen völlig die Besinnung geraubt zu haben. Denn so was an offenerziger Scharfmachererei, wie er es fertig brachte, ist von Zentrums Seite noch niemals im Reichstag laut geworden. Als er seine Rede schloß, wurde ihm durch Rufur attestiert, daß er eine vortreffliche Wahlrede — für die Sozialdemokratie gehalten habe. Es wurde ihm in der weiteren Debatte zweifellos recht gründlich heimgeluchelt sein. Indes wurde sofort nach Spahn die Vertagung beantragt und gegen die Sozialdemokratie angenommen.

Der Präsident schloß nunmehr vor, den Gesehtwurf über die Schiffsfahrtsabgaben auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Genosse Ledebour beantragte demgegenüber, die Fortsetzung der Debatte über die Interpellation der Eisenbahnarbeiter vorweg zu nehmen. Die Berechtigung verlange das, da die sozialdemokratische Partei Gelegenheit haben müsse, auf die heftigen Angriffe des Herrn Spahn zu antworten, um so mehr, da in der Debatte über die Interpellation zwar 2 Mitglieder des Zentrums, aber erst ein Sozialdemokrat zum Wort gekommen sei. Dieser Appell an die Gerechtigkeit fiel aber auf dürren Boden. Gegen Sozialdemokraten, Freisinnige und einen Teil der Rationalliberalen lehnte das Haus den Antrag ab, es blieb beim Vorschlage des Präsidenten.

Die Insertions-Gebühr

Bericht für die sechsstelligen Rubriken über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Berichte 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 30 Pfg. (zweiwöchige 2-fache gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedächte und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Aufhebung des Hilfskassen- gesetzes.

Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich die freien Hilfskassen, soweit sie als Ersatz für Zwangskassen in Betracht kommen, durch ihre Bestattung als Ertragkassen abgetötet. Aus blindem Parteilich gegen die Arbeiterklasse haben die bürgerlichen Parteien der gegenwärtig wirkenden Selbsthilfe des Mittelstandes und der Arbeiter den Todesstoß verleiht. Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes, über den jetzt von der Reichstagskommission Bericht erstattet worden ist, soll das freie Vereinsrecht des Mittelstandes und der Arbeiter auch auf den Gebieten, die nach Beschränkung der freien Hilfskassen durch die Reichsversicherungsordnung übrig bleiben, nehmen und von der diskretionären Befugnis der Aufsichtsbehörden abhängig machen. Es werden dadurch im wesentlichen Kassen für nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Personen sowie Zuschußkassen betroffen. Das soll unter dem Vorwand geschehen, Schwindelkassen die Existenz unmöglich zu machen. Dies Ziel hätte sich, soweit es überhaupt erreicht werden kann, leicht durch einige Änderungen des Hilfskassengesetzes und durch Vorschriften erreichen lassen, die den heutigen Zustand beseitigen, nach dem zunächst die sozialdemokratischen Wähler vor Schwindelkassen bestraft sind, weil sie die Wahrheit aussprechen. Die Rechtsprediger lehnte es ab, den Schutz der Wahrheit berechtigter Interessen solchen Wählern zu verkennen. Jahre lang später ging dann, z. B. in den Fällen der „Alalia“ und „Union“, die Staatsanwaltschaft gegen die Schwindler vor, denen vorher gerichtlicher Schutz gewährt war. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben auf wirksamere Schutz gegen Schwindelkassen abzielende Anregungen in der Kommission gegeben. Sie fanden aber fast durchwegs steinigen Boden. Die bürgerlichen Parteien wollen den für den Mittelstand und die Arbeiter rechtlosen Zustand wiederherstellen, der vor 1869 und vor Erlaß des Hilfskassengesetzes insbesondere in Preußen geherrscht hat. Früher betonten freisinnige Abgeordnete, daß gerade das behördliche Aufsichtsrecht das Ausschlaggebende für Schwindelunternehmungen gewesen ist und verlangten das Hilfskassengesetz. Jetzt stimmen auch die Liberalen für Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Freilich die früheren Liberalen waren Leute wie Schulze-Delitzsch und Bamberger, die heutigen sind die um Mugdan und Horn (Reuh).

Die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs gehen dahin: das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen wird aufgehoben. Die freien Hilfskassen werden fortan als „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ dem Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen unterstellt. Jedoch müssen erstens die zugelassenen freien Hilfskassen (Versicherungsvereine) als kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen anerkannt werden, das heißt: die dem Aktien- und Handelsrecht entnommenen oder nachgebildeten (im § 53 angeführten) Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes finden auf diese Versicherungsvereine keine Anwendung. Ferner sind noch einige Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (§§ 11, 12, 115 Abs. 2 und 3) von der Anwendung ausgeschlossen, weil diese Paragraphen des Versicherungsaufsichtsgesetzes sich lediglich auf große Lebensversicherungsunternehmungen oder Kranken- und Unfallversicherungsunternehmungen beziehen, die nach Art der Lebensversicherungen unter Zugrundelegung bestimmter Wahrscheinlichkeitstabellen Versicherungsgeschäfte betreiben. Danach finden die in den zitierten Paragraphen gemachten Vorschriften über Offenlegung der Tarife, der Grundsätze für die Prämienberechnung und Prämienreserven sowie über die Bestellung eines Hauptbevollmächtigten in jedem Bundesgebiete keine Anwendung. Für den Reservefonds sollen dieselben Vorschriften gelten, die jetzt für die freien Hilfskassen (§ 25 des Hilfskassengesetzes) bestehen. In Anlehnung an die Vorschriften des Hilfskassengesetzes ist im § 5 des Entwurfs auch ausdrücklich das Recht der zugelassenen Versicherungsvereine, für bestimmte Bezirke örtliche Verwaltungsstellen (Abteilungen, Zweigvereine) zu errichten, eingeräumt. Die statutarisch festzulegenden Vorschriften über Verfassung und Befugnisse dieser Verwaltungsstellen sind aber dem diskretionären Ermessen der Aufsichtsbehörde unterstellt. Ueberhaupt unterliegen die etwa zugelassenen Versicherungsvereine hinsichtlich ihrer Geschäftsabwicklung, ihrer Verwaltung, ihrer Beaufsichtigung und Auflösung, abgesehen von den eben dargelegten gesetzlichen Einschränkungen, völlig der im Versicherungsaufsichtsgesetz der Aufsichtsbehörde eingeräumten Machtbefugnis.

Im Gegensatz zum bestehenden Recht haben also die Versicherungsvereine nicht mehr ein gesetzlich garantiertes Recht auf Errichtung eines Versicherungsvereins, sondern sie bedürfen der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde. Diese Erlaubnis kann auch verweigert werden, wenn nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten (nach Ansicht der Behörden) nicht hinreichend gewahrt sind, sowie wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß ein den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird. Aus denselben Gründen kann die Auflösung erfolgen. Wer die preussische Praxis bis 1876 und die unter dem Sozialistengesetz geübte Willkür kennt, weiß, daß dadurch die Kassen den größten politischen Verationen ausgesetzt sind. Freilich ist es den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission gelungen, allzu großer Veräußerung bürokratischer Willkür und politischen Parteilichs einen kleinen Kiesel durch folgende Vorschrift vorzuschleichen:

Bei den Versicherungsvereinen des § 3 gelten die religiöse oder politische Ueberzeugung, ihre Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts seitens der Mitglieder, des Vorstandes oder der Angestellten, soweit nicht gegen die Gesetze verstoßen wird, an sich nicht als Grund zur Verweigerung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nach § 7 Nr. 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen. Eine Gefährdung der Interessen der Versicherten oder ein Widerspruch des Geschäftsbetriebes mit den guten Sitten im Sinne der §§ 64, 67 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen darf nicht aus der religiösen oder politischen Ueberzeugung, ihrer Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und der Ausübung des Vereinsrechts seitens der Mitglieder, des Vorstandes oder der Angestellten, soweit nicht gegen die Gesetze verstoßen wird, gefolgert werden.

Indessen ist der Weg politischer Drangsalierung nicht völlig verarmt. Denn nicht ein Rechtsweg, sondern

das diskretionäre Ermessen der Aufsichtsbehörde und der im Privataufsichtsgesetz vorgesehenen Instanzen entscheidet. Ebenso liegt es mit der Aufsicht.

Die Versicherungsvereine unterliegen der unbeschränkten Beaufsichtigung durch die Aufsichtsbehörde. Die Aufsicht ist nicht wie im Hilfskassengesetz begrenzt. Die Aufsichtsbehörde kann den ganzen Geschäftsbetrieb überwachen, sie ist befugt, alle Anordnungen zu treffen, die ihrer Ansicht nach geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklang zu halten oder Mißstände zu beseitigen, durch welche nach Ansicht der Aufsichtsbehörde die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät! Zur Befolgung ihrer Anordnungen kann sie durch Geldstrafen bis zu 1000 M. anhalten. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Geschäftsführung und Vermögenslage nach allen Richtungen hin prüfen, die Bücher, Belege und Schriften im Geschäftslokal sich vorlegen lassen, Auskunft jeder Art verlangen und Vertreter in die Versammlungen und Sitzungen der Generalversammlungen, Mitgliederversammlungen usw. entsenden, die jederzeit zu hören sind. Sie kann auch selbst Versammlungen und Sitzungen einberufen, zu denen sie selbst die Tagesordnung feststellen kann. Der Aufsichtsamts ist nur in den im Versicherungsaufsichtsgesetz ausdrücklich hervorgehobenen Fällen und auch nur an die im Privataufsichtsgesetz vorgesehenen Instanzen ein Rechtsmittel zulässig. Es ist also der Verwaltung eine weit größere Machtbefugnis eingeräumt, als Zentrum und Freisinnige im Hilfskassengesetz zuließen. Der Zentrumsabgeordnete Mousfang beklagte es bei der Beratung des Hilfskassengesetzes, daß man dem Mittelstand und der Arbeiterklasse nur unter hoher Staatsbefugnis und zahlreichen Schwierigkeiten gestatte, aus eigenen Mitteln Vorkehrung für Krankheit zu treffen. Die heutigen Zentrumsabgeordneten Trimborn, Becker usw. trafen dafür ein, daß man weit über die unter Windhorst's Führung 1876 mit Erfolg bekämpften bürokratischen Drangsalierungen hinausgehe!

Als Aufsichtsbehörde fungiert das Aufsichtsamts für die Privatversicherung. Dieses Amt besteht aus dem Vorsitzenden und ständigen, vom Kaiser ernannten, sowie nichtständigen, vom Bundesrat gewählten Mitgliedern. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht wird ein aus Sachverständigen des Versicherungswesens bestehender Beirat gewählt, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf fünf Jahre ernannt werden. Dieser Beirat besteht zurzeit aus Direktoren und Vorsitzenden der großen Versicherungsgesellschaften und sonstigen Vertretern der Großindustrie. So gehören ihm an: der Vorsitzende mehrerer Versicherungsgesellschaften, Reichstagsabgeordneter Passermann, ferner der Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der bekannte Scharfmacher Dr. Deumer, der preussische Kammerherr und Rittergutsbesitzer auf Groß-Pankow in der Priegnitz Hans edler Herr zu Buttlar, der Landtagsabgeordnete Geh. Reg.-Rat Dr. Böttinger, Direktor der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Elberfeld usw. Seitens der Sozialdemokratie war in der Kommission der Antrag gestellt, statt der Versicherungsbeiräte aus Lebensversicherungs-, Feuerversicherungs- und anderen Scharfmacherkreisen eventuell Versicherungsbeiräte aus den Vorstandsmitgliedern der Hilfskassen wählen zu lassen. Der Antrag wurde in der Kommission abgelehnt.

Das Aufsichtsamts für Privatversicherung entscheidet in der Befugnis von fünf Mitgliedern (3 Mitgliedern des Aufsichtsrats unter Hinzuziehung von 2 Mitgliedern des Versicherungsbeirats): über die Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe, über die Genehmigung einer Änderung des Geschäftsplanes, über die Genehmigung einer Bestandsveränderung, über die Genehmigung der Auflösung eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, über den Erlaß einer Anordnung, mit der eine Strafandrohung verbunden ist, über die Untertragung des Geschäftsbetriebes, also Auflösung, über die Stellung des Antrages auf Eröffnung des Konkurses und über Ergreifung von Anordnungen zur Anwendung des Konkurses. Wegen die auf diesem Gebiet getroffenen Entscheidungen gibt es feingewichtiges oder verwaltungsgewichtiges Verfahren. Man kann gegen die Verlegung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb und in den anderen eben angeführten Fällen nur bei dem Aufsichtsamts selbst Rekurs einlegen. Ueber den Rekurs entscheidet das Aufsichtsamts selbst in der Befugnis von sieben Mitgliedern, nämlich 3 Mitgliedern des Aufsichtsamtes, 2 Mitgliedern des Versicherungsbeirats sowie eines richterlichen Beamten und eines Mitgliedes eines höchsten Verwaltungsgerichtshofes. Der Vorsitzende kann in beiden Instanzen dieselbe Person sein und ist es in der Regel. Diese Einrichtung paßt wie das ganze Versicherungsaufsichtsgesetz für die Versicherungsunternehmungen, deren Zweck auf Erwerb geht und nicht auf Erfüllung sozialer Pflichten, nicht aber für Hilfskassen. Daß die Machtbefugnis des Aufsichtsamtes den Erwerbsgesellschaften gegenüber nicht zu weit geht, wird einmal dadurch gewährleistet, daß die Zwecke des Aufsichtsamtes und der Erwerbsgesellschaften durchaus harmonieren und dann dadurch, daß der Versicherungsbeirat aus den Vertretern der Interessen der Versicherungsgesellschaften besteht. Ein nicht aus der Liebergarde oder sonstigen Gelben bestehender Arbeiterverein kann vor diesen beiden aus eingetragenen Bürokraten und Arbeiterfeinden bestehenden Instanzen schwerlich Recht erhalten. Schlimmer als diese beiden Instanzen, bei denen es gestattet ist, von Passermann an Deumer oder Böttinger zu appellieren, kann kein gegen die Arbeiter ausdrücklich zusammengesetztes Ausnahmegericht aussehen, es sei denn, daß zur Entscheidung über Beschwerden der Arbeiterorganisationen Arbeitswillige, Streikbrecher, Gelbe als Sachverständige in den Versicherungsbeirat noch berufen werden. Und daß dies geschieht, ist nicht ausgeschlossen. Die Entscheidung der Rekursinstanz ist endgültig.

Die Auslieferung der Kassen an das diskretionäre Ermessen der Behörden bedroht auch die Gewerkschaften. Ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder, dies zu verhindern, wurde abgelehnt. Freilich erreichten sie, daß die Regierung Erklärungen abgab, daß die Rechtschutzeinrichtungen der Gewerkschaften nicht als Gegenstand der Versicherung betrachtet werden und daß Arbeitslosenunterstützungen, Krankenkassen u. dgl. dem Versicherungsaufsichtsgesetz nicht unter-

stehen, wenn nach dem Gesamtcharakter des Unternehmens der Ausschluß des Rechtsanspruchs dem ernstlichen Willen der Beteiligten entspreche. Den Einrichtungen der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen, die in der Tat nur wahren Unterstützungsvereine der Versicherungsämtern dienen, seien unter der Herrschaft des Aufsichtsgesetzes keinerlei Schwierigkeiten erwachsen.“ Es sind auch verständige Entscheidungen des Aufsichtsamtes und mehrerer Gerichtsbehörden angezogen. Aber denen stehen doch andere, wenn auch zu unrecht ergangene Entscheidungen, insbesondere von Polizeibehörden, die in vielen Fällen an Stelle des Aufsichtsamtes treten, gegenüber. Und es steht die oratorische Praxis in lebendiger Erinnerung, die Unterstützungen von Gewerkschaften in Verfolg eines Ministerialerlasses vom Oktober 1872 und während des wie nach dem Sozialistengesetz auf Grund des Strafgesetzbuches als „Versicherungen“ verfolgte. In der Kommission wurde auch auf die Vorgänge verwiesen, die sich anlässlich des großen Streiks im dem Buchdruckgewerbe abspielten. Damals wurden dem streikenden Buchdruckerverbände die Gelder gesperrt, damit sie nicht für den Streik Verwendung fänden, sondern den Unterstützungen erhalten blieben. Der Wiederholung ähnlicher Vorgänge in Zukunft einen Kiesel vorzuschleichen, haben die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Der Gesetzentwurf betreffend Aufhebung des Hilfskassengesetzes ist also eine durch nichts gerechtfertigte Beschränkung der freien Selbsthilfe durch bürokratisches Vorkaufen und eine Bedrohung der Gewerkschaften. Das Zentrum erblicke aber ebenso wie Mugdan hinlängliche Garantien gegen Mißbrauch der behördlichen Befugnisse in der Berufungsmöglichkeit an die Oberscharmacher Deumer und Genossen. Nach der Auflösung des Reichstags sollen die Rechte der Arbeiter auf diesem Gebiete diesen Herren ausgeliefert werden.

Das Marokko-Abkommen.

Die Budgetkommission des Reichstags begann Dienstag die Beratung des Marokkoabkommens. Trotz der Einwände der Rechten setzten Sozialdemokraten, Nationalliberale und Fortschrittler durch, daß zuerst die Frage behandelt wurde, ob die Verträge der Genehmigung des Reichstags bedürfen oder nicht. Entgegen unserer Auffassung bestand die Regierung darauf, daß die jetzige Verfassung diese Genehmigung nicht erfordere, ja der Staatssekretär des Innern sprach sogar von einem Konflikt, den das Bestehen des Reichstags auf sein Recht herbeiführen könnte. Nun wäre ja der Reichstag durchaus in der Lage, einen solchen Konflikt durchzusetzen. Denn so stark ist die Regierungsauctorität wahrlich nicht, als daß sie einen solchen Kampf erfolgreich durchführen könnte. Aber es hieße unsere bürgerlichen Parteien schlecht kennen, wenn man meinte, sie würden den Kampf riskieren. Abgesehen von den konservativen Reichstagsfeinden haben weder Nationalliberale noch Liberale sonderlich Lust, ernsthaft das Recht des Reichstags zu behaupten.

Allerdings muß die Regierung selbst erkennen, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist und so erklärt sie sich zu einer Abänderung des bestehenden Rechtszustandes bereit. Für die Zukunft wenigstens soll bei Veränderungen im Kolonialgebiet die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft erforderlich sein. Die Regierung akzeptiert daher den von dem Zentrum in dieser Richtung gestellten Antrag.

Dieses „Entgegenkommen“ der Regierung ist völlig ungenügend. Nach dem klaren Wortlaut, der Entstehungsgeschichte und dem Zweck des Artikels 11 der Verfassung sowie der Stellung des Reichstags als gesetzgebender Körperschaft bedürfen Verträge wie die vorliegenden der Genehmigung des Reichstags zu ihrer Gültigkeit. Sie sind ungültig ohne eine solche. Versteht sich eine Regierung darauf, daß früher ähnliche Verträge ohne Zustimmung des Reichstags geschlossen sind, so übersteht sie, daß zehnmaliges Ummanteln nicht Recht schaffen kann. Ist ein Dieb straffrei, der im ersten Falle des Diebstahls vor Gericht gestellt wird, weil er zehnmal straffrei geblieben ist? Die früheren Verträge sind überdies — leider — nachträglich durch Bewilligung der zu ihrer Ausführung erforderlichen Mittel sanktioniert. Ohne solche — wir meinen auch ohne ausdrückliche Sanktion — sind sie ungültig, sind ein Bruch der Reichsverfassung. Die Drohung mit einem Konflikt bedeutet die Ausschaltung des Reichstags als Gesetzgebungsfaktor. Und wer steht dafür, daß die Regierung nicht gar später erklärt: Da 1911 nur für Kolonialveräußerungen ein gesetzlicher Zusatz gemacht ist, habe der Reichstag sich mit der Beschränkung der Rechte der Vollvertretung im übrigen einverstanden erklärt.

Sehr bezeichnend ist, daß dem Budgetauschuss offiziell die Zufriedenheit der Gebrüder Rannemann mit dem Marokkoabkommen mitgeteilt wurde. Aus Paris lief nämlich folgende Nachricht ein:

Zwischen den Brüdern Rannemann und der Union des Mines (zu der bekanntlich auch Krupp gehört) ist eine Einigung erfolgt, auf Grund deren beide Teile alle ihre bergbaulichen Anrechte und Ansprüche in Marokko einwerfen. In der neuen Gesellschaft sind die Brüder Rannemann und die Union des Mines je mit 40 Proz. beteiligt. Zur Uebernahme der restlichen 20 Proz. haben sich französische Banken bereit erklärt. Durch besondere Abmachung ist den deutschen Abnehmern ein Vorkaufrecht auf 40 Proz. der Eisenerzabbeute gesichert.

Der Präsident der Kommission beehrte sich, den Mitgliedern diese erfreuliche Meldung zu erstatten, in dem Bewußtsein, wie wichtig für die Stellungnahme mancher „Volksvertreter“ die Haltung der Rannemanns ist. Uns aber ist dies nur eine Bestätigung, daß der große Marokkokonflikt nur ein Streit mit einander habenderender Minenkapitalisten gewesen ist. Nachdem der Vertrag zwischen den Staaten geschlossen, haben sich die feindlichen Brüder kartelliert. Die Internationale des Kapitals ist das glorreiche Ergebnis der großen „nationalen Bewegung“ der wahren Patrioten.

Aus den Verhandlungen der französischen Kommission geht hervor, daß Frankreich sein Vorkaufrecht auf Spanisch-Guinea an Deutschland abgetreten hat. Wir haben also noch Aussichten auf weitere Abrüstung der Grenze Kameruns.

Die Kommissionsberatung.

Die Budgetkommission des Reichstags trat Dienstag in die Beratung des Marokko- und Congo-Abkommens mit Frankreich ein. Passermann forderte, daß die Kommission zuerst die Verfassungsfrage behandelt, also feststelle, welche Kompetenzen und Rechte der Reichstag hat und ob die Regierung verpflichtet ist, den Marokkovertrag als Gesetz dem Parlament zur Verabschiedung vorzulegen. Abg. Geßler, der im Plenum den Standpunkt vertrat, daß die Verträge der Genehmigung durch den Reichstag bedürfen, trat gegen den Antrag Passermann auf. Er wollte erst über Inhalt und Bedeutung der Verträge diskutieren. Das würde

praktisch bedeuten, daß die Rechtsfrage in diesem Reichstage überhaupt nicht zur Entscheidung käme.

Lebehour wies nach, wie die heutige Haltung des Zentrums im Widerspruch mit der Haltung im Plenum stehe. Die Abgg. Wiemer, Müller-Reutlingen und Jund sprachen im gleichen Sinne und betonten, wenn von der Kommission nicht zuerst die Verfassungsfrage geregelt würde, dann müßte im Volke dieselbe Entscheidung eintreten, wie im Jahre 1908 bei den Debatten über das persönliche Reglement. — Abg. Hebel kritisierte das merkwürdige Verfahren der Regierung, daß sie erst nach den Verhandlungen im Plenum dem Reichstage wichtige Aktenstücke über das Marokko-Abkommen vorgelegt habe. Das Hauptinteresse habe sich jetzt auf die die Verfassungsänderung fordernden Anträge zu konzentrieren. — Im Sinne dieser Ausführungen beschloß die Kommission auch zu verfahren.

Staatssekretär Dr. Delbrück gab hierauf namens der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Reichsleitung ist im Einvernehmen mit den Verbündeten Regierungen auch nach erneuter Prüfung der Ueberzeugung, daß die deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911 betreffend Marokko und Äquatorialafrika nicht unter Artikel 11 Abs. 6 der Reichsverfassung fallen, und daher zu ihrer Gültigkeit nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen. Gegen diese Auffassung ist eingewendet worden, daß sowohl der Marokkovertrag als der Kongovertrag Bestimmungen enthielten, die ohne eine Mitwirkung vom Bundesrat und Reichstag nicht staatsrechtlich gültig werden könnten. Von dem Marokkovertrag hat man behauptet, daß er einen verschleierte Handelsvertrag darstelle, daß er die vom Reichstag genehmigte Algerierabgabe abändere, daß er endlich einen Eingriff in die deutsche Konsulargerichtsbarkeit in Marokko enthalte. Keine dieser Behauptungen trifft zu. Der deutsch-marokkanische Handelsvertrag vom 1. Juni 1890 wird durch das Marokkoabkommen schon deshalb nicht berührt, weil es nur mit Frankreich abgeschlossen ist. Die Staatsverträge Marokkos würden auch dann nicht ohne weiteres aufgehoben sein, wenn das von Frankreich ins Auge gefaßte Protektorat schon eingerichtet wäre. Frankreich aber übernimmt in dem Abkommen nur Verpflichtungen, die dem deutschen Handel gewisse Freiheiten gewähren; in die deutsche Zoll- und Handelsgesetzgebung greift kein Artikel des Abkommens ein. Daß einzelne Bestimmungen der Algerierabgabe abgeändert werden, ist richtig, nicht aber, daß jene Bestimmungen vom Bundesrat und Reichstag genehmigt worden wären. Der Bundesrat hat niemals, der Reichstag nur aus Versehen in der zweiten Lesung, nicht aber in der dritten Lesung über die Algerierabgabe selbst abgestimmt. Das Ausführungs-gesetz zur Algerierabgabe wird durch das Abkommen überhaupt nicht betroffen.

Auch die deutsche Konsulargerichtsbarkeit in Marokko wird nicht eingeschränkt. Artikel 9 nimmt nur in Aussicht, daß für den Fall der Einrichtung einer französischen, den europäischen Anforderungen entsprechenden Gerichtsbarkeit nach freier Verständigung mit den anderen Algerierabgabemächten die Konsulargerichte ersetzt werden; eine völkerrechtliche Verpflichtung, sie abzuschaffen, liegt nicht vor. Sollte die Reichsregierung die Zeit für gekommen halten, wo die Voraussetzungen für den Ersatz der deutschen Konsulargerichtsbarkeit vorliegen, so wird sie bei dem Bundesrat und Reichstag die erforderliche Genehmigung nachsuchen. Das das Abkommen über die Vestungen in Äquatorialafrika anlangt, so ist der Kernpunkt der Frage der, ob bei der Erwerbung und Abtretung von Kolonialbesitz die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften erforderlich ist. Diese Frage muß verneint werden. Nach Artikel 11, Absatz 1 der Reichsverfassung vertritt der Kaiser das Reich völkerrechtlich. Hierin liegt das Recht, Kolonien zu erwerben oder abzutreten. Ein Reichsgesetz, nach welchem der Umfang des Kolonialbesitzes derart festgelegt wäre, daß dieser ohne Verrückung der Gesetzgebung nicht vermindert oder vermindert werden könnte, besteht nicht. Die Vorschrift des Art. 11 Abs. 6 der Reichsverfassung findet daher keine Anwendung. Diese Rechtsauffassung wird nicht nur von den namhaftesten Staatsrechtlichern vertreten, sondern auch durch eine nahezu dreißigjährige Übung bestätigt. Die Reichsleitung hält es daher nicht für erforderlich, die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu den beiden Verträgen vom 4. November 1911 nachträglich zu erbitten.

Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß die Schließung des Reichs auf dem Gebiete der Kolonisation eine Entwicklung und eine Richtung genommen hat, die bei der Schaffung des bestehenden Rechtszustandes niemand vorhersehen konnte. Insbesondere lassen die großen Aufwendungen, die für die Einrichtung und den Ausbau unserer Kolonien erforderlich geworden sind, es gerechtfertigt erscheinen, daß durch eine Abänderung des bestehenden Rechtszustandes die gesetzgebenden Körperschaften in weiterem Umfange als bisher zur Mitwirkung bei dem Erwerb und der Abtretung von Kolonialgebiet berufen werden. Von den Anträgen, die in dieser Beziehung gestellt worden sind, erscheint der des Abg. Herrn v. Hertling am zweckmäßigsten. Die Verbündeten Regierungen sind daher geneigt, unter Vorbehalt näherer Erörterung über die Fassung der Vorläufe den Anträgen des Reichstages auf diesem Wege entgegenzukommen.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Visco gibt ein juristisches Gutachten ab, wonach nach der jetzigen staatsrechtlichen Lage der Kaiser allein berechtigt sei, Verträge wie das Marokko-Abkommen ohne Genehmigung des Reichstages abzuschließen, also auch Gebietsabtretungen in den Kolonien vorzunehmen und andere Gebietsteile zu erwerben.

Der Vorsitzende v. Camp stellte mit, daß die Gebrüder Mannesmann sich mit den französischen Bergwerksinteressenten in Marokko geeinigt haben. Damit sei auch hier eine zufriedenstellende Regelung erfolgt.

Vom Zentrum und dem Freisinn ist folgender Antrag eingebracht worden: Dem § 1a des Schutzgebietsgesetzes hinzuzufügen: Zur Erwerbung und zur Veräußerung eines Schutzgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes. — Diese Vorschrift findet auf Grenzabtretungen keine Anwendung.

Genosse Dr. Franz erklärte folgendes: Wenn die Regierungen auf dem Standpunkt stehen, daß in Zukunft solche Verträge und Gebietsabtretungen nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgeschlossen und geregelt werden sollen, was hinderlich ist, dann die Regierungen, schon für die vorliegenden Abkommen so zu verfahren? Will man etwa behaupten, daß der heutige verfassungsrechtliche Zustand das hinderlich? Eine solche Behauptung müßte genau bewiesen werden, was bisher aber trotz aller Erklärungen der Regierung nicht geschehen ist.

Abg. Gräber (Z.) erklärt, daß nach den Artikeln 4 und 11 der Verfassung der Abschluß eines Staatsvertrages der Genehmigung des Reichstages bedürfe. Die Erwerbung von Kolonialgebiet kann man nicht unter den Begriff Kolonisationsfähigkeit bringen, wie Staatssekretär Visco es darzustellen versucht habe. Auch der staatsrechtliche Professor Hänel betont, die Souveränität des Kaisers sei nur dann anzuerkennen, wenn sie auch im Reich anerkannt wäre. Der Kaiser vollzieht aber Gleiches im Namen des Reichs, nicht im eigenen Namen. Die Nationalliberalen stellen folgenden Antrag: Die deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911 betreffend Marokko und Äquatorialgebiet bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und der Genehmigung des Reichstages.

Abg. Jund weist in längeren instruktiven Darlegungen nach, daß die Verträge der Genehmigung durch das Parlament bedürfen, aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, schon die Klugheit die Regierungen bestimmen sollte, die Gesetzgebung mit entscheiden zu lassen. Abg. Jund gibt sodann die Erklärung ab, daß nach seiner Auffassung die Verhandlungen der Kommission vorläufig beendet werden müssen, falls der nationalliberale Antrag Annahme findet.

Dann müsse erst das Plenum entscheiden, ebenso die Regierung, wie sie sich stellen will, falls auch das Plenum im Sinne des nationalliberalen Antrages sich entscheidet. Falls die Regierung eine ablehnende Haltung einnehmen würde, so wäre allerdings der Konflikt zwischen Reichstag und Regierung da.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte noch einmal, der Bundesrat sei als solcher durchaus der Auffassung, daß nach dem geltenden Recht die Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren nicht erforderlich sei und daß die Reichsleitung korrekt gehandelt habe. Es stehe fest, daß der Vertrag auf alle Fälle nach außen hin gültig sei, auch ohne die Genehmigung des Reichstages. Der Konflikt, von dem der Redner gesprochen habe, sei ein innerpolitischer Streitobjekt; aber wozu ein solcher Konflikt? Es sei unmöglich, daß die Regierung, welche staatsrechtlich einwandfrei, auf Grund 30jähriger Übung und volkstümlich bona fide gehandelt habe, nachgeben könne. Es sei doch sehr zu überlegen, ob es ratsam sei, im gegenwärtigen Augenblick einem Antrag zuzustimmen, der für die Vergangenheit und Gegenwart bedeutungslos sei und für die Zukunft einen Konflikt mit unabweisbaren Folgen herbeiführen könne.

Ein nationalliberaler Redner bemerkte zum Schluß, daß er mit seinen Freunden einen solchen Streit nicht wünsche, sondern nur das Recht des Reichstages wahren wolle. Dann verlegte sich die Kommission auf Mittwoch.

Der Krieg.

Die Kriegslage vor Tripolis ist unverändert, und die italienische Flotte hat sich bisher noch nicht im ägäischen Meere bemerkbar gemacht. Dafür laufen heute Meldungen ein, daß die Türkei geneigt sei, auf Friedensverhandlungen einzugehen und dabei die Unterstützung der Großmächte in Anspruch zu nehmen. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt allerdings nicht vor. Begründet wird die Behauptung von der Friedensbereitschaft der Türkei mit dem Hinweis auf die zersplitterte innerpolitische Situation bei den Türken, in der das jungtürkische Komitee immer mehr an Einfluß verliert; ferner soll auch der Wunsch, von Italien eine Abfindungssumme für den Verzicht auf Tripolis zu erlangen, die türkische Regierung zu Friedensverhandlungen veranlassen.

Inzwischen ist die nationalistische Presse Italiens krampfhaft bemüht, die nicht wegzuleugnenden Grausamkeiten der Truppen in Tripolis zu beschönigen und zu entschuldigen. Es wird da gesagt, Italien führe nur mit den türkischen Truppen Krieg; die Araber aber, die ihnen mit den Waffen entgegentreten, seien nur Rebellen, die mit den schärfsten Mitteln zu züchtigen seien. Ja, der Korrespondent des „Corriere della Sera“, Luigi Vergini nennt sich der Erde, schreibt sogar, daß General Canova noch viel zu milde vorgegangen sei, da die Araber noch immer auf Seiten der Türken kämpften. Derartige Ausführungen können nur von grenzenloser Dummheit oder von brutaler Frechheit diktiert sein. Man sollte doch voraussehen, daß die Italiener, ehe sie ihren Raubzug unternahmen, sich etwas die Geschichte der früheren nordafrikanischen Kriege angesehen hätten. Sie hätten da gefunden, daß die Verber und Araber aller nordafrikanischen Länder sich dem Eindringen europäischer Eroberer widersetzt haben. Diese freiheitsliebenden Völker haben natürlich keine Ahnung von dem am grünen Tisch ausgefertigten Bestimmungen des sogenannten Völkerrechtes der „Kulturnationen“. Sie glauben einfach ihre Pflicht zu tun, wenn sie ihren Grund und Boden gegen fremde Räuber und ihre Religion gegen die Ungläubigen verteidigen. Sie tun im Grunde nichts anderes, als was die Italiener früher im Kampfe gegen die österreichische Fremdherrschaft in ihrem eigenen Lande getan haben. Diese feiern ihr Risorgimento, ihre nationale Erhebung, die natürlich auch nicht allein von regulären Truppen durchgeführt, sondern in erster Linie von revolutionären Volksmassen getragen wurde, als eine große Heldentat. Den Freiheitskampf der Tripolitaner aber glauben sie als „christliches“ Volk mit bestialisches Grausamkeiten und Massenabflachtungen unterdrücken zu müssen. Doch das ist eben christlich-kapitalistische Moral.

Im übrigen werden, wie wir schon zu Anfang des italienischen Korrespondenzbetonten, die Kämpfe in Tripolis selbst nach einem Friedensschluß mit der Türkei nicht zu Ende sein. Der Kleinkrieg mit den Eingeborenen wird dann erst recht losgehen; die italienischen Menschenschlächter werden also noch reiche Arbeit haben.

Die Scharmüel vor Tripolis.

Tripolis, 14. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der Nacht zum 13. d. M. gab die feindliche Artillerie einige Schüsse gegen Sidi Messri ab, denen Kleingewehrfeuer folgte. Die Italiener erwiderten das Feuer. Einige Zeit später sah man bald hier bald dort Gruppen von Arabern sich nähern; dies ließ auf Vorbereitung eines nächtlichen Angriffs schließen, der indes ausblieb. Der Feind ist stets überwiegend auf der Seite von Sidi Messri tätig, wie wenn er beabsichtige, die italienische Linke flanken zu umzingeln. Am 13. d. M. kurz nach Mittag kam es zwischen feindlicher Artillerie, die bei dem kleinen Fort Messri stand, und der italienischen Stellung bei Sidi Messri zu einem Feuergefecht. Eine Kompanie Infanterie, die zum Schutze von Aufbaumarbeiten im Schutze vor Sidi Messri auseinandergezogen war, wurde unter ein lebhaftes Feuer genommen, das aus einem der italienischen Stellung gegenüberliegenden Gebäude kam. Dieses Gebäude wurde alsbald von der italienischen Artillerie zerstört. Auf italienischer Seite gab es zwei Verwundete. Trotz der unaufhörlichen Regengüsse hält der gute Gesundheitszustand der Truppen an. (?) In Benghazi, Derna, Tobruk und Doms ist die Lage unverändert.

Die Revolution in China.

Die deutsche Regierung für die chinesische Revolution. Peking, 14. November. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: In der japanischen Presse werden Mitteilungen verbreitet, denen zufolge Deutschland beabsichtigen soll, sich in die chinesischen Wirren einzumischen. Diese Anschuldigungen entbehren jeder Begründung. Deutschland hat nur ein Interesse daran, daß die Ordnung in China sobald als möglich wieder hergestellt wird. Wenn es jetzt gelingt, China eine neue Organisation zu geben, die den Interessen der Chinesen entspricht und den von China dem Ausland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gerecht wird, so kann uns dieses Resultat nur willkommen sein. Ein solches Resultat läßt sich umso mehr erhoffen, als sich die revolutionäre Bewegung in China bisher von allen Feindseligkeiten gegen die Ausländer ferngehalten hat, und an der Spitze der neuen Organisation wahrscheinlich eine so mächtige Persönlichkeit wie Sun Yat-sen ist, stehen wird.

Unabhängigkeitserklärung der Mandchurei.

Mukden, 14. November. (Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur.) Die Mandchurei hat sich autonom erklärt. In Mukden, Kirin und Jizihar ist die Gewalt tatsächlich an die Beratenden Komitees übergegangen. Zur Aufrechterhaltung der

Ordnung sind strenge Maßnahmen ergriffen worden. Das hiesige Komitee erhält von verschiedenen Organisationen und einzelnen Personen zahlreiche Glückwünsche zu dem Umschwung. Der Vorkämpfer der Konstitution, Sun Yat-sen, ist hier eingetroffen. Unter seinem Vorstuh finden Beratungen der Delegierten der Konstitutionspartei über Maßnahmen zur Aufhebung der Revolution ohne Blutvergießen und zum Schutze der Dynastie statt. Man nimmt an, daß Sun Yat-sen schließlich an die Spitze der Regierung treten und Yuan Shikai ersetzen werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November 1911.

Zur mecklenburgischen Verfassungs-Novelle.

Die mecklenburgische Regierung kauft vor der starren Konsequenz der mecklenburgischen Junter weiter zurück. Nachdem ihre verschiedenen Verfassungsvorschläge, trotzdem sie darin den Forderungen der sogenannten Ritterschaft immer größere Zugeständnisse machte, sämtlich kurzweg abgelehnt sind, kommt sie jetzt mit einem neuen, noch reaktionäreren Vorschlag. Sie hat, wie telegraphisch aus Schwerin gemeldet wird, dem Landtag Grundzüge für eine Vorlage betreffend eine Aenderung der bisherigen Verfassungsentswürfe zugehen lassen. Die Regierung ist zu dem Ergebnis gekommen, daß als ein möglicher Weg, weite Kreise der Bevölkerung unter Vermeidung allgemeiner Wahlen an der Landesvertretung zu beteiligen, der bleibe, an Stelle der Wahlen der Gesamtbevölkerung Wahlen der Landgemeinden und der städtischen Bürgerschaften treten zu lassen. Wenn auf Grund dieses Vorschlags eine Einigung über die Verfassungsfrage mit beiden Ständen zu erreichen sei, so würde die Regierung gegenüber dem Erfolge, die weiter nicht ausföhrbare Verfassungsreform im Einvernehmen mit den beiden Ständen durchzuführen zu können, sich auch mit einer weniger vollkommenen Erledigung dieser Frage zufrieden geben. Der Landtag soll für Mecklenburg-Schwerin aus 80 Abgeordneten bestehen. Ein Entwurf für Mecklenburg-Strelitz ist noch nicht eingegangen.

Der Schacher beginnt.

Die Mannesmann-Gruppe ist mit der „Union des Mines Marocaines“, welche letztere auch die deutschen Firmen Krupp und Thyssen angehören, in Verhandlungen eingetreten über die Abgrenzung einer beiderseitigen Interessensphäre in Marokko. Eine solche Abgrenzung ist bereits vor geraumer Zeit durch das deutsche Auswärtige Amt und durch den deutschen Volschaffer in Paris versucht worden, scheiterte aber daran, daß die Gebrüder Mannesmann nicht genug kriegen konnten. Nachdem jetzt jede Hoffnung geschwunden ist, daß Deutschland in Marokko Land annectieren wird, sind die Mannesmann zu Verhandlungen geneigt geworden, die nun wohl auch zum Ziele führen werden.

Jung-Deutschland-Bund.

Ein Zentralbund zum nationalistisch-reaktionären Jugendfang ist am Sonntag im Herrenhause gegründet worden. Bei der Taufe waren zahlreiche hohe Militärpersonen, darunter General von Keim, Vertreter des Kultusministeriums, der Marine, zahlreiche Bundesstaaten sowie der bürgerlichen Jugendorganisationen anwesend. Nach den Ausführungen der Hauptgründer des neuen Bundes soll es sich insbesondere um den einen Teil der Jugendpflege, die körperliche „Erziehung“ zur Hebung der Volks- und Wehrkraft handeln. Schon bestehenden Organisationen soll keine Konkurrenz gemacht werden, vielmehr soll der neue Bund eine Zusammenfassung der im „nationalen“ Sinne wirkenden Vereine darstellen. Von den Vertretern der Konfessionen, namentlich der katholischen Jugendvereine wurden Bedenken erhoben, daß durch diese Organisation möglicherweise eine Zerspaltung der mehr auf „erziehlische“ Tätigkeit gerichteten Vereine befürchtet werden könne. Ihnen wurde jedoch die beruhigende Erklärung gegeben, daß in der Jugendpflege selbstverständlich auch die konfessionellen Vereine und insbesondere die Geistlichen unentbehrlich seien. Die Zentrums- und Reichspresse erklärt deshalb, daß sie einmüßig der Neugründung abwartend gegenüberstehe und darüber wachen werde, daß der „religiös-sittlichen Erziehung kein Abbruch“ geschähe.

Die beiderseitige Tätigkeit soll also darauf hinauslaufen, daß der Jung-Deutschland-Bund der Jugend in erster Linie militärisch-nationalistischen Geist einzupflanzen sucht, während die Herren Geistlichen durch ihre konfessionelle Vereinstätigkeit diesem Geist des Nationalismus und Chauvinismus die höhere religiöse Weisheit zu geben suchen werden.

Wilhelm II. hat die Gründung durch ein Glückwunschtelegramm begrüßt. Da dem Jung-Deutschland-Bund auch ein erheblicher Teil aus dem Millionenkorruptionsfonds zur Jugendberbildung zuzuführen wird, wird es des verdoppelten Eisens der Massenbewußten Arbeiterkraft bedürfen, durch ihre Organisations- und Aufklärungsarbeit den Verheerungs- und Verblüdungsbestrebungen unserer „Staatsherkoliden“ entgegenzutreten.

Neun Millionen für den Luftmilitarismus?

Eine Korrespondenz meldet: Wie verlautet, soll Anfang nächsten Jahres die seit einiger Zeit geplante Dezentralisation des preussischen Fliegerkorps durchgeführt werden. Es sollen nach dieser Meldung mehrere bereits genau bezzeichnete Stellungen an der Ost- und Westgrenze Fliegerabteilungen zuerteilt bekommen, die je nach der Größe und Wichtigkeit des Festungspunktes zum ständigen Aufenthalt für sechs bis zwölf Flieger dienen werden. Ebenso werden auch in der Nähe der Kriegshäfen und größeren Seehäfen derartige Flugplätze angelegt werden. Döberitz, das gegenwärtig schon etwa hiesig Offiziere ausgebildet hat, soll die Zentralfestation bleiben, von der aus sowohl Flugzeuge, als auch Offiziere nach den einzelnen Festungspunkten dirigiert werden. Das Döberitzer Feld wird künstlich lediglich als Ausbildungsstation für Fliegeroffiziere und als Prüfungsamt für bestellte und abgeleitete Maschinen dienen. Da es jedoch nicht möglich ist, bis zum nächsten April die genügende Anzahl von Militärfliegern in Döberitz auszubilden, sind jetzt wieder zahlreiche Offiziere nach Jochanisthal abkommandiert worden, die bei den dortigen Flugzeugfirmen ausgebildet werden. Bis zum Oktober nächsten Jahres dürfte die Dezentralisation durchgeführt sein. Die hierfür erforderlichen Summen sollen sich auf etwa neun Millionen Mark belaufen, ein Posten, der den kommenden Reichstag beim Militärbudget beschäftigen dürfte.

Die neun Millionen für das Flugwesen, das ja nur einen Teil unseres Luftmilitarismus darstellt, da ja auch fortwährend neue „Luftkreuzer“ angekauft werden, die gleichfalls Millionen verschlingen, werden natürlich nur eine bescheidene Abschlagszahlung sein. Denn je weiter die technische Entwicklung des Flugwesens fortschreitet, je größere Möglichkeiten die Flugmaschine für den Aufklärungsdienst und vielleicht auch für eine direkte Bekämpfung des Gegners bietet, desto größere Dimensionen wird das militärische Flugwesen annehmen, so daß es sich vielleicht bald um Jahresausgaben für diesen neuesten Zweig unseres Militarismus in Höhe von Hunderten von Millionen handeln wird! Dabei ist an anderweitige Ersparnisse, etwa durch eine Verminderung der Kavallerie, gar nicht zu denken!

Bestandteile.

In der But plaudern die geächteten Nationalisten recht nett aus der Schule. So stellt die „Rhein.-Westf. Ztg.“ heute fest:

Zur Zeit der Entsendung des „Panthers“ nach Agadir waren dort keine deutschen Interessen zu schützen, denn es befanden sich dort nur zwei um ihre Sicherheit gar nicht bange Mannesmann-Ingenieure. Hätte man nur deutsche Interessen schützen wollen, so hätte der „Panther“ Tanger, Casablanca oder Mogador anlaufen müssen, wo große deutsche Handlungshäuser mit einer größeren Anzahl deutscher Angestellten bestanden.

Als wir am 3. Juli dasselbe sagten, als wir darauf hinwiesen, daß es in Agadir nichts zu stützen gäbe, da waren wir „Landesverräter“. Und jetzt müssen die Herren selbst eingestehen, daß damals das deutsche Volk belogen und beschwindelt worden ist.

Der zentrumsfromme Herr Kopsch.

Die schlesische Zentrums-Prese veröffentlicht eine Anzahl nicht uninteressanter Briefe des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Kopsch. Dieser wadere Volksmann war vom Zentrum bezichtigt worden, bei früheren Wahlen katholische Pfarrer intensiv umworben und sie bestürzt zu haben, ihren Einfluß auf die Zentrumsähler im Kreise Löwenberg zu seinen Gunsten auszuüben. Da Herr Kopsch das noch neuerdings besritten hat und behauptete, daß umgekehrt die katholischen Pfarrer ihn aus eigenem Antrieb zu Kaffee, Tee und dergleichen eingeladen hätten, veröffentlicht die schlesische Zentrums-Prese drei Briefe, aus denen allerdings das Gegenteil der Darstellung des Herrn Kopsch hervorgeht. Diese Briefe beweisen, daß Herr Kopsch sich selbst dringlichst und wiederholt bei katholischen Pfarrern zu Gaste gebeten hatte. So heißt es in dem Briefe vom 25. Mai 1903, der an einen „hochwürdigsten Pfarrer“ gerichtet ist:

Am 5. Juni komme ich durch Greifenberg und werde mit gestatten, Sie aufzusuchen. Darf ich?

In einem Briefe vom 18. Juni 1903 heißt es wiederum: Morgen (Freitag) komme ich nochmals in den Kreis. Ich werde mir gestatten, Sie gegen 3 1/2 Uhr nachmittags aufzusuchen. Darf ich?

In einem weiteren Briefe vom gleichen Tage: Hochwürdigster Herr Pfarrer! Infolge dringender Arbeit ist es mir morgen (Freitag) noch nicht möglich, von hier wegzufahren. Aber Sonnabendnachmittag hoffe ich bestimmt in Greifenberg zu sein. Darf ich auf einige Minuten vorsprechen?

In einem der Briefe kommt auch folgende interessante Stelle vor:

Es wird notwendig sein, noch einmal einen Bahlaufauf an das Zentrum zu wiederholen und auszudrücken, daß... Ferner, daß ich mit dem Breslauer Freisinn nichts zu tun habe, vielmehr zu denjenigen Freisinnigen gehöre, die, wie Kollege Fischel, dem Zentrum stets freundschaftlich gegenübergestanden haben.

Herr Kopsch wird solchen Beweisen gegenüber seine Behauptungen ja wohl revidieren müssen!

Politische Agitation in Kontrollversammlungen.

Zu welchen Zwecken die Kontrollversammlungen mißbraucht werden, das ist in Neuruppin in einer am Sonnabend stattgefundenen Kontrollversammlung zutage getreten. Nach Erledigung der üblichen Angelegenheiten ließ der Hauptmann vom Berge die Chargierten vortreten, die noch nicht in einem Kriegerverein seien. Er fragte diese einzeln, warum sie sich nicht einem Kriegerverein angeschlossen hätten. Auch von den Mannschaften fragte er einzelne, ob sie Mitglied eines Kriegervereins seien und, wenn dies verneint wurde, nach den Gründen. Er forderte alle Rekruten auf, sich einem Kriegerverein anzuschließen, wo sie für wenige Pfennige Beitrag stets gute Gesellschaft finden würden. Nach dieser Aufforderung kam Hauptmann v. B. auf die Bedeutung des 12. Januar zu sprechen. Kein ehemaliger Soldat könne es mit seinem Fahnenreife vereinbaren, einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben! — Vor den Reichstagswahlen müssen unsere Patrioten doch eine gewaltige Furcht haben, wenn sie schon die Kontrollversammlungen zur Agitation zu Hilfe nehmen, wo die Führer den Mund zu halten haben. Der 12. Januar wird diesen Herrschaften schon zeigen, wie die ehemaligen Soldaten über die jetzige Politik und die herrschende Meinung denken. Diejenigen Arbeiter aber, die noch in einem „unpolitischen“ Kriegerverein sind, sollten diesem sofort den Rücken kehren und sich ihrer Vereins- und der politischen Organisation anschließen. Es ist ja leuzig genug, daß viele kleine Beamte und Handwerker, obwohl sie keine Sympathie für die Kriegervereine haben, auf „sanfter“ Art gezwungen werden, in diese Vereine einzutreten. So etwas ist natürlich in den Augen unserer Staatsbehörden kein Terrorismus!

Die billigen Kartoffeln des Ministers v. Schorlemer.

Eine interessante Mitteilung machte, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, einer der Großhändler, die vom Zentralausfluß in Berlin in Sachen der Lebensmittelsteuerung vernommen wurden. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer hatte während der Steuerungsdebatte darüber geklagt, daß Händler in Berlin Kartoffeln zu einem Preise von 4,50 M. verkaufen, während diese in Ostpreußen für 2,40 M. zu haben wären. Tags darauf soll nach der Behauptung des Herrn der Minister seine Kartoffeln in Leipzig selber für 3 M. losgeschlagen haben.

Eine Unwahrheit des Reichsverbandes.

In Altenburg erscheint unter Verantwortung des Generalsekretärs Mertens ein periodisches Flugblatt, das sich „Mitteilungen aus dem Altenburger Lande“ nennt. In der Nummer 7 behauptet nun dieses Flugblatt in einer Polemik gegen unser Altenburger Parteiorgan: „Und doch sammelt die Sozialdemokratie in ihren Organisationen von den Arbeitern Geld für die Revolution in Mexiko...“ Nun geschieht allerdings das Geldkommen nicht öffentlich, sondern nur innerhalb der Organisation...

Wir stellen diesen Behauptungen gegenüber fest, daß weder in noch außerhalb ihrer Organisation von Sozialdemokraten Geld für die mexikanische Revolution gesammelt worden ist. Auch von keiner Parteimannschaft, weder vom deutschen Parteivorstand noch von dem Internationalen Bureau wurden Geldmittel für die mexikanische Revolution ausgeteilt.

Oesterreich-Ungarn.

Teuerungsbekämpfung.

Wien, 14. November. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über die Anträge des Teuerungsausschusses, insbesondere über die Anträge Herzog und Renner, die die unbefristete Einfuhr österreichischen Fleisches unabhängig von Ungarn betreffen. Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, die Regierung träte dem Programm der früheren Regierung, das sich die Hebung der Produktion und die Erleichterung des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten zur Aufgabe machte, bei und werde die in dieser Richtung begangene Arbeit eifrig fortsetzen, sie besaße sich mit der Frage einer Reform der Ver-

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

kehrungssteuern sowie mit der Frage durch erhöhte staatliche Investitionstätigkeit die Arbeitsmöglichkeit und hierdurch die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu heben. Was die Einfuhr argentinischen Fleisches anlangt, so stehe die Regierung wie ihre Vorgängerin auf dem Rechtsstandpunkt, daß, soweit es sich um die Einfuhr aus veterinärpolizeilich bedenklichen Ländern handle, ein einseitiges Vorgehen eines Teiles der Monarchie ausgeschlossen sei. Dies bedeute keine Abhängigkeit von Ungarn, sondern Gleichberechtigung. Die behufs Zulassung der Einfuhr argentinischen Fleisches mit Ungarn eingeleiteten und derzeit unterbrochenen Verhandlungen würden wieder aufgenommen werden. Der Ministerpräsident hegt die Erwartung, daß die lokale Haltung der österreichischen Regierung von Ungarn mit möglichstem Entgegenkommen in sachlicher Hinsicht beantwortet werden würde. Er könnte in eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Rechtsauffassung nicht eintreten und sei daher außerstande, etwa darauf abzielenden Beschlüssen Folge zu leisten. Er bitte daher, die Anträge Renner und Herzogel, soweit sie der Rechtsanschauung der Regierung widersprächen, abzulehnen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde in ihrem letzten Teile wiederholt von den Sozialdemokraten und einzelnen Wiener Abgeordneten durch Zwischenrufe unterbrochen und am Schluß von anhaltenden lärmenden Protesten dieser Abgeordneten begleitet.

Frankreich.

Antimilitaristisches.

Paris, 13. November. Da die Vereinigung Le Sou du Soldat die Sendung von Geld und ausüßerischen Rundschreiben an Soldaten sorgfältig hat, wurde gegen 11 Mitglieder des Arbeiterbundes die strafrechtliche Verfolgung wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam eingeleitet.

Persien.

Ein russisches Ultimatum.

Die russische Regierung sucht auf jede Weise einen Konflikt, der ihr den Vorwand zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Persien bieten soll. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt, hat die von dem persischen Finanzminister Morsan Schuster angeordnete und teilweise durchgeführte Beschlagnahme des Hauses und des an russische Untertanen verpachteten Landgutes des Prinzen Schua es Soltaneh, eines Bruders des früheren Schahs, zu einem Konflikt mit dem russischen Generalkonsul geführt. Dieser erfuhr aus privater Quelle von der Besetzung des Hauses und des Landgutes durch Gendarmen und erwiderte darauf Konsularbeamte, die die Gendarmen entfernen sollten. Obgleich die russische Gesandtschaft erklärt hatte, sie erhebe bei der Konfiszierung des Eigentums von Anhängern des früheren Schahs keine prinzipielle Einwendung und fordere nur eine Garantie für die mit dem Eigentum etwa verknüpften Interessen russischer Untertanen, wäre es bei der Entsendung der Konsularbeamten beinahe zu einem blutigen Konflikt gekommen, da die Gendarmen auf die Beamten mit dem Gewehr anlegten und nur durch einen zufällig anwesenden persischen Offizier am Feuern verhindert wurden. Darauf richtete die persische Regierung an den russischen Gesandten zwei Noten, in denen sie die Abberufung des Generalkonsuls und der Konsularbeamten forderte. In Anbetracht des durchaus korrekten Verhaltens der Beamten wurde dem Gesandten vorgeschrieben, sich mit dem persischen Minister des Äußeren mündlich und freundschaftlich auseinanderzusetzen, die persischen Noten zurückzugeben und Genugtuung zu fordern. Die persische Regierung verweigerte dies und forderte eine gemeinsame Untersuchung des Zwischenfalles. Demzufolge wurde von dem Gesandten nunmehr die Weisung erteilt, seine Forderungen schriftlich zu wiederholen mit dem Hinzufügen, daß sich die russische Regierung im Falle der Nichterfüllung Maßnahmen zum Schutze der russischen Interessen vorbehalten. Diese Note hat der russische Gesandte gestern überreicht.

Die „Times“ melden, daß der Regent und das ganze Kabinett infolge des russischen Ultimatum zurückgetreten seien.

Vom persischen Auswärtigen Amt ist dem russischen Gesandten mitgeteilt worden, daß die persische Regierung das russische Ultimatum noch nicht beantworten könne, da es kein Kabinett gebe.

Aus der Partei.

Stadtverordnetenwahlsiege.

Die Stadtverordnetenwahlen in Jena brachten unseren Genossen einen glänzenden Erfolg. Gewählt wurden acht Sozialdemokraten und sieben Bürgerliche. Da unsere Genossen nur zwei Mandate zu behaupten hatten, gewannen sie demnach sechs Mandate. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ist ganz beträchtlich. Für die sozialdemokratische Liste wurden 2200, für die Liste der Bürgerlichen 2100 Stimmen abgegeben. Das Jenaer Stadtparlament setzt sich nunmehr aus 14 Sozialdemokraten und 15 Bürgerlichen zusammen. Am nächsten Donnerstag findet noch eine Ersatzwahl statt, die unsere Genossen ebenfalls zu gewinnen hoffen. Der Jenaer Gemeinderat würde dann zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehen, die damit die Macht in Händen hätten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Brandenburg a. H. eroberten unsere Genossen die ganze dritte Abteilung. Zu den bisherigen 14 Mandaten wurde das fünfzehnte neu erobert. Die sozialdemokratische Stimmengahl hat sich durchweg stark vermehrt, während die der Gegner einen erheblichen Rückgang aufweist.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Rathenow behaupteten unsere Genossen mit insgesamt 1270 Stimmen die Mandate, die sie bisher besaßen. Die Gegner versuchten es mit einer Ueberumpelungsaktion, brachten es aber nur auf 515 Stimmen. Wie bisher ist die ganze dritte Abteilung sozialdemokratisch vertreten.

In Forst in der Lausitz haben unsere Genossen bei der Stadtverordnetenwahl am Dienstag sechs Mandate erobert.

Bei den in Glibitz heute beendeten Stadtverordnetenwahlen dritter Abteilung behauptete die Sozialdemokratie drei und eroberte fünf neue Mandate.

Sozialdemokraten in preussischen Kreislagern.

Nach uns zugegangenen Mitteilungen befanden sich außer den bereits genannten auch sozialdemokratische Vertreter in einigen anderen Kreislagern Preußens. So im Kreise Osterode am Harz (11. hannoverscher Wahlkreis), wo vor drei Jahren von den Genossen der Orte Freiheit und Lohfelde ein sozialdemokratischer Vertreter in den Kreislagertag entsandt wurde. Ferner wurde bereits im Jahre 1901 von der Gemeinde Goldlander der Genosse Weich in den Kreislagertag des Kreises Schleusingen entsandt. Auch in Wehlar gehörte seit Jahren der Genosse C. Michael dem Kreislagertag an.

Buherdem brachte der „Vorwärts“ in seiner Nr. 139 vom Jahre 1901 eine Mitteilung aus der „Rheinischen Tagespost“, daß der Genosse Lauer aus Riederwäldern dem Kreislagertag von Marburg angehört bis zu seinem Ende der neunziger Jahre im Alter von 70 Jahren erfolglos Tode.

Ist auch diese Liste gewiß nicht vollständig, so geht doch daraus hervor, daß auch das reaktionärste Wahlsystem auf die Dauer die Sozialdemokratie nicht ausschließen kann.

Lebensliste der Partei.

Dienstag früh starb in Offenbach Genosse Johann Orth, Landtagsabgeordneter und Landessekretär der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Hessen. Von Beruf Fabrikarbeiter, war er seit fast 40 Jahren in der Arbeiterbewegung tätig. Seit 1899 war er Stadtverordneter in Offenbach und vertrat seit 1903 den hessischen Landtage den Wahlkreis Offenbach-Land. Orth ist 68 Jahre alt geworden. Die Partei wird ihm ein treues Andenken bewahren.

In Kiel starb im Alter von einigen 60 Jahren der Genosse Ollweil, ein Angestellter der Expedition der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Der Verstorbene war von Beruf Schiffszimmermann und hat schon vor und während des Sozialkriegen für seine Gewerkschaft und für die Partei gewirkt. Auch auf der Reichsdierf war er eifrig als Agitator tätig. Nach seiner Maßregelung fand er im Parteigeschäft Anstellung. Die Arbeiterkassette Kiels wird das Andenken an den Verstorbenen in Ehren halten.

Empfehlenswerte Jugendschriften.

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat soeben sein diesjähriges Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften herausgegeben. Zum vierten Male erscheint dieses Verzeichnis, und mit jedem Jahre ist es umfangreicher und, wie uneingeschränkt gesagt werden darf, besser geworden. Nicht nur insofern, als die Zahl der geprüften und empfohlenen Bücher von Jahr zu Jahr größer geworden ist; das Verzeichnis verbreitet sich auch auf anderen Gebieten und erlangt allmählich eine Vollkommenheit, die jedem Wünsche Rechnung trägt. Von 83 Büchern, die das Verzeichnis vom Jahre 1907 aufwies, ist es auf 705 Bücher im Jahre 1911 angewachsen. Aber dieses Anwachsen gibt noch keinen Maßstab für die ungeheure Arbeit, die notwendig war, ein solches Verzeichnis aufzustellen. In den letzten vier Jahren sind insgesamt 688 Bücher abgelehnt worden. Jedes angenommene und jedes abgelehnte Buch wird von drei Personen gelesen, woraus sich ergibt, daß in dieser Zeit nicht weniger als 4263 Bücherprüfungen vorgenommen werden mußten. Diese gewaltige und so anerkennenswerte Arbeit ist von einer Reihe Genossen und Genossinnen, die über ganz Deutschland verstreut wohnen, bewältigt worden. Die Partei und alle, denen die Verjüngung unserer Jugend mit den besten Schätzen unserer Literatur am Herzen liegt, können den Genossen und Genossinnen, die sich dieser Prüfungsaufgabe unterzogen haben, nicht genug danken. Zu danken ist aber auch dem Bildungsausschuß, der das neue Verzeichnis noch durch ein Sachregister und durch ein alphabetisches Verzeichnis bereichert hat, beides Einrichtungen, die das Auffinden zweckmäßiger und gewünschter Literatur außerordentlich erleichtern. Öffentlich wird von dem neuen Verzeichnis recht reger Gebrauch gemacht. Der Bildungsausschuß gibt die fünfzehnbändige Vogen starke Schrift an die Interessierten kostenlos ab. Im der Jugendschriftenpropaganda vor Weihnachten ein leichtes und praktisches Arbeiten zu ermöglichen, hat der Bildungsausschuß dies Jahr und wird es auch ferner wiederholen, neben dem großen Verzeichnis ein kleines Verzeichnis, das eine Auswahl besonders guter und billiger Jugendschriften enthält, herauszugeben. Das den Jugendschriften-Ausstellungen der örtlichen Bildungsausschüsse zu Grunde gelegt werden soll. Das große Verzeichnis soll künftig nur alle zwei bis drei Jahre erscheinen und nur durch Nachträge ergänzt werden.

Letzte Nachrichten.

Der Berliner Schriftstellerklub gegen Kiderlen-Waechter.

Gegenüber den Auslassungen des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter in der Reichstags-Sitzung vom 11. November veröffentlicht der Vorstand des Berliner Schriftstellerklubs folgende Erklärung:

Der Vorstand des Berliner Schriftstellerklubs stellt fest: Zum 4. Juli 1911 war ein Diskussionsabend des Klubs über die Parroloffrage mit Zuziehung von Gästen geplant. Das auswärtige Amt, das von diesem Vorhaben Kenntnis erlangt hatte, setzte sich daraufhin mit dem Vorsitzenden des Berliner Schriftstellerklubs in letzter Stunde in Verbindung und richtete an ihn unter Berufung auf das Aufsehen, das die früheren Parroloffaben den Patriotismus der Ableitung die bringende Bitte, von der Versammlung Abstand zu nehmen. Ein Versuch, dem Berliner Schriftstellerklub irgendwelche politische Direktiven zu geben, ist nicht gemacht worden und ebensowenig wurde die Rahmung ausgesprochen, vorzüglich zu sein. Der Vorstand des Berliner Schriftstellerklubs glaubte dem Ersuchen des Auswärtigen Amtes insofern Rechnung tragen zu sollen, daß er statt der geplanten Versammlung nur eine vertrauliche Besprechung im kleinen Kreise veranstaltete. Bei dieser Erörterung, an der Vertreter verschiedener Parteirichtungen (?) teilnahmen, gab es selbstverständlich weder Anträge noch Beschlüsse irgendwelcher Art.

Unter diesen Umständen überlassen wir es der Öffentlichkeit, zu entscheiden, ob die Auslassungen des Staatssekretärs nach ihrem Inhalte wie nach ihrer Tendenz die Tatsachen zutreffend wiedergeben.

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt zu dieser Erklärung mit, daß der Berliner Schriftstellerklub weder der in der Presse verbreiteten, noch der im Reichstag bereits in der Sitzung vom 9. d. M. erwähnten Version entgegengetreten ist, daß es sich um eine vom Auswärtigen Amt einberufene und beaufsichtigte Versammlung gehandelt habe, in der das Auswärtige Amt die Absicht von Landverwerbungen in Marokko habe durchblicken lassen. Gegen diese Insinuation hat sich der Staatssekretär gewandt, nachdem sie lange Zeit von einzelnen Pressorganen ausgeteilt worden war.

Teuerungszulagen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 14. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer heutigen Sitzung einstimmig 440 000 M. zu Teuerungszulagen für häußliche Arbeiter und Beamte. Weitergehende sozialdemokratische Anträge, die anstatt des vorgesehener Mietszuschusses von je 60 M. eine allgemeine Lohnerhöhung verlangten, wurden abgelehnt.

Ein Protest gegen den Ministerpräsidenten.

Wien, 14. November. (B. Z. N.) Nach der heutigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses hielt der Teuerungsausschuß eine Sitzung ab. Der Abgeordnete Erb beantragte als Berichterstatter, der Ausschuss möge über den Schlußpassus der heutigen Rede des Ministerpräsidenten sein Bedauern aussprechen. Der deutsch-nationale Abgeordnete Loeckner beantragte, die Mitglieder des Ausschusses sollten wegen der scharfen Abweisung der Anträge des Ausschusses durch die Regierung ihre Ausschussmandate niederlegen. Finanzminister Wenzel hat, die Befehlshaffung über diese Anträge zu verschieben, bis dem Ministerpräsidenten Gelegenheit gegeben worden sei, sich darüber auszusprechen. Bei der Abstimmung ergab sich Beschlusfähigkeit des Ausschusses.

Die Revolution in China.

Schantung, 14. November. (B. Z. N.) Der bisherige Gouverneur von Schantung Sunpaotshi ist gestern in Tsinan zu dem Präsidenten der unabhängigen Republik Schantung gewählt worden.

Reichstag.

205. Sitzung vom Dienstag, den 14. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Kiderlen-Waechter.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Ausgabe neuer Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und in Kiautschou.

v. Kiderlen-Waechter: Der Entwurf ist vor 1 1/2 Jahren vom Reichstag abgelehnt worden, wenn auch mit geringer Majorität. Es haben sich aber aus der Ablehnung so nachteilige Folgen ergeben, daß die Regierung die Verabschiedung der Vorlage wünschen muß.

Abg. Belzer (Z.): Stimmt für die Mehrheit seiner Freunde der Vorlage zu und beantragt die Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Köpcke (L.): Ein großer Teil meiner Freunde lehnt das Gesetz nach wie vor ab. Wir wollen nicht ein deutsches Gesetz in seinen wichtigsten Grundzügen ändern mit Rücksicht auf irgend welche lokalen Verhältnisse im Ausland.

Abg. Ged (Soz.):

Meine Fraktion hätte das Gesetz am liebsten im Plenum begraben; doch werden wir uns einer Kommissionsberatung nicht widersetzen. Es handelt sich bei diesem Gesetz über kleine Aktien nicht etwa um Kleinigkeiten, sondern man will hier den kleinen Finger der Gesetzgebung haben, um dann die ganze Hand zu bekommen.

Forderungen des Volkes legt man in den Aktenstücken, die kleinen Aktien, welche von wenig interessierten Kaufleuten in Ostasien verlangt werden, werden in beschleunigtem Tempo erledigt.

Nachdem der Entwurf, der uns schon früher beschäftigt hat, aus dem Feuer der Budgetkommission ins Himmelreich des Plenums zurückgelangt war, wurde er hier mittels Hammerprang mit 133 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das heißt Bemühen der an den kleinen Aktien interessierten Kreise wurde dadurch untertätigt, daß sie auf das Zentrum setzen konnten, auf die Bismarckstraße (Heiterkeit); denn das Zentrum ist in der Frage umgefallen, und deshalb wurde das Unternehmertum in Ostasien dringender. Die kleinen Aktien sollen zwar auf Kiautschou beschränkt sein; aber wer weiß, ob sie nicht bereits zur Spekulation für das neue und am Kongo zugewiesene Gebiet in Aussicht genommen sind.

begeistert (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), der sogar an den Reichstag in diesem Sinne petitioniert hat. Ich habe schon mehrfach auf den Umfall des Zen-

trums in dieser Sache hingewiesen. Mit welchem Pathos hat Herr Eraberger sich gegen diese kolonialen Kleinaktien erklärt! Und jetzt? Die Freifinnigen haben von einem Konfubinat zwischen uns und dem Zentrum gesprochen, das früher bestanden habe. Jetzt aber lebt das Zentrum in einem Konfubinat mit dem Kapitalismus.

ein großes Stück Aktien

haben, auf dem das Kapital sich betätigen mag, um neue Werte, um Arbeit und Brot zu schaffen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Kommissar des Reichsmarineamts tritt dem Vordredner entgegen. Gerade im Interesse der deutschen Industrie, also auch der deutschen Arbeiter, sei die Vorlage dringend notwendig.

Abg. Dose (Sp.) spricht sich in demselben Sinne aus. Gewiß hat Kollege Ged recht, wenn er sagt: Die Arbeiter und die kleinen Leute brauchen Brot, nicht Aktien. Aber gerade Brot soll diese Vorlage schaffen, die der Ausbreitung des auswärtigen Marktes für unsere Industrie dienen soll. (Sehr wahr! bei den Liberalen und im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die Bedeutung der Vorlage wird übertrieben von den Regierungskommissaren, die die Veranlassung sind, daß sie uns zum zweiten Male in einer Legislaturperiode beschäftigt.

Sehr recht hat Herr Dose damit, daß es sich hier um grundsätzliche wirtschaftspolitische Unterschiede zwischen Ihnen (zu den Freifinnigen) und uns handelt. Ich hoffe, gerade dieser Umstand wird auch diejenigen meiner Freunde, die jetzt noch aus praktischen Gründen für die Vorlage zu stimmen gewillt sind, zu Gegnern des Gesetzes machen. (Heiterkeit rechts.) Für uns ist ausschlaggebend, daß wenn man die kleinen Aktien erst mal in einer Kolonie hat, man sie anderen und auch dem Mutterlande nicht mehr wird verweigern können. Die Hauptfrage, worauf es bei der ganzen Sache ankommt, hat die Regierung uns verschwiegen. (Hört! hört! rechts.) Die Kaufleute dort wollen viel weniger kleine Aktien, als

Aktien in chinesischer Währung.

Man will vor allem 100 Dollaraktien, und deren Zulassung ist auch im Interesse der Veranzugung chinesischen Kapitals zu deutschen Unternehmungen sehr notwendig. Nach dem vorliegenden Gesetz ist das aber gar nicht möglich, denn 100 Dollar sind gleich 185 Mark. Das Gesetz sollte also in der Kommission so umgeändert werden, daß es die Ausgabe chinesischer Hundert-Dollaraktien ermöglicht. Ferner muß die Ausdehnung des Gesetzes auf alle Konsulargerichtsbezirke, also auch die in Marokko usw. befreit werden.

Vizepräsident der Reichsbank Dr. v. Glasenapp betont, daß der Kurs der mexikanischen 100-Dollaraktien in den letzten Jahren immer über 200 M. betragen habe.

Abg. Ortel (natl.): Wir halten eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zur Beratung des Gesetzes für notwendig und hoffen, daß dies zur endlichen Verabschiedung der Vorlage führen wird. Die kleinen Aktien haben besondere Bedeutung für unsere Industrie und unseren Handel und für die Konkurrenz mit England.

Abg. Raab (natl.): Mit guten Gründen hat man seinerzeit den Eudgen Richter vor gegen eine Verabschiedung. Schon ist die Berliner Handelskammer mit einer Petition gekommen, die die Ausdehnung des Gesetzes auf alle Kolonien und Verabschiedung des Minimalbetrages auf 100 M. fordert. (Hört! hört!) Hoffentlich steht auch noch Dr. Gediger auf seinem früheren ablehnenden Standpunkt. Wenn die Aktien purzeln werden, dann wird sich die But der kleinen Leute in China gegen Deutschland

lehren. Redner empfiehlt, die Vorlage nicht an eine besondere 14gliedrige Kommission, sondern an die Budgetkommission zu überweisen. Man schide die Vorlage in die Kommission — hoffentlich auf Zimmerwiedersehen. (Bravo! bei den Antifinncn.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lides erklärt auf das bestimmteste, daß die Reichsregierung an keine Veränderung des inländischen Aktiengesetzes denkt.

Abg. Kaempf (Sp.) wendet sich gegen einige Ausführungen Dr. Arendts. Die ostasiatischen „Entwässerungen“ Dr. Arendts haben sehr enttäuscht. Seit es mit dem Bimetallismus vorbei ist, scheint Dr. Arendt in Währungsfragen nicht mehr recht auf dem Laufenden zu sein. (Heiterkeit.) — Eugen Richter ist früher Gegner der Kleinaktien gewesen; wenn er aber die heutige Entwicklung erlebt hätte, so wäre er sicher für diese Vorlage eingetreten. (Bravo! bei den Liberalen.)

Abg. Dr. Görde (natl.): Es empfiehlt sich, die Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen. Auf die Mitgliederzahl kommt es nicht an und so schlage ich denn vor, eine Kommission von 21 statt von 14 Mitgliedern einzusetzen. — Man spricht von der Spekulationswut, die durch dies Gesetz befördert würde. Aber die Spekulanten brauchen dies Gesetz nicht, dessen Zweck viel mehr ist, dem deutschen Kapital in China den Wettbewerb mit den anderen Nationen zu erleichtern.

Abg. Dr. Belzer (Z.) protestiert gegen den Vorschlag, daß das Zentrum umgefallen sei. Diese Vorlage ist gegenüber der früheren so umgestaltet, daß unsere Hauptbedenken beseitigt sind. — Redner hält seinen Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission aufrecht.

Hiermit schließt die Beratung. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der beiden liberalen Fraktionen nicht an eine besondere Kommission, sondern an die Budgetkommission verwiesen.

Hierauf wird die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Eisenbahnermaßregelungen fortgesetzt.

Abg. Boehle (Soz.):

Die gestrige Besprechung hat gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien mit dem Chef der Reichseisenbahnen nicht ganz einverstanden sind. Sie geben ihm bezüglich der Maßregelungen nicht recht und geben der Hoffnung Ausdruck, der Reichstag werde sich eingehend mit der Frage beschäftigen, wie weit die Arbeiter der Reichseisenbahnen der Generbedingung unterstellt werden sollen. Wir wollen hoffen, daß dies nicht bloß

ein Versprechen vor den Wahlen

bleibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einem Redner blieb es allerdings vorbehalten, nicht auf diesen Boden zu treten, das war Herr Behrens, der die Gelegenheit benutzte, sich bei der Reden in empfehlende Erinnerung zu bringen, was er für ein ganz patentierter Arbeiterführer ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er wird ja auch die Unterstützung der Konservativen bei dieser Wahl bekommen. (Abg. Ling (Sp.) ruft wiederholt: Unerbört! — Aufse bei den Sozialdemokraten.) Herr Behrens hat ja auch den Arbeiter Ratsschlage erteilt; sie reihen sich ganz einer bisherigen Stellungnahme an, er ist ja im Laufe des Sommers herumgereist, um den Arbeitern der Staatsbetriebe begreiflich zu machen, es läge nicht in ihrem Interesse, in das Arbeitskammergesetz einbezogen zu werden. Aber Herr Behrens ist ja als Arbeiterführer nicht ernst zu nehmen. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Run zu Herrn Seder. Dieser hat ja gestern so einen richtigen Gieranz ausgeführt, wie es sich für einen richtigen Zentrumsmann ziemt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat dem Minister einen Tadel ausgesprochen, er hat auch den Arbeitern Vorwürfe gemacht und dann sang seine Rede aus in eine Klage über den sozialdemokratischen Terrorismus gegen die christlichen Arbeiter. Aber gerade die Sprecher des Zentrums hätten am allerwenigsten Ursache, vom Terrorismus der Sozialdemokraten zu sprechen. Ich will nicht auf die ganze Fülle des vorliegenden Materials eingehen, sondern nur an den

Beschluß des bayerischen Zentrums auf seinem Parteitag

erinnern; insbesondere wird erwartet, daß jedem, welcher sich offen zu den Grundzügen und Zielen der Sozialdemokratie bekennt, die Aufnahme in den Staatsdienst versagt wird. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darin liegt die trasse Auf-

nicht zu der ältesten bekannten Menschenart, sondern schon zu deren Nachfahren, der Mittelmeerkrasse, allein es ist schon deswegen interessant, weil es das erste knöchliche Skelett ist, das aus dem Diluvium und bekannt geworden ist.

Theater.

Friedrich Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Don Juan“, Trauerspiel von Martin Langan. Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen; denn am Schluß des fünften Aktes lagen drei tote Leiden — keine Verleiden — vor der Klampe. Man konnte mit leidenschaftigen Augen sehen, wie diverse Stück- und Bühnenhelden beiderlei Gattung umgeschickt mit „richtig gebenden“ Kavaliereuden und Dolchen sich gegenseitig zur Strecke brachten. Sie hätten wahrscheinlich auch ohne Anwendung von roher Gewalt ihre todenden Geister aufgegeben. Der Titelheld — man weiß ja, welcher tolle Streiche und fürchterlichen Abenteuer man sich bei einem Don Juan zu versehen hat — deklamiert und monologisiert in einem fort; immer im fünfzigsten Jambentrot; Wassergrüße über Wassergrüße von kastilianischem Mondschein umflaumt und lieblich mit Schafspareisen Sentenzen durchflochten. Solche spanische Tortur — die Tragödie begibt sich nämlich auf dem klassischen Boden der Stierkämpfer und der Degen- und Pantel-Dramen — bringt den stärksten Mann um. Die übrigen „wohlgebaute“, doch auch schwülstig-schwülen Verse verdrehten eine einschläfernde Dunststimmung im Raume. Oben auf der Bühne sah man beständig Hans Siebert als Don Juan Dolche „reden“, mit jungen Weibspflänzchen fündhaft lieblich und schließlich auch die Toledanerlinge „brauchen“. Endlich ward er von seiner treuesten Vergensflamme „zu früh“ erdolcht und von seiner heidenmühtigen Arbeit erlöst. Bei seiner bravourösen Leistung mag sich der Verfasser für die Geduld der Zuschauer bedanken; dann auch noch bei Rudolf Lettinger, der einen „guten König Dagobert“, hier Alfonso von Kastilien, Kaiser von Spanien benamset, sympathisch spielte. Der Dichter war nicht dabei, o. k.

Notizen.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus beginnt das Gastspiel von Ferdinand Bonn am Donnerstag mit dem König Lear.

— Die Neue Sezession eröffnet ihre vierte Ausstellung am 18. cr., 12 Uhr, Potsdamer Str. 122, im Hause Kopp u. Joseph. Die Ausstellung dauert vom 18. November bis 1. Februar 1912.

— Eine Statistik der Erfindungen. Das amerikanische Patentamt hat in nicht ganz hundert Jahren nicht weniger als eine Million Patente erteilt. Nächst den Amerikanern haben die Franzosen die meisten Patente: rund 420 000. An dritter Stelle steht Großbritannien mit 415 000. Nach einer englischen Zeitschrift folgt Deutschland mit 236 000 an vierter Stelle, während das kleine Belgien 228 000 zählt. Das kanadische Patentamt hat bisher insgesamt 126 000 Patente ausgestellt, Italien 84 000 und Oesterreich-Ungarn 68 000.

Kleines feuilleton.

Zahlende Literatur. Neben der wertvollen Literatur läuft schon von jeder ein jämmerlicher oder auch breiter Strom Drudpapierens, in dem ich diese jämmerlich erfassen find.

Ich meine nicht Blumenthal oder Fulda, die durch Produktion von einem hektoliter Manufaktur monatlich viel Geld gemacht haben.

Es gibt da einen unendlichen Troß armerlicher Schreiber, die falscher Ehrgeiz und erstaunliche Unkenntnis über fremdes und eigenes Können verleitet, folgendes Puppenpiel aufzuführen:

In stillen Nachstunden, wenn andere Bürger an nichts Böses denken, lauen diese Tichter an den Federhalten und legen schlechte Reime auf das Papier. Dann schreiben sie an einen der hierfür unermüdet bekannnten Verlage (besser Druckerzeilen). Gewiß, wir würden uns freuen, Ihr gedächtes Werk in unseren Verlag übernehmen zu können. . . allerdings — die Kosten — dafür muß der Tichter garantieren, das heißt sie bezahlen — denn kaufen tut das Buch kein Mensch.

Wobei zu erwägen ist, ob der „Verlag“ auch wirklich die nötige Bekannde betreibt und vor allem das Buch auch an alle Redaktionen und Sortimentler verschickt.

Tausende sind hier schon ihre Spargroschen losgeworden. Diese Erscheinung hat sich nun in den letzten zehn, zwanzig Jahren erschreckend gehäufigert: das kann nicht nur daran liegen, daß es früher einen solchen kapitalistischen Industriezweig wie diese Druckerzeilen nicht gab.

Es handelt sich aber um dies; fast alle Benutzer dieser Anstalten sind biedere Bürgerleute des Mittelstands.

Die Herren von der selbstbezahlten Literatur sind keine Proletarier.

Aber der Mittelstand hat doch früher sicher nicht so viel geschrieben! — Die Hauptschuld an dieser Produktion trägt die bürgerliche Presse. Zeitungen sind neben einigen guten Wächern, die sie nicht verlassen, und vielen schlechten das, was diese Leute hauptsächlich lesen. Die Zeitung ist für sie der Mentor und Leiter in den „Kunstdingen“, die Zeitung, d. h. das Feuilleton.

Wie das Feuilleton in bürgerlichen Blättern redigiert wird, das ist unglücklich. Auch in politisch gut gemachten Blättern: unter dem Strich macht sich sentimentale oder gebällige Geschwätzigkeit breit, wird die gute Kunst totgeschwiegen, und der Ritsch verherrlicht. — S. M. der Abonnent will es!

Das geht weit bis nach links: das „Berliner Tageblatt“ hat da viel auf dem Gewissen. Ist es ein Wunder, wenn die Empfanglichkeit der Masse für wahre Kunst heruntergebrückt wird durch das ewige Hinweisen auf den allseinsigmachenden Ritsch? — Die Wochenschriften Scherks haben die zahlenden Dichter gezüchtet.

Nicht einen Namen werde ich hier nennen, denn das schmeichelte ihnen — kritisch, mit Proben, gegen sie zu wästen. . . nein!

Aber alle warnen, die nächstens hineinfallen werden, und rufen: Finger weg! — das ist die Aufgabe. K. T.

Die Ordnung herrscht — unter den Affen. Aus München wird der „Frankf. Ztg.“ folgendes Geschichtchen erzählt: Im Tierpark Hellabrunn hatte man einen großen zirkusartigen Zwinger ohne Dach für die Affen errichtet. Um das Emporklettern der Jungsaffen zu verhindern, waren die etwa zwei Meter hohen Wände aus Glas hergestellt worden. Die Weisen des Zoo wußten anscheinend damals noch nicht, daß Affen turnen können; sie erfuhren es aber, als die ganze Gesellschaft auf den Rand der Glasumfriedung sprang, von dort überhängende Baumäste erreichte und dann das Belte suchte. Man lacht in München herzlich über diesen ersten Schildbürgerstreich der Tierparkverwaltung und amüsierte sich über die Vierhänder, die sich im Zoo und dessen Umgebung tagelang herumtrieben. Schließlich erreichte die Pfälzlinge doch ihr Schicksal: nun sigen sie traurig in vergitterten Käfigen, der och so kurzen sonnigen Freiheit nachträumend. Sie läßen in der Gefangenschaft gar hart die Veräugung ihres Freiheitsdranges, alle — bis auf zwei niedliche Affchen, die noch wochenlang ihre Unabhängigkeit zu wahren wußten. Sie waren den Hühnern, denen sie förmlich eine Nase drehen, stets unerreichtbar, trotzdem sie dem Tierpark, der ihnen Asyl, Nahrung und — Vergnügen bot, treu blieben. Sie führten ein lustiges Leben in Hellabrunn, sprangen von Baum zu Baum, benutzten die Rängurube und einige andere Zoo-Pensionäre als Reittiere, ließen sich vom niederen Vordach der Obstände herab und mausten Rüsse, trieben allerhand harmlosen Unfug. — kurz, sie benahmen sich wie rechte Laubbuben und wurden die Lieblinge des Publikums. Max und Moriz, wie sie bald benannt wurden, waren gänzlich ungefährlich und bildeten für viele Zoo-Besucher die Haupt-, wenn nicht die einzige Attraktion. Aber das Gedärme der Amdreiter vertrieß auf alle Fälle gegen die Ordnung. Vielleicht war auch irgend eine hochmütige Dame, die Beziehungen zur Direktion hat, einmal die „Blutzeuge“ ihres Gutes von den Ralefigviechern etwas malträtiert worden. — kurz, dem Unfug, daß sich in dem streng auf Ordnung haltenden Deutschen Reichs Affen frei herumtummeln können, mußte ein Ende gemacht werden. Wahnungen, Lockungen, Fallen, Verjagd — alle Fangversuche blieben nach wie vor erfolglos. Das steigerte die Entrüstung aller Ordnungsliebenden zur Wut. Da gaben die Hochweisen des Zoo-Vorstandes die Parole aus: lebend oder tot! und die Wärter bewaffneten sich mit Schießsais und füllten die beiden kleinen hornlösen Affchen. . . im Namen der Ordnung und Disziplin.

Das Urkind. In den in den letzten Jahren sich häufenden Funden von fossilen Menschenknochen, die aus der Diluvialzeit stammen, gefeßt sich neuerdings die Entdeckung der Gebeine eines Kindes in einer diabialen Höhle Ungarns, der Vallahöle, dem sein Entdecker den ehrenvollen Titel des „Urkinde“ beigelegt hat. Von dem Gerippe ist ziemlich viel erhalten: nämlich der Schädel mit Unterkiefer, beide Oberarme und Oberschenkel, eine Elle und Speiche, zwei Rippenviertel und mehrere Bruststücke von anderen Knochen. Die Untersuchung Professor Leuhoffers in Budapest ergab, daß das Kind ungefähr ein Alter von fünfviertel Jahren erreicht hat. Sein Schädel ist lang und schmal, ebenso Stirn und Gesicht. Der Riefer ist vorspringend, das Kinn wenig entwickelt. Auch die übrigen Knochen zeigen Eigentümlichkeiten, wie sie bei den Äynen der heutigen Rasse bekannt geworden sind. Zwar gehört es

forderung an die Regierung, die sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Staatsdienst zu entlassen, brotlos zu machen. Eine Partei, die einen solchen Beschluß fäht, die ein Ausnahmefesetz gegen eine andere Partei verlangt, hat nicht das Recht, von dieser Tribüne herab von einem Terrorismus anderer Parteien zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Am zum Minister. Dieser hat sich gefreut, daß mein Parteigenosse Emmel gestern hervorgehoben hätte, aus dem § 8 der Gewerbeordnung gehe hervor, daß die Eisenbahnarbeiter der Gewerbeordnung nicht unterliegen. Diese Freude war ein wenig zu früh, denn wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß auch die Staatsarbeiter der Gewerbeordnung unterstellt sind, und eine Reihe hervorragender Kommentatoren teilt diesen Standpunkt. Weiter nimmt der Minister für die Staatsverwaltung das Recht in Anspruch, die Staatsarbeiter in ihren Versammlungen und Vereinen zu überwachen. Dies Recht bestreiten wir ganz entschieden, dieses Vorgehen der Verwaltung ist ein ungeheures und muß entschieden zurückgewiesen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Minister vertritt den Standpunkt, auch in den Versammlungen hätten die Arbeiter den vorgelegten Personen, die seitens der Verwaltung eingeschickt werden, Achtung und Gehorsam zu erweisen. Das bestreiten wir ganz entschieden. Die Versammlungen stehen außerhalb des Arbeitsverhältnisses; in keinem Gesetz findet eine solche Einschränkung des Staatsbürgerlichen Rechts der Eisenbahnarbeiter eine Grundlage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnverwaltung von Elßah-Vordringen hat von dem Verbands am 10. August verlangt, er soll angeben, wieviel Mitglieder er hat, welche Ortsgruppen er hat, weiter die Zahl der Mitglieder in den Ortsgruppen, ferner soll er Auskunft geben über die Wohlfahrtsvereine, die Kassenbestände usw., auch darüber, ob noch andere Personen, die bei den Staatsbahnen nicht beschäftigt werden, dem Verbands angehören. Das ist eine

Überschreitung der Rechte der Verwaltung;

all das geht die Verwaltung gar nichts an. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt die Verwaltung ferner dazu, feststellen zu lassen, welche Staatsarbeiter Mitglieder der Konsumvereine sind. Das ist ein ganz ungeheurer Eingriff in das Privatleben der Arbeiter, zu dieser Bevormundung (mit der Hand auf den Tisch schlagend) hat die Verwaltung nicht das mindeste Recht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Konsumvereine sind reine Privatvereinigungen, die mit der sozialdemokratischen Partei nichts zu tun haben.

Weiter sagt der Minister, der Verband der Eisenbahnarbeiter für Elßah-Vordringen und Luxemburg habe der Verwaltung Widerstand entgegengeleitet, und führt das Beispiel an, daß Verhandlungsmittler in den Arbeiterauschuss gewählt wurden. Hierbei haben die Arbeiter nur ihr gutes Recht ausgeübt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt sogar Städte in Süddeutschland, z. B. Straßburg, deren Verwaltungen die Arbeiterorganisationen anerkennen und nur organisierte Arbeiter in den Arbeiterauschüssen zulassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Witter beklagt sich der Minister über den Widerstand des Verbandes, der deshalb ganz unbegrifflich sei, weil die Eisenbahnverwaltung ein so starkes soziales Empfinden habe, und er verweist darauf, daß die Löhne seit 1904 um 25 Proz. gestiegen seien. Was will das aber besagen angesichts der katastrophalen Niedrigkeit der Löhne und der ungeheuren Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Auch jetzt noch sind die Löhne der Staatsarbeiter bei weitem noch nicht so hoch, wie sie sein sollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat der Minister gesagt, der Rießelschmied Dertel sei mit Recht gemahregelt, weil er die Verwaltung verhöhne und beleidigend kritisiert habe. Best steht aber, daß Dertel bestraft ist, die ihm von dem Beauftragten der Verwaltung in den Mund gelegten Worte gebraucht zu haben. Koch am 18. Juni 1911 hatte Dertel eine

Befolgung von 15. März

für 25jährige zufriedensstellende Dienstauführung erhalten. Wenn es sich um solche Männer handelt, sollte die Verwaltung doch vorsichtiger sein. Der von der Verwaltung beauftragte Beamte, der sich als solcher in der Versammlung vorgestellt hat, hat sich übrigens durchaus lobend über den makellosen Charakter des Referats ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht an die Verwaltung stammt von einem nicht offiziell hingewiesenen Beamten (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Spigel), dessen Namen Dertel bisher vergebens versucht hat, zu erfahren. Es ist einfach ein Skandal, daß der Chef der Reichseisenbahnverwaltung ein solches Verfahren duldet, daß einem Spigelsystem allerdings gleichkommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit einem solchen Auftragemutet man dem betreffenden Beamten keine ehrenvolle Handlung zu. Ich erwarte, daß der Minister nun endlich mit seinem Gewächsmann herandrückt und erklärt, daß er mit diesem Spigelsystem nicht einverstanden ist.

Ich stelle weiter fest, daß die Eisenbahnarbeiter in Elßah-Vordringen keinen Einfluß auf die Penionskasse und nennenswerten Einfluß auf die Krankenkasse haben, daß die Arbeiterauschüsse ohne Genehmigung der Behörde nicht zusammentreten dürfen, daß die Tagesordnung der Genehmigung der Verwaltung unterliegt. Verbote ist ihnen eine Besprechung der Gegenstände vor der Sitzung und die Berichterstattung über ihre Tätigkeit an ihre Kollegen. Die Arbeiterauschüsse haben

keine Rechte, sondern nur Pflichten.

Daher dürfen Sie sich nicht wundern, wenn bei den Arbeitern das Gefühl Platz greift, daß sie einfach willkürliche Werkzeuge der Verwaltung sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Behauptung des Ministers, die Sozialdemokratie untergrabe die Disziplin und Autorität, konstatiere ich, daß die beiden in Betracht kommenden Verbände ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet haben. Im übrigen steht es den Arbeitern natürlich frei, von ihrem Amandierungsrecht Gebrauch zu machen. Dann hat der Minister Versicherungen meines Vorzeigens Legien zitiert, hat aber dabei keine Worte nicht richtig angeführt. Der Minister sagte, Legien habe es beklagt, daß die Organisation der Eisenbahnarbeiter noch nicht genügend fortgeschritten sei. Er hat aber nicht erwähnt, daß Legien seine Ausführungen gemacht hat, um gegen den Massenstreik aufzutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat wörtlich gesagt: „Am das Betriebe des Staates lohnunlegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahnarbeiter fehlen uns in der Organisation. . . . Glaubt man denn wirklich, daß, nachdem wir uns jahrzehntelang vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, diese sich durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Ideen gewinnen lassen?“ Also Legien hat das Gegenteil von dem gesagt, was ihm der Minister gestern unterlegte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, daß das Vorgehen des Ministers nicht gerechtfertigt ist. Er meinte, stramme Furcht und Ordnung sei besonders bei den Eisenbahnarbeitern an der Weltausstellung nötig, das zeigt, daß er vollständig den Volkscharakter an der Weltausstellung verkennt. Dieser Volkscharakter ist nicht derart veranlagt, daß man sich dort auf die Dauer diese preußische Schneidigkeit

gefallen läßt. Fahren Sie nur fort auf dem beschränkten Wege, Herr Minister, das ist die beste Agitation für meine Partei. Fines schönen Tages werden Sie sich dann belehren lassen müssen, daß Sie den falschen Weg eingeschlagen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Ich möchte meine Rede von gestern zum zweiten Male halten, wenn ich auf alle Beschwerden des Vordredners eingehen wollte. Ich habe gestern ausdrücklich festgesetzt,

daß das Vereins- und Versammlungsrecht der Eisenbahner in den zwingenden Notwendigkeiten des Eisenbahndienstes seine Grenzen findet. An diesen Auslassungen, denen sich auch die anderen Redner aus dem Hause angeschlossen haben, hat der Herr Vordredner vollständig vorbeigehört. — Wenn die Verwaltung sich dazu entschließt, einen Arbeiter zu entlassen, der 25 Jahre im Dienste steht, so müssen doch außerordentlich schwere Gründe vorliegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wer ist für Gewächsmann.) Der Herr Dertel mag liegen, wie er will (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), jedenfalls hat der Arbeiter, nachdem er sich bereit erklärt hatte, eine bestimmte Erklärung abzugeben, dies Versprechen vollständig annuliert durch den Zufall: „Ich komme dem Wunsche der Verwaltung nach, obwohl ich mit den in der Zukunft enthaltenen Annahmen und Erklärungen nicht einverstanden bin.“ Das Wesentliche, seine gehässige Agitation, hatte er im übrigen zugestanden. — Die Frage, ob die Verhältnisse der Eisenbahner der Gewerbeordnung unterliegen, ist von den höchsten Gerichtshöfen im vormaligen Sinne entschieden worden. Wie der Vordredner die Worte Legiens ableugnet, verstehe ich nicht; aus ihnen geht doch das lebhafteste Bedauern hervor, daß man in der gegebenen Situation den Generalstreik nicht durchführen könne.

Herr Becker meinte, der freiwillige Verzicht auf das Streikrecht verlange auf der anderen Seite ein Äquivalent, ein Entgegenkommen der Verwaltung. Das ist nicht richtig, wenn man das Allgemeinwohl als Maßstab für die Ablehnung des Streikrechts anerkennt, andererseits aber sind die Arbeiter der Eisenbahn allerdings weit besser gestellt als andere Arbeiter! Viele kommen in Beamtenstellungen und ferner kommt es unteren Arbeitern zugute, daß wir bei der Krise nicht mit Entlassungen vorgehen und die Löhne nicht herabsenken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das tut jeder vernünftige Unternehmer.) Ferner sind die Mitglieder der Arbeiterauschüsse und Arbeiter, die zehn Jahre bei uns beschäftigt sind, in der Weise gesichert, daß sie nur aus ganz besonderen Gründen durch Entscheidung der Direktion oder gar des Präsidenten entlassen werden können. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn-Barburg (S.): Schon im Sommer hat Herr Vöhlle von einer Verlammlung in Straßburg den Auftrag erhalten, die Generaldirektion zu brandmarken und an den Pranger zu stellen. Ich denke, daß alle bürgerlichen Parteien darin einig sind, daß diese „Brandmarkung“ nicht gelungen ist. — Die Sozialdemokraten verlangen vom Minister, er solle die Namen der Beamten — der Denunzianten, wie er sich ausdrückt — nennen, auf deren Angaben hin die Maßregelungen erfolgt sind. Aber derselbe Herr Vöhlle, der diese Forderung stellt, hat sich konsequent geweigert, den Namen des Zentrumsführers zu nennen, der angeblich den Sozialdemokraten das Stichwahlbündnis für die elßah-Vordringischen Wahlen angeboten hat. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum und rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Alle bürgerlichen Parteien sind sich einig darüber, daß im Eisenbahnbetrieb besondere Verhältnisse vorliegen und daß sich die Eisenbahnverwaltung einen gewissen Einfluß auf die Organisationen der Eisenbahnarbeiter sichern muß.

Die sozialdemokratischen Redner sprechen immer davon, daß in den Statuten der betreffenden Eisenbahnarbeiterorganisationen nicht vom Streikrecht die Rede ist. Aber was will das heißen? Herr Vöhlle hat hier mehrfach Aeußerungen getan, die nur als Aufforderung der Arbeiter zur Heuchelei verstanden werden können. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie erzieht die Arbeiter zu Heuchlern. (Stürmisches Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten reden sich immer um die Frage des Streikrechts der Eisenbahner herum. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß sie prinzipiell ein solches Streikrecht in Anspruch nehmen. Ich verweise auf die Ausführungen Legiens. Jetzt freilich sucht man dieselben wegzuleugnen. Das ist ja eben die Methode der Sozialdemokratie, die Methode, die, wenn sie von und ausginge, als jesuitisch bezeichnet werden würde. (Stürmisches Zustimmung im Zentrum. Zurufe bei den Soz.) Die Methode beginnt allmählich auch sozialdemokratischen Kreisen zu mißfallen. Die „Leipziger Volkszeitung“ wendet sich ausdrücklich gegen die Ausführungen, die hier bei der Marokkodebatte Vöhlle über den Generalstreik gemacht hat. Vöhlle hat behauptet, die deutsche Partei habe an allen internationalen Kongressen sich gegen den Generalstreik im Kriegsfall erklärt. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber stellt fest, daß die Stellung der deutschen Partei auf den internationalen Kongressen, vielmehr richtig auf dem Jenaer Parteitag von Ledebour dahin bezeichnet worden ist: wir wissen nicht, ob wir einen Generalstreik machen werden, wir wissen also nicht, ob wir keinen Generalstreik machen werden. (Wiederholtes Hört! hört! rechts und im Zentrum.)

Wenn der Eisenbahnerverband wirklich den Rachwels führen will, daß er auf dem Boden der Gesetze steht, dann muß er sich ausdrücklich gegen das Streikrecht erklären. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) So lange er dies nicht tut, muß er sich gefallen lassen, daß man ihn als eine unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Organisation betrachtet. Tatsächlich kam ein solcher Zusammenhang zwischen dem Verband und der Sozialdemokratie nicht geleugnet werden. Nach der Entlassung Dertels fiel die Masse Dertel selbst hat öffentlich zur Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Wahlen aufgeföhrt. (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum und rechts.)

Hier ist vielfach von den Vorgängen in Bayern die Rede gewesen. Die Vorgänge haben mit der uns hier beschäftigenden Sache nichts zu tun. Übrigens stehen die Dinge so: es ist geltendes Recht in Bayern, daß Sozialdemokraten im Staatsdienst nicht beschäftigt werden sollen. Man kann darüber streiten, ob dies ein Ausnahmefesetz oder nicht. (Heiterkeit und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum in Bayern hat nichts getan, als die Anwendung bestehender Gesetze zu fordern.

Die Sozialdemokraten klagen über Terrorismus und Unzulässigkeit. Sie selbst aber sind so terroristisch und unzulässig wie nur möglich. (Bravo! im Zentrum und rechts.) Jetzt rufen sie sogar nach dem Staatsanwalt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Wir bitten dringend den Minister, auf dem beschränkten Wege fortzuführen und sozialdemokratische Bestrebungen aus dem Eisenbahnbetrieb fernzuhalten. Verwunderlich aber ist es, daß er überhaupt den neuen Verband duldet, der nichts ist, als ein Ausschüßelbild für den aufgelösten süddeutschen Eisenbahnerverband. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Also der Minister ist Ihnen noch nicht scharfmacherisch genug!)

Die elßah-Vordringische Bevölkerung hat Sinn für Recht und Gesetz. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Darum hat sie Sie auch bei den Landtagswahlen durchfallen lassen!) — Große Heiterkeit. Die sozialistischen Agitationen werden daher bei ihr nicht verfangen.

Gefordert werden muß aber, daß auch die übrigen Behörden in Elßah-Vordringen endlich aufhören, die Sozialdemokratie zu begünstigen. In einigen Wahlkreisen haben Beamte bis zu den höchsten Stufen herauf für die Sozialdemokratie agitiert. (Zuruf bei den Soz.: Erzbischof Bettinger! Heiterkeit.) Beamte haben für die Partei agitiert, in deren Verlammlungen die Solidarität der französischen und deutschen Genossen gerade im Hinblick auf die diplomatische Lage gepriesen wurde. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Und die Norddeutsche Allgem. Zeitung hat das sozialdemokratische Wahlkreisel ebenfalls noch begünstigt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Scharf! Große Heiterkeit.) Wenn Beamte für die Sozialdemokraten eintreten, wie soll man es dann verhindern, daß die Arbeiter Sozialdemokraten werden?

Und wenn die Arbeiter Sozialdemokraten geworden sind, dann bleiben sie es auch.

(Bravo! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese

offizielle Begünstigung der Sozialdemokratie muß aufhören! (Lebhafte Bravo! im Zentrum und rechts. Abg. Ledebour ruft: Eine Wahlrede für uns! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Der 1910 gebildete Eisenbahnerverband hat allerdings durch das Verhalten seiner Mitglieder sehr lebhaft den Verdacht erweckt, daß seine Mitglieder Anhänger der Sozialdemokratie sind. Ich bin mit Absicht der Frage nicht nachgegangen, auf welchen Ansätzen der Verband gegründet worden ist. Sie erleben daraus, wie vorsichtig die Verwaltung vorgeht. Jedenfalls ist der Verband nicht im Klaren gelassen worden, daß, wenn er das Verhalten seiner Mitglieder fortsetzt, er als ordnungsföndlich angesehen wird, denn ordnungsföndlich wirkt ein Verband, der sich ständig in Gegensatz zur Verwaltung setzt.

Das Hans vertagt sich.

Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. Behrend (Wirtsch. Bg.): Herr Vöhlle hatte behauptet, ich hätte bei der Wahl die Unterstützung der Konservativen geholt. Das ist unwahr. Auch jetzt haben die Konservativen schon einen Gegenkandidaten gegen mich aufgestellt. Herr Vöhlle hat mich als Knecht und Lakaien der Konservativen beschimpft. Nur ein Cassenbube beschimpft einen Gegner. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Beschimpfung vorwerfen und noch weniger ihn mit einem Cassenbuben vergleichen.

Abg. Vöhlle: Herr Spahn hat unter Bezugnahme auf Vorkommnisse im Landtage in Straßburg mich gefragt, warum ich bis jetzt die Namen der Personen nicht genannt hätte, mit denen ich ein Wahlbündnis geschlossen hatte. Darüber reden wir, wenn ich nach Straßburg komme. Dann hat Herr Spahn die Sache in Verbindung gebracht mit der Tatsache, daß der Eisenbahnminister bisher den Namen des Mannes nicht genannt hat, der die Denunziation gemacht hat. Diese Gegenüberstellung ist unrichtig. Ich stelle fest, daß auf meine ausdrückliche Hervorhebung, wie die Verhältnisse liegen, der Minister bis jetzt noch keine Antwort gegeben hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwig schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Schiffahrtsabgaben.

Abg. Ledebour (Soz.): Ich bitte, als ersten Punkt morgen die Fortsetzung der heutigen Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. (Widerspruch im Zentrum.) Das ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, nachdem soeben Herr Spahn die heftigsten Angriffe auf die elßahischen Arbeiter, auf unsere Parteigenossen und auf Beamte gerichtet hat. Es muß unserer Partei Gelegenheit gegeben werden, zu antworten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) zumal wir in dieser Debatte erst einen Redner gestellt haben, das Zentrum zwei. Es wäre im höchsten Grade ungerade, wenn gerade Sie (zum Zentrum) und die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Spahn abgesehen würden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der gesamten Linken und des Abg. Becker vom Zentrum abgelehnt. (Lebhafte Zurufe zum Zentrum hin bei den Sozialdemokraten.)

Schluß 7 Uhr.

Der Berliner Jugendausschuß vor dem Kammergericht.

Nieder mit der Verbreitung von Wissen und Bildung unter der Jugend! Nieder die Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkoholiismus! Hoch der Raulpatriotismus und die Erziehung der Jugend zur Demut und Untertänigkeit gegen wirtschaftliche Ausbeutung und geistige Anechtung!

Das etwa dürften die Leitmotte des Kampfes der Staatsgewalt gegen die Bestrebungen zur geistigen und körperlichen Förderung der schulentlassenen arbeitenden Jugend sein. Deshalb vereinsrechtliche Unterdrückung der Jugend, die wirtschaftlich für sich zu sorgen genötigt ist. Deshalb die staatliche Unterstützung der auf talmpatriotische Zwecke abzielenden Vereine. Eine Episode aus diesem Kampf bietet die gerichtliche Verfolgung des Berliner Jugendausschusses als politischen Verein. Sie fand gestern ihren Abschluß vor dem Kammergericht.

Genosse Dr. Ruit Rosenfeld als Obmann des Jugendausschusses von Groß-Berlin war wegen Uebertretung des § 8 des Reichsvereinsgesetzes angeklagt, weil er als Vorsteher eines Vereins, welcher auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, der Volksbehörde keine Szayung und kein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht habe. Der Angeklagte bestritt, daß der Jugendausschuß überhaupt ein Verein sei und daß er auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Er wurde jedoch zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht führte unter anderem aus: Es handele sich bei dem Jugendausschuß nicht bloß um ein Komitee, wie der Angeklagte meine, sondern um einen Verein. Unter dem Begriff des Vereins sei zu verstehen der auf Vertrag beruhende, auf Dauer berechnete Zusammenschluß einer Mehrzahl physischer Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks. Das liege hier der Fall. Erst sei die Zusammenziehung des Jugendausschusses durch Wahlen aus der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und aus einer Verlammlung von Jugendlichen zustande gekommen. Seit Ende 1910 sei eine Veränderung eingetreten insofern, als der Beitritt der aus der Partei und aus den Gewerkschaften entnommenen Mitglieder des Jugendausschusses (jetzt 22) nicht mehr auf Grund einer Wahl erfolgt. Vielmehr habe der Angeklagte die betreffenden persönlich aufgefordert, im Jugendausschuß tätig zu sein, worauf der Beitritt von je elf Angehörigen der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Gewerkschaften erfolgt sei. Auch jetzt bedürfe es des alleinigen Willensbeschlusses des Angeklagten zum Eintritt einer Person in den Jugendausschuß. Weder diese Art der Ergänzung, noch die früher notwendige Wahl stehe der Annahme eines Vereins entgegen. Der Zusammenschluß sei auf die Dauer berechnet, da Entgegenstehendes nicht bestimmt sei und nur die Jugendigkeit der Jugendlichen auf ein Jahr gedacht wäre. Es sei auch ein gemeinschaftlicher Zweck vorhanden, nämlich: die geistige und körperliche Förderung der schulentlassenen, Verbreitung von Wissen und Bildung unter der Jugend, Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkoholiismus. Die vom Angeklagten verfaßte Anzeige über die erfolgte Konstituierung des Jugendausschusses führe ferner als einen Hauptzweck der Vereinigung die Erziehung der Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung an. Auch bilde der Ausschuß nach der ganzen Art seiner Wirksamkeit eine Organisation. Einer schriftlichen Szayung bedürfe es dazu nicht. Es genüge die Uebung. — Das Urteil führt dann aus, daß es sich auch um einen politischen Verein handele. Das folge aus der Entstehungsgeschichte des Jugendausschusses, namentlich aus den Beschlüssen und Reden des Rührberger Parteitages, auch aus der Bekanntmachung der Konstituierung des Groß-Berliner Jugendausschusses, worin gesagt werde, daß die Bildung erfolgt sei zur Durchführung des Rührberger Beschlusses. Die Erziehung der Jugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung solle gefördert werden. Auch ein Flugblatt der Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird herangezogen. Alles zusammen spreche dafür, daß die Jugendausschüsse, und auch der Jugendausschuß Groß-Berlin, im Sinne von Ausführungen auf dem erwähnten Parteitag dazu beitragen sollten, daß die arbeitende Jugend „hell im Kopfe werde“ und daß sie „einst, wenn ihre Zeit gekommen sei, von ihren erwachsenen Arbeitgenossen als tüchtig vorbereitet Mitarbeiter in dem großen Kampfe, den sie führen, begrüßt werden“ könne. Auch der Inhalt der Programme der Ver-

anstellungen des Berliner Ausschusses könne für die Annahme einer Einwirkung auf politische Angelegenheiten herangezogen werden. Vaterländische Geschichte sei verhältnismäßig wenig, Religion gar nicht berücksichtigt bei den Vortragskurien. Das Programm der Schillerfeier vom November 1909 enthalte unter sechs Titeln aus Schillers Werken als letztes die Worte Stauffachers aus dem 'Tell': 'Kein, eine Grenze hat Tyrannenmacht' usw. Das sei ein Titel, das an dieser Stelle wohl nicht anders aufgefaßt werden könne als wie eine Verherrlichung des Kampfes für die Befreiung des Proletariats. Dieses Ziel, für welches die Jugendkommission nach dem Ausspruch Singers tätig sein sollte und der Berliner Jugendauschuss trotz seiner vielen nichtpolitischen Veranstaltungen nach Annahme des Gerichts auch tätig sei, betreffe Angelegenheiten, welche sich auf die Veränderung der bestehenden staatlichen Organisation bezögen. Denn der Kampf für die Befreiung des Proletariats, den die sozialdemokratische Partei erstrebe und insbesondere durch die Erziehung der Jugend, im Sinne der proletarischen Weltanschauung, vorbereite, richte sich auf die Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Diese Angelegenheiten seien also in hervorragendem Maße politischer Natur. Unerheblich sei, ob diese Einwirkung sich unmittelbar bereits gegenwärtig vollziehe oder erst in Zukunft in Erscheinung treten solle.

Das Kammergericht hatte gestern über die vom Genossen Dr. Kurt Rosenfeld eingelegte Revision zu befinden.

Rosenfeld legte in längeren Rechtsausführungen dar, daß es sich überhaupt nicht um einen Verein im Rechtssinne handele und verzaupte die Deduktionen des Landgerichts in längerer Rede.

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts verworfen nach langer Beratung die Revision mit folgender Begründung:

Das Landgericht habe die richtige Definition des Vereinsbegriffs gegeben und ihn auf den Tatbestand auch richtig angewendet. Zweifelhaft hätten in der Beziehung nur zwei Punkte sein können. Erstens: Versteht der Zusammenschluß der Personenmehrheit auf einem Vertrag? Wenn die Revision meine, ein Vertrag habe nicht vorgelegen, da die betreffenden Leute vom Obmann gewählt seien, respektive von anderen Personen, so gehe das Berufungsgericht mit Recht davon aus, daß selbstverständlich solche Wahl nicht die Personen zu Mitgliedern mache, sondern daß sie erst durch ihre Zustimmung in den Ausschluß hineinläßt. Damit schließt sie den Vertrag, durch den sie mit den anderen den Verein bilden. Wegen der Annahme einer Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht seien die Feststellungen angeführt, daß die Mitglieder nicht an die Beschlüsse des Ausschusses gebunden seien, sondern daß lediglich diejenigen mit der Ausführung betraut worden seien, die besonders dazu geeignet gewesen seien und sich dazu meldeten. Dies aber stehe nach Annahme des Senats dem Begriffswort Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht nicht entgegen. Das Berufungsgericht habe nirgends angenommen, daß die Ausschlußmitglieder an seine Beschlüsse nicht gebunden seien. Es habe nur festgestellt, daß die Ausführung (in einer vielleicht praktischen Art) immer dem Ratgeber übertragen wurde, das sich besonders eignete und sich bereit erklärte.

Der Begriff des Vereins sei somit nicht verkannt. Was die Frage der Einwirkung auf politische Angelegenheiten angehe, so liege ein Widerspruch mit der vom Kammergericht im Urteil vom 11. Juli ausgesprochenen Ansicht nicht vor. Das Landgericht habe ausgeführt: Diese Angelegenheiten seien politischer Natur, wobei es gleichgültig sei, ob sich die Einwirkung unmittelbar bereits gegenwärtig vollziehe oder erst in Zukunft in die Erscheinung treten solle. Das Wort 'unmittelbar' sei hier vom Landgericht nicht in einem Sinne gebraucht, der etwas anderes bedeuten sollte, als das 'direkt' im Urteil des Kammergerichts vom 11. Juli. Vielmehr habe das Landgericht dem richtigen Gedanken Ausdruck gegeben, daß die 'direkte Absicht' der Einflussnahme auf staatliche Institutionen, welche das Kammergericht verlangt, nicht bloß in einer momentanen, augenblicklichen Einflussnahme bestehen brauche, sondern daß es für den Begriff der Einwirkung auf politische Angelegenheiten genüge, wenn die beabsichtigte Einflussnahme erst später in die Erscheinung treten solle. — Was weiter hierzu geltend gemacht sei, wäre tatsächlicher Natur.

Irrig sei die Annahme, ein Vorstand sei nicht vorhanden gewesen. Tatsächlich habe nach den Feststellungen ein solcher in der Person des Obmannes (des Angeklagten) bestanden. Welchen Namen der Vorstand habe und ob es nur eine einzelne Person sei, sei gleichgültig.

Kun habe der Verein keine schriftliche Satzung. Das Reichsvereinsgesetz schreibe aber eine solche für politische Vereine ausdrücklich vor und fülle daneben die Bestimmung, daß sie eingereicht werden müsse. Daraus gehe klar hervor, daß der Gesetzgeber gewollt habe, daß der Vorstand eines politischen Vereins verantwortlich sei dafür, daß eine schriftliche Satzung vorhanden sei und eingereicht werde. Von der Anwendung der Strafvorschrift des § 18, Absatz 1 des Vereinsgesetzes hätte sich der Vorstand nur dann befreien können, wenn er dargelegt hätte, daß aus irgendwelchen Gründen ihm als entschuldigend angerechnet werden müsse, daß er seine Pflicht, schriftliche Satzungen herbeizuführen, nicht erfüllt habe.

Die Verjährungsfrage komme nicht in Betracht, da ein Delikt wie das vorliegende nicht verjähre. Es sei ein Dauerdelikt.

Die Möglichkeit einer Betätigung der Jugend zu seiner geistigen und körperlichen Ausbildung bleibt trotz dieser und ähnlicher Urteile bestehen. Natürlich müssen die Grundzüge dieses Urteils beachtet werden. Die geistig vorwärtsstrebende Jugend findet auch andere Formen für die Betätigung ihrer unpolitischen Ziele. Eine so naturnotwendige und im Allgemeininteresse erforderliche Bewegung, wie die proletarische Jugendbewegung kann gehemmt, nimmer gebremst werden: sie setzt sich durch trotz aller Nadelstiche.

Parlamentarisches.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

(Sitzung vom Dienstag, den 14. November.)

In der zweiten Lesung, die in der Kommission Dienstag begann, wurde nochmals eingehend über die Abgrenzung des Kreises der Versicherten debattiert. Von den Konzeptionsräten wurde beantragt, die Einfügung der Bureauangestellten als Versicherungspflichtigen in Riffer 3 des § 1 neben den Handelsangestellten zu streichen. Dafür sollte in Riffer 1 eingefügt werden: Bureauangestellte, soweit sie nicht mit niedrigen oder lediglich mit mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und Dr. Potthoff. Durch Annahme dieses Antrages würden zunächst die Beihilgen in den Bureaus von der Versicherung ausgeschlossen, dann aber auch die große Zahl derjenigen, die nur als Schreiber (Maschinenbedienerinnen) tätig sind. Trotzdem unsere Parteigenossen darauf hinwiesen, wie unbillig es sei, daß in einem Bureau die Angestellten in zwei Kategorien eingeteilt werden, daß von höheren und niederen Diensten gesprochen wird, für die es keinen höheren Maßstab gäbe, entschied man sich dennoch für diese unsinnige Teilung und ließ damit einige tausend Angestellte aus der Versicherung heraus. Die Folge ist, daß eigentlich nur für einen Teil der besserbesoldeten Angestellten die Versicherungsbeteiligung vorgesehen ist. Die Bureauangestellten können sich bei den bürgerlichen Parteien für diesen Streich bekämpfen.

Der § 9 will, daß die im Betriebe des Reichs, eines Bundesstaates oder Gemeindeverbandes Angestellten dann von der Versicherung befreit werden wenn ihnen Pensionsansprüche nach

einer vom Bundesrat festzusetzenden Gehaltsklasse gesichert sind. Auf Antrag unserer Genossen und des Abg. Raab fügte die Kommission diesem Passus hinzu, daß dabei das Durchschnittseinkommen der betreffenden Beamtenklasse zu berücksichtigen ist.

Zu § 24 beantragten unsere Genossen, daß nicht nur derjenige, der 26 Wochen krank und erwerbsunfähig ist, das Ruhegeld erhalten soll, sondern diese Unterstützung entsprechend der Reichsversicherungsordnung auch dem gewährt werden muß, der aus der Krankenkasse ausgeschlossen worden ist und kein Krankengeld mehr erhält. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Raab wird § 29 dahin geändert, daß beim Tode einer versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Verdienst bestritten hat, die Kinder unter 18 Jahren die Waisenrente erhalten ohne Prüfung, ob der Ehemann in bedürftiger Lage ist. Diese Prüfung der Bedürftigkeit sollte der Geschiedenen entfallen.

Zu § 37 wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen, daß bei Einleitung des Heilverfahrens die Hinterbliebenen mindestens drei Zwanzigstel des zuletzt gezahlten Monatsbeitrages als Unterstützung erhalten. Damit ist der Versicherungsanstalt die Möglichkeit gegeben, daß in besonderen Fällen höhere Unterstützungen gezahlt werden können.

Die Vorlage lehnt bei einem Verfall der Anwartschaft das Wiederaufleben der Rechte aus alten Beiträgen ab. Unsere Genossen und der Abg. Potthoff wollten diesen Verfall der Anwartschaft ausbleiben lassen, wenn der Versicherte wieder 120 Beiträge gezahlt hat. Dieser Antrag wurde von der Regierung bekämpft und mit großer Majorität abgelehnt.

Die Witwenrente sollte nach einem Antrag unserer Genossen für erwerbsunfähige Witwen höher bemessen werden als für die erwerbsfähigen Witwen. Auch dieser Antrag, der von mehreren Angestelltenverbänden gefordert wurde, fand in der Kommission von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung.

Aus Industrie und Handel.

Die Juckerfövention in Gefahr.

England verlangt Aufhebung der Beschränkung in der Juckerfövention. Die Ständige Kommission der internationalen Juckerfövention beschloß kürzlich ein Antrag Russlands auf Vergrößerung des ihm zugewiesenen Kontingents Prämienzucker. Die Entscheidung über diese Frage vertagte die Kommission bis zum 8. Dezember. In seinem Bericht über diese Sitzung konstatiert nun der Vertreter Englands, daß er im Auftrage des Staatssekretärs, Sir Edward Grey, den Antrag Russlands energisch unterstützt habe. England fordere Aufhebung jeder Beschränkung in der Juckerfövention.

Daß die übrigen Staaten solcher Forderung beistimmen, ist kaum anzunehmen. Das vernünftigste wäre, die Juckersteuer in Deutschland aufzuheben, dann würde der Konsum bald so kräftig zunehmen, daß wie auf eine Ausfuhr nicht mehr angewiesen wären. In den letzten beiden Verrechnungsjahren 1908/09 und 1909/10 ergab die Juckersteuer 157,6 resp. 158,8 Millionen Mark. Unter Juckersteuer von 14 Mark Steuer pro Doppelzentner würde der Steuerertrag einer Menge von 11,2 Millionen Doppelzentner entsprechen. Die Ausfuhr in den genannten Jahren, Rohzucker, Verbrauchsrunder und Melasse zusammen, beträgt aber nur 7,9 resp. 7,4 Millionen Doppelzentner. Mehr als die Ausfuhr ausmacht, könnte der Inlandsverbrauch gedeckt werden, ohne daß den Konsumenten eine Mehrausgabe erwätsche, wenn nur die Juckersteuer aufgehoben würde. Die Aufhebung der Steuer brächte dazu eine enorme Ersparnis an Verwaltungskosten und sie gäbe einen Anreiz zu technischen Verbesserungen. Die Konkurrenz des Prämienzuckers brauchte nicht mehr zu scheuen, und was natürlich das allerwichtigste ist: Das Volk käme endlich zu einem wertvollen Nahrungsmittel, das ihm egoistisch-türkisliche Politik bisher vorenthalten hat. In gesundheitlicher Beziehung wäre das von unbeschättem Werte. Da die 'Nationalen' in den letzten Tagen ihre Opferfreudigkeit außerordentlich lärmend betont haben, dürfte der Erfolg für den Ausfall der Steuer kaum große Schwierigkeiten bereiten. Oder sollte an diesem Punkte die einzig richtige Lösung einer wichtigen Frage scheitern? Den Vorkämpfern kann man schon zutrauen, daß sie schnell die Hand auf die Tasche drücken, wenn ihr Nationalismus wirklich mal etwas kosten soll. Jedenfalls wird die Angelegenheit aktuell: die Blockbrüder bekommen Gelegenheit, ihren Patriotismus zu bekunden.

Gewinne bei Grundstücksverkäufen.

Im Reiche der armen Junker Ostpreußens schwellen die Güterpreise hinauf. Das Gut Peherde (Popowo), in Ostpreußen, ist kürzlich für 350 000 M. verkauft worden. Der Vorbesitzer halte es vor etwa 10 Jahren für 120 000 M. erworben. Sein Verdienst stellt sich demnach auf mindestens 230 000 M., wenn man unterstellt, daß er für 30 000 M. Neubauten usw. errichtet hat. Der neue Besitzer kann nun vielleicht ausrechnen, daß das Anlagekapital sich zu schlecht verzinselt, der Reiz der Landwirtschaft durch weitere Erhöhung der Schatzgölle vorgerückt werden müsse. Im Kreise Rummelsburg ist das Gut Jagobshausen, das vor 4 Jahren 102 000 M. gekostet hatte, jetzt für 157 000 M. verkauft worden. Noch erheblicher ist die Preissteigerung für Ackerland, besonders in Industriebezirken. So werden im Kreise Märk für einen Morgen Ackerland, der vor einem Jahrzehnt noch keine 1000 M. gekostet, jetzt 6000—8000 M. bezahlt. In Miersheim, wo Krupp eine neue Fabrik errichtet, sind für den Morgen Ackerland 18 000—20 000 M. erzielt worden. Durch dergleichen umfangreiche Verkäufe wird die Zahl der Millionenbauern wieder um einige vermehrt. Sie und ihre Erben erlangen damit das Recht, sich von der Arbeiterschaft ernähren zu lassen! Fleißige Arbeiter jedoch, die sich ausgedient gearbeitet haben, können dabein geben oder zur Armenverwaltung wandern. Das nennt man 'christliche Weltordnung'.

Soziales.

Gegen die Verunreinigung der mitteldeutschen Flüsse

durch die Ableitung der Kahl-Endlaugen nahm am 12. November in Raumburg a. S. eine aus dem Unstrut-, Wipperf, Weiler-, Saale- und mitteldeutschen Tiefland besetzte und von circa 700 Personen besuchte impolante Protestversammlung statt. Versammlung dieser Protestation waren die Magistrats der Städte Magdeburg, Veruburg, Halle, Merseburg und Raumburg, ferner verschiedene Interessentenvereinigungen (Fischer, Papierfabriken, Gerbereien usw.). Von den Rednern, unter ihnen auch der ehemalige Staatssekretär Graf Posadowski, wurde eine erschreckende Fülle von Material vorgebracht, welches bewies, wie verheerend die Verunreinigung und Verchlörun der erwähnten Flüsse auf die gesundheitlichen Verhältnisse von Mensch und Vieh, sowie auf die Industrie einwirkten.

In Calbe hat z. B. laut chemischen Gutachten im vorigen Sommer das Saalewasser über 4000 Milligramm Chloride pro Liter Wasser enthalten. In Veruburg ist heute das Leitungswasser schlechterdings ungenießbar. Im Unstrutgebiet erkranken die Pferde, welche mit Unstrutwasser getränkt werden, an Pantanelschlag. Auf den Weiden, die mit Unstrutwasser bewässert werden, wuchert die Salzflanze und vermindert so den Heuertrag ganz bedeutend. Die Turbinenanlagen in den Betrieben, die mit Wasserkraft arbeiten, werden in kurzer Zeit von dem veralgten und verchlörunten Wasser zerstört. Der Fischbestand geht ganz rasch zurück. Und so wurden die Klagen bis ins Unendliche fortgesetzt. Diese furchtbare Katastrophe ist erst seit jener Zeit zu konstatieren, wo sich die Kaliwerke in größerer Anzahl begründet haben. 57 Werke sind bereits im genannten Gebiete im Betriebe bzw. in Vorbereitung, die gegenwärtig insgesamt 22 Kilogramm Salz pro Sekunde den Flüssen zuführen. Mit Recht wurde betont, von einer so kapitalstarken und äußerst gewinnbringenden Industrie wie der Kaliindustrie,

die allein 2 Millionen Mark alljährlich für Kläms ausgegeben in der Lage sei, könne eine Unschädlichmachung der Kahl-Endlaugen, sei es durch Eindampfungsvorrichtungen oder durch Anlage eines großen Sammelkanals nach der Nordsee, verlangt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Reichsregierung aufgefordert, dasjenige zu veranlassen, was den früheren Rechtszustand des Gemeingebrauchs der Flüsse wieder herstelle.

Die Arbeitszeit in der Eisen- und Metallindustrie.

Durch eine von ihm veranfaßte Erhebung hat der Metallarbeiter-Verband ein schätzenswertes Material über die Arbeitszeit in der Eisen- und Stahlindustrie gewonnen. Nach der Betriebszählung vom Jahre 1907 waren in der Eisen- und Metallindustrie 1,86 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Erhebung umfaßt 1,61 Millionen Personen. Untersucht man, daß sich die Zahl der in der Eisen- und Stahlindustrie Beschäftigten auf circa 2 Millionen erhöht hat, dann sind davon durch die Erhebung drei Viertel erfasst worden. Dieser hohe Prozentsatz gestattet allgemeine Schlüsse, zumal die Erhebung sich auf 1100 Orte erstreckte.

Es arbeiten in 7880 Betrieben 317 870 Beschäftigte 48 bis 54 Stunden pro Woche, in 12 913 Betrieben 680 016 Beschäftigte über 54 bis 60 Stunden pro Woche oder täglich 9 bis 9 1/2 Stunden. Eine Arbeitszeit von 60 Stunden wöchentlich oder 10 Stunden täglich haben in 10 756 Betrieben 486 908 Personen. Mehr als 10 Stunden täglich sind in 9340 Betrieben 228 038 Arbeiter tätig. Der Verband glaubt konstatieren zu können, daß wenigstens in der Maschinen- und Metallindustrie der Reumtudente siegreich vordringt und bald Allgemeinmäßigkeit haben werde. Der Metallarbeiter-Verband wird es sich zur Aufgabe machen, den Arbeitern der rückständigen Betriebe die Vorteile einer kürzeren Arbeitszeit zu verschaffen. In Frage kommt hierbei vorwiegend die Hütten- und Walzwerksindustrie, in der 41,1 Prozent der Arbeiter täglich mehr wie 10 Stunden arbeiten, die Mehrzahl davon 11 und 12 Stunden. Auch in der Schneidwarenindustrie ist ein großer Teil der Arbeiter mehr als 10 Stunden in der Woche tätig. Auch in den Nadel-, Fabrik-, Kleinwerkzeug- und Kurzwarenfabriken, in den Schmiedewerkstätten, in den Zink-, Silber- und Bleihütten, ist noch eine über 60 Stunden wöchentlich hinausgehende Arbeitszeit anzutreffen. In den Aluminiumfabriken, Kupferfabriken, Blechwarenfabriken, Nähnagelfabriken, Baubeschlagsfabriken, Kesselschmiedereien, Angelager-, und Kugelfabriken, Waulkonstruktionsfabriken, Feilen-, Bauereien, Baustoffereien, in Maschinenfabriken für die Großeisenindustrie und das Buchdruckgewerbe, in Fabriken für Drahtseil-, Feil- und Hängebahnen, in Kinderwagenfabriken, in elektrischen Kraftzentralen und in der Verfertigung von Musikinstrumenten, ist die zehn Stunden Schicht vorherrschend. In Diamantschleifereien, Gold-, Silber- und Aluminiumschleifereien, in Fabriken für Herstellung von Schmuckwaren aus unedlen Metallen, in Metalldruckereien, in Spielwarenfabriken, Beschlagsfabriken, Nadel-, Nähnagelfabriken, in Graveur- und Eisenbahnbetriebswerkstätten, in Dreher-, Kranen- und Lüfterfabriken, in Fabriken für die Herstellung von Fernsprechanlagen, in Heizungsfabriken und in Fabriken für photographische Apparate sind circa 75 Prozent der Beschäftigten 10 Stunden tätig. Ungefähr dasselbe Verhältnis wurde ermittelt in Emballagen-, Schreibfedern-, Schloß-, Motoren-, Automobil-, Lokomotiv-, Lampen- und Glühlampenfabriken, in Zink- und Zinnhütten, in Fabriken für die Herstellung von Stromerzeugungsmaschinen, auf den Schiffswerften, in den Uhrenfabriken und in der Mechanik und Optik. Die Verbandsmitglieder finden in den Feststellungen gut zu brauchendes Material, wenn sie Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit erheben.

Verfassungen.

Wichtigstellung. Der Bericht des 'Vorwärts' über die Friedensdemonstration in Berlin legt mir als Referenten einer Versammlung (Frankfurter Allee) den Ausdruck unter:

„Zwar habe keine bürgerliche Partei in Deutschland es gewagt, den Forderungen der Sozialdemokraten auf Abbau der Getreidezölle entgegenzutreten, sie wären jetzt zwar für einen langsamen Abbau, um nach den Wahlen wieder aufzubauen.“

Das letztere sagte ich von der bürgerlichen Linken des Reichstages, während ich die Forderung der Sozialdemokraten als auf eine sofortige Abschaffung der Getreidezölle gerichtete bezeichnete, welcher sämtliche bürgerlichen Parteien entgegengetreten sind.

Diese Feststellung ist nötig, um nicht die Unrichtigkeit in den Wahlkampf gelangen zu lassen. Ad. Ged., Abgeordneter.

Orts-Krankenkasse

für die Amtsbezirke Franz-Budholz (Wanzenburg) und Heinersdorf.

Die diesjährige Herbst-General-Versammlung

findet am Dienstag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Karcher, Franz-Budholz, Berliner Str. 89, statt.

Z Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung. 2. Neuwahl von vier Vorstandsmitgliedern: 1. Vorsteher für Wanzenburg, 2. Vorsteher für Franz-Budholz, 3. Vorsteher für Heinersdorf, 4. Verwalter.

5. Vortrag des Bahnarstes Herrn Jalowicz über: 'Robustus Heilungsmittel in der Zahnheilkunde.' Der Vorstand. Boigt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der Uhrmacher zu Berlin.

Montag, den 27. November cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Schultze, Neue Salobre 24/25.

Ordentl. Generalversammlung.

Z Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter für das Jahr 1912: 33 Arbeitnehmer, 11 Arbeitgeber. 2. Wahl des Vorstandes: 6 Arbeitnehmer, 3 Arbeitgeber. 3. Wahl von 3 Vertretern zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1911. 4. Verschiedenes. Hierzu sind alle Mitglieder eingeladen. Der Vorstand. G. Laetsch, Vorsitzender.

Flausch-

Stoffs, angewickelten Füllter, 1. Herren- und Damen-Unter, Nr. 4, 50, 5, 50 M. Tuchlager Koch & Seelans, O. M. S. O. Gertraudenstr. 20-21, Behrstraße.

Heideschloß Hohenbinde

„Zum Gutenberg“. — Station Ortnen. Nie anfänglich, die berühmte Blut- und Leberwurst. Delikates Weißfleisch. Für Wulstern: Hohenbinder Käsetuchen. Alle Herrenpartien, Freunde u. Bekannte lobet herzlich ein Ad. Lehmann.

Concordia-Festsäle

Andreasstr. 64. Sonnabend, den 9. Dezember, ist der große Saal frei geworden u. unter günstigen Beding. zu vergeben.

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelschlago Johann Dannehl, Malchow.

Generalvertrieb durch Carl Röcker, VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 118.

Gewerkschaftliches.

Englische Pinkertons.

London, 13. November 1911. (Fig. Ver.)

Neben der Polizeireferve, die das liberale Ministerium wie so manche andere Einrichtungen zur Unterjochung der Arbeiterklasse auf administrativem Wege geschaffen hat, ist jetzt auch eine freiwillige Polizei im Entstehen begriffen, deren Hauptzweck die Niederwerfung der Streiks sein soll. Zu den Vätern dieser Pinkertons gehören die großen Eisenbahngesellschaften, die auch wohl die eigentlichen Gründer dieser Schutztruppe des Kapitals sein werden. Man versteht jetzt, weshalb die Gesellschaften erklären, daß sie einem neuen Streik mit Seelenruhe entgegensehen können.

Die „Times“ plaudern heute über die Organisation und den Zweck dieser Pinkertons folgendes aus: Die „freiwillige Polizei“ bildet eine Art militärische Organisation mit Hauptleuten, kommandierenden Offizieren und einem Generalstab. Die kommandierenden Offiziere sammeln auf Befehl des Generalstabes ihre Leute im Hauptquartier, von wo aus sie nach Orten abkommandiert werden, wo ihre Hilfe nötig ist. An Stellen, wo es leicht zu Aufruhrungen kommen könnte, sollen die „freiwilligen Polizisten“ in Trupps aufgestellt werden. Sie sollen nicht allein das Eigentum vor Beschädigung schützen, sondern auch — und zwar hauptsächlich — die Streikposten der Arbeiter überwachen und Arbeitswilige „vor Verhaftung“ schützen. Streikbrecher sollen auf Verlangen von der „freiwilligen Polizei“ von und nach der Wohnung geföhrt werden. Diese Pinkertons arbeiten in vierstündigen Schichten mit einer dreistündigen Ruhepause zwischen jeder Schicht. Ehe sie dreinhalten, werden sie nicht die Befehle der Behörden abwarten. Sie handeln nur auf Befehl ihrer Kommandeure und scheuen sich den Teufel um die Staatsgewalt. Diejenigen unter ihnen, die den Eisenbahndienst kennen, werden neben Polizeidiensten auch noch sonstige Funktionen zu verrichten haben. Jeder „freiwillige Polizist“ wird mit einem Totschläger von bewährtem Muster bewaffnet werden. Der Generalstab wird stets eine große Zahl solcher Totschläger auf Lager haben. Wie die „Times“ berichtet, soll die „Bewegung“ gute Fortschritte machen.

Das Auffälligste an der Sache ist, daß die Regierung, obwohl die Organisation dieser Streikbrechertruppe zur Niederknüppelung streikender Arbeiter ganz ungenügend vor den Augen der Öffentlichkeit vor sich geht, nicht die geringste Miene macht, gegen diese Vereinträchtigung ihrer Exekutivgewalt einzuschreiten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Eisenformer und Gießereiarbeiter.

Der bereits über fünf Wochen währt, wird mit großer Einnütigkeit und Ausdauer fortgesetzt und zieht von Tag zu Tag weitere Kreise, indem wichtige Kategorien von Metallarbeitern bei großen maßgebenden Firmen zugunsten der Streikenden in den Kampf eingetreten. „Krieg ist Krieg“, hatte im Laufe des Streiks der Direktor einer Großfirma erklärt, als er die Maßnahmen der Unternehmer zu rechtfertigen versuchte. Diese Worte haben die Arbeiter sich wohl gemerkt und sie sprechen jetzt in gleicher Weise. Darum mögen sich die Unternehmer nicht wundern, wenn die Arbeiter zu immer neuen Mitteln greifen, die ihnen geeignet und wirksam erscheinen, um den Kampf zu ihren Gunsten zu wenden. Wenn die Produktion schwer darunter leidet, so tragen die Unternehmer dafür die Verantwortung. Die materiellen Zugeständnisse, die von den Arbeitern verlangt werden, können kein Hindernis für den Frieden sein, denn die Unternehmer lassen es sich ungeheuer viel kosten, um den Kampf fortzusetzen.

Sehr wirksam ist der Streik der Dreher bei Vorlag schon gewesen, dem sich noch ein Streik der Präzer hinzugesellt hat. Die Meister versuchten mit den Lehrlingen, den Gang der Produktion aufrecht zu erhalten; aber es gelang ihnen nicht. In ähnlicher Weise sind die Arbeiter bei Schwargloff vorgegangen, dann bei Karl Flohr und anderen Firmen, wo man überall bereit ist, den streikenden Formern zu helfen. Die Sperre über den Arbeiternachweis in der Musterhausener Straße funktioniert in eigenartlicher Weise. Während den Großfirmen Arbeiter bewilligt werden, verweigert man sie den kleineren Firmen. Oder stellen die großen Firmen ohne Genehmigung Leute ein? Die zahlreichen Betriebe, Modelle auswärts unterzubringen, stoßen teils auf den Widerstand der Arbeiter, teils bewirken sie eine lebhaftige Agitation, die in der Regel dahin führt, daß die Arbeiter für die Organisation, für den Deutschen Metallarbeiterverband gewonnen werden. Die Berliner Verwaltung des Verbandes erhält stets Nachricht von allen Versuchen der Unternehmer, ihre Modelle unterzubringen. Zuweilen wenden die Unternehmer allerlei Tricks an, um die Arbeiter irreführen, aber es dauert gewöhnlich nicht lange, bis die Arbeiter die wahren Absichten der Unternehmer erkennen. Zum Beispiel wurde den Arbeitern in Zorgegow (Pommern), wo es viele Gießereien gibt, ein Brief der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft an eine Firma zur Kenntnis gebracht, in dem die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft versuchte, die Arbeiter einzuschüchtern mit der Drohung, die an die Firma gerichtet ist, sämtliche Modelle zurückzugeben, wenn wieder Modelle zurückgeschickt würden. Solchen Wandern weiß die Verwaltung stets zu begegnen, und sie findet bei jedem Appell an die Kollegenchaft Verständnis und volle Vereinstätigkeit, mitzuwirken im Kampfe gegen die Unternehmer.

Zwei überfällige Versammlungen, die von den Streikenden am Dienstagvormittag in den „Horusälen“ abgehalten wurden, zeigten volle Einnütigkeit und Geschlossenheit in dem Bestreben, den Streik energisch fortzusetzen. So hat sich Bericht über die gegenwärtige Situation wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Arbeiter der Weiß- und Gelbmehlmühlindustrie waren am Montag in sehr großer Zahl im Saale der „Neuen Welt“ versammelt. Der Referent behandelte einen Ueberblick über die Lohnbewegung, welche die Branche in diesem Jahre geführt und schließlich mit Erfolg beendet hat. In 70 Betrieben sind feste Verträge von zwei bis dreijähriger Dauer geschlossen. In 20 anderen Betrieben sind Lohnhöhungen um 2 1/2, 5, 7 Pf. bewilligt worden. In einem Betriebe (Stoof, Elisabethhülser) dauert der Streik noch an. Die Aufgaben, welche den Kollegen jetzt, nach Abschluß der Bewegung erwachsen, sah der Referent dahin zusammen: Stärkung der Organisation, denn nur durch sie kann das Erzeugnis aufrecht erhalten werden. Das Anfragen nach Arbeit muß aufhören, weil das den Unternehmern Vorwand zur Lohnrückgabe bietet. Nicht unter den festgesetzten Löhnen darf Arbeit angenommen werden. Auch nach der Bewegung müssen die Kollegen dem Unternehmer gegenüber dieselbe Festigkeit behalten, die sie in der Bewegung zeigten. Auch die politische Organisation und die politische Tätigkeit darf nicht vernachlässigt werden. Bei der Reichstagswahl muß jeder seine Pflicht als Klassenbewußter Arbeiter tun. Dieser Gedankengang des Referenten fand auch in der Diskussion allgemeine Zustimmung.

Der Tarifvertrag für Stachel-Perrenkonfektion, zwischen dem Arbeitgeberverband dieser Branche und dem Verband der Schneider und Schneidinnen, in Halle Berlin I, ist jetzt endgültig abgeschlossen und liegt bereits in einem acht Druckseiten starken Heft vor. Die Verhandlungen, die zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeitervereinigungen geführt werden, sind allerdings noch nicht beendet, es ist jedoch wohl zu erwarten, daß es auch in dieser Hinsicht zu einer diesen beiden Parteien annehmbaren Regelung kommt.

Zur Tarifbewegung in der Damenkonfektion.

Die bürgerlichen Blätter haben bereits verschiedene Notizen veröffentlicht, die mit mehr oder minder großer Bestimmtheit einen allgemeinen Streik in der Damenkonfektion in Aussicht stellen. Tatsächlich liegt auch die Sache so, daß die am Montag gepflogenen Verhandlungen gescheitert sind, da die Vertreter beider Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten. Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen sind die Verhandlungen wie folgt verlaufen: Die Vertreter der Konfektionäre — des Verbandes der Damen- und Wädmantelfabrikanten — erklärten, daß sie bereit seien, Lohnzulagen zu bewilligen, soweit es notwendig und möglich sei. Sie hätten jedoch festgestellt, daß ihre Lohnkonten im Verhältnis zum Umsatz schon reichlich hoch seien, denn sie mühten auf eine starke Konkurrenz aus England Rücksicht nehmen, weil dort die Löhne niedriger und die Ansprüche der Arbeiter und Arbeiterinnen geringer seien als in Deutschland. Daß die Deutschen höhere Ansprüche stellten, sei ja an sich keineswegs zu beklagen, erkläre aber die Schwierigkeiten, die den Konfektionären aus einer weiteren Belastung der Lohnkonten erwachsen würden. Eigentlich sei es ungerechtfertigt, daß man an sie mit Lohnforderungen herantrete, denn sie zahlten ja die Löhne, die die Zwischenmeister verlangten. Einen Tarif könnten sie nicht abschließen, denn das sei in der Damenkonfektion einfach unmöglich.

Diesen Ausführungen wurde von der Arbeitnehmerseite entgegengehalten, daß man doch schwerlich mit Recht behaupten könne, die englischen Arbeiter und Arbeiterinnen seien tatsächlich noch bedürftiger als die deutschen. Es wirklich die Löhne in England noch niedriger seien als in Deutschland, könne im Augenblick nicht festgestellt werden. Wenn dies aber der Fall sei, dürfe man nicht verzeihen, daß die Engländer infolge der billigeren Lebensmittel wirtschaftlich besser gestellt seien. Die Notwendigkeit höherer Löhne in Deutschland ergäbe sich schon aus der Zollpolitik des Reichstages, durch die ja die Lebensmittel so ungeheuer verteuert seien, daß der Wert des Geldes weit geringer sei als in England. Bei den jetzigen Löhnen in der Damenkonfektion sei es von vornherein unmöglich, besondere Ansprüche an das Leben zu stellen. In der Saison sei der Lohn schon knapp bemessen, und in der stillen Zeit müsse man sich noch weit mehr einschränken. Wenn gesagt werde, die tarifliche Regelung sei in der Damenkonfektion unmöglich, so sei dem entgegengehalten, daß doch für die Kostümbbranche, die der Mode in gleichem Maße unterworfen sei, schon seit drei Jahren ein Stücklohn tarif bestehe, und was in der Kostümbbranche bei den höheren Preisen möglich sei, könne man doch in der Damenkonfektion nicht einfach für unmöglich erklären, zumal diese beiden Branchen in ihrer Struktur dieselben seien.

Nachdem die Parteien sich noch weiter über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Tarifes unterhalten hatten, gaben die Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Zwischenmeister die Erklärung ab, daß weitere Verhandlungen offenbar zwecklos seien und daß nun die beteiligten Organisationen zunächst einmal eine gemeinsame Versammlung einberufen mühten, um von dem negativen Ergebnis der Verhandlungen Bericht zu geben und weitere Beschlüsse herbeizuföhren.

Eine Beschlußfassung darüber, ob die Verhandlungen endgültig abgebrochen werden sollen oder nicht, liegt zurzeit noch nicht vor. Es ist jedoch nicht die Absicht der Organisationsvertreter, für etwas anderes einzutreten als für die Forderung, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grundlage des Tarifs zu schaffen. Von den Konfektionären wird erwartet, daß sie von ihrem Standpunkt, keinen Tarif abzuschließen, abkommen werden. Sollte das nicht der Fall sein, dann werden von den beteiligten Organisationen jedenfalls Beschlüsse geföhrt werden, die dem Standpunkt entsprechen, den die Arbeiterchaft sowohl wie die Zwischenmeister bisher zu der Frage eingenommen haben.

Achtung, Tapezierer! Die Sperre über die Firma Hellmann, Bartelstr. 12, ist aufgehoben. Die Firma hat die Erklärung abgegeben, während der Dauer der Differenzen bei Rudolph Herzog keinerlei Arbeit für diese Firma anzufertigen.

Deutsches Reich.

Zur Tabakarbeiter-Aussperrung.

Die Scharfmacher unter den Tabakindustriellen scheinen selbst in ihren eigenen Reihen nicht ungeteilten Beifall mit ihrer Draufgängerlei zu finden. Zwar verhalten sie es in der Öffentlichkeit zunächst mit dem Teid, sich als die unschuldigen Angegriffenen hinzustellen, die sich in der Abwehr befinden. Doch dieser Teid wird wohl im allgemeinen nicht gelingen. Hat doch diese Art der Darstellung des Kampfes selbst in der Versammlung des Unternehmerverbandes, die kürzlich in Berlin stattfand, keinen rechten Glauben gefunden, weshalb der Antrag des Reichstages der Tabakarbeiter-Verbands, alle organisierten Tabakarbeiter Deutschlands auszusperren, keine Gegenliebe fand. Die Unternehmer beschloffen nur folgende Resolution: „Die heute in Berlin tagende Landesversammlung des Arbeitgeberbundes der deutschen Zigarettenindustrie spricht einmütig ihren im Abwehrkampf gegen die organisierten Tabakarbeiter stehenden westfälischen und holländischen Mitgliedern ihre volle Sympathie aus und sichert ihnen ihre nachhaltige Unterstützung zu. Alle sich daraus ergebenden Maßnahmen bleiben dem Vorstand überlassen.“

Den eventuellen Maßnahmen des Bundesverbandes sehen die Ausgesperrten mit aller Ruhe entgegen. Außer dem Saue, den die Ausgesperrten bei den Arbeitern Deutschlands genießen, erhalten sie jetzt auch noch den Schutz der organisierten Konsumvereine. An alle Konsumvereine Deutschlands, die über Entschickung und Einwirkung der Aussperrung unterrichtet wurden mit Verfassung der Mitgliederlisten derjenigen Unternehmerverbände in der Zigarettenindustrie, die die organisierten Tabakarbeiter aussperrten, ist das Ersuchen gerichtet worden, in diesem Kampfe ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Ebenso sind auch alle Verbände von Volks- und Genossenschaftsbauern, Arbeitervereinsbäuerinnen und Arbeitervereinskolonnen unterrichtet worden. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Arbeiter Deutschlands, Abt Solidarität!

Lohnbewegung der Krimmitschauer Textilarbeiter!

In Krimmitschau i. S. haben die Textilarbeiter in 12 stark besuchten Versammlungen zu den an die Fabrikanten zu richtenden Forderungen Stellung genommen. Sie fordern Einführung der 10stündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter, Erhöhung der Löhne für die in Wochen-, Tag- oder Stundenlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einheitliche Regulierung der Verdöhne und Bezahlung der Nebenarbeiten. Außerdem wird die Vereinstätigkeit des Unternehmers nachgewiesen und Errichtung eines paritätischen Rates gefordert.

Aussperrung der organisierten Lederarbeiter in Lemgo.

In Lemgo sind 21 Mitglieder des Lederarbeiterverbandes ausgesperrt worden, weil sie von dem ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben. Jene, welche Forderungen der Arbeiter oder Differenzen irgendwelcher Art sind der Aussperrung nicht vorausgegangen. Es kommen dort noch Stundenlöhne von 25 Pf. vor. Um zu verhindern, daß die Lederarbeiter in Lemgo diese schlechten Löhne mit der Zeit abschaffen und über die Lage der Arbeiter aufgeklärt werden, denken die Unternehmer durch die Aussperrung die Organisation von ihnen fernzuhalten. Rügen wird das natürlich nichts.

Ausland.

Die New Yorker Straßenreinerer streiken.

Die Gemeindebehörden sind nicht instande, Ersparnisse zu finden, obgleich sie durch Maueranschläge bekannt gaben, daß sie

1000 Gelegenheitsarbeiter zu einem Tagelohn von 8,00 Dollar suchen. Die hygienischen Verhältnisse verschlechtern sich mehr und mehr. Es heißt, die Behörden beabsichtigten, die Streikführer zu verhaften, sich gegen die Gesundheit ihrer Mitbürger vergangen zu haben. In zwei Vorstädten New York sind gestern nur 541 Wagenladungen befreit worden, gegen sonst täglich 6579 Wagenladungen. Die noch arbeitswilligen Reichstagsführer werden von Polizeigentanten begleitet. Natürlich fährt das zu Zusammenstößen mit der Menge, über deren Verlauf die amerikanische bürgerliche Presse, die nicht weniger lägen kann als die Berliner, die schauerlichsten Berichte verbreitet.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Fabrikinspektion

Lautele des Themas, über das Luise Zieh im „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ sprach. Die Referentin gab zunächst eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Deutschland.

Ein erster Beginn der Fabrikinspektion findet sich in Preußen in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Arnberg, nachdem das Fabrikgesetz von 1853 die Anstellung von Gewerbeaufsichtsbearbeitern in das Ermessen der Regierung gestellt hatte. Den gleichen Standpunkt nahm noch die Gewerbeordnung von 1869 ein; erst die Novelle von 1878 machte die Gewerbeaufsicht obligatorisch; doch erst nach der Novelle von 1891 gewann die Fabrikinspektion größere Bedeutung. Auch heute kann sie ihrer Aufgabe — einer wirklichen Ueberwachung der Fabrikbetriebe — indessen nur in höchst mangelhafter Weise genügen, da erstens den Fabrikinspektoren neben ihrer eigentlichen Aufsichtstätigkeit noch die betriebliche Inspektion und die Revisionsarbeiten übertragen ist, vor allem aber die Zahl der Beamten eine so unzureichende bleibt, daß höchstens 1/4 bis 1/2 der der Aufsicht unterstellten Betriebe jährlich einmal insiziert werden können. Dazu kommt, daß durch die bei der Regierung herrschenden Anschauungen und durch die Handhabung der Strafbestimmungen bei Verstößen gegen die Gewerbeordnung die Wirksamkeit der Gewerbeaufsicht teilweise wieder aufgehoben wird; so wies Minister von Perlepp in der Dienstanweisung von 1892 die Fabrikinspektoren an, polizeiliche Strafverfügungen gegen die Arbeitgeber nicht zu erlassen und sprach später sein Befremden darüber aus, daß die Fabrikinspektoren, wie er gehört habe, in direkte Beziehungen zu den Arbeitern und Arbeiterorganisationen träten.

Zur Anstellung weiblicher Kräfte im Fabrikinspektorat gelangte man erst sehr viel später, nachdem die Arbeiterinnen selbst eine jahrelange Agitation dafür entfaltet hatten. Im Auslande war man auch in diesem Punkte Deutschland weit vorausgeleitet. In den Vereinigten Staaten waren weibliche Gewerbeaufsichtsbearbeitende schon seit 1890 tätig; 1897 zählte man dort bereits zirka 28, den männlichen Beamten völlig gleichgestellte Fabrikinspektorinnen. In Kanada gab es 1906 8 selbständige weibliche Beamte; dort wurden auch bereits Arbeiterinnen selbst, wie Frau Bremer, auf diesen Posten berufen. England besitzt 5 selbständige Inspektorinnen und 10 Assistentinnen, daneben in den großen Industriestädten auch weibliche Sanitätsinspektoren. In Holland wurde erst 1899, in Frankreich 1900 das weibliche Fabrikinspektorat eingeföhrt. In Deutschland waren 1897 in Weimar, 1898 in Hessen und Bayern, 1900 in Preußen, Neuchâtel, u. s. w. weibliche Hilfskräfte in der Gewerbeaufsicht eingestellt worden; Baden, Württemberg und Sachsen ernannten Vertrauenspersonen aus der weiblichen Arbeiterchaft, die in Sachsen zum Beispiel nur in ihrer Wohnung Besprechungen entgegennehmen durften.

Wozu brauchen wir nun überhaupt weibliche Fabrikinspektion? Die weiblichen Aufsichtsbearbeitenden sollen speziell die Durchführung familiärer Arbeiterinnenunterstützungen überwachen; sie sollen dafür sorgen, daß alle hygienischen Vorschriften innegehalten werden, daß Arbeits-, Ess-, Schlaf- und Kleiderräume, Aborte u. s. w. den Forderungen des Anstands und der Gesundheit entsprechen; sie sollen vor allem darauf achten, daß die gesetzliche Arbeitszeit nicht überschritten wird, die Arbeitspausen nicht verfehrt werden können, daß nicht mehr Ueberstunden gearbeitet werden, als sie das Gesetz gestattet. Es sollen ferner die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Arbeit der Jugendlichen und über den Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz ihrer ganz besonderen Aufsicht unterliegen. Sind zu dem allen tatsächlich Frauen als Aufsichtsbearbeitende nötig; können männliche Inspektoren die Arbeiterinneninteressen nicht in gleicher Weise vertreten? Nein; die Frau wird sich der Frau gegenüber offener aussprechen; die Frau wird die körperlichen Zustände des Weibes in der Schwangerschaft nach der Entbindung und bei sonstigen Störungen besser beurteilen können; sie wird auch — wie die Fabrikinspektorin Fräulein von Althoffen einmal hervorhob — an sich in einem solchen Amt alles mehr vom Standpunkt des Menschen, weniger von dem des bloßen Beamten, aufassen.

Um diese Vorzüge des weiblichen Inspektorats zur Geltung zu bringen, mühte es freilich in ganz anderer Weise ausgestaltet werden. Zunächst dürften die weiblichen Beamten nicht nur — wie dies leider in Deutschland bis auf zwei Ausnahmen noch überall der Fall ist — nur Assistentinnen der männlichen Fabrikinspektoren, sondern sie mühten wie diese völlig selbständig sein; ihre Befugnisse mühten sich sehr viel weiter erstrecken als gegenwärtig; besonders sollte bei der Vorbereitung der Arbeiterinnenunterstützungen der Ratsschlag eingeholt werden (der Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz unserer neuesten Gesetzgebung wäre dann zum Beispiel anders ausgestaltet); die Inspektorinnen dürften nicht ausschließlich aus den Reihen der akademisch gebildeten Frauen, sondern auch aus den Arbeiterinnenkreisen selbst entnommen werden, da Arbeiterinnen das Vertrauen ihrer Klassen Genossinnen besser zu gewinnen und die Schliche der Unternehmer zur Umgehung der Schutzvorschriften besser aufzudecken verstehen. Endlich mühten die weiblichen Aufsichtsbearbeitenden — wie das zum Beispiel Fräulein Elden in Hamburg tat — sich nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Betriebe mit den Arbeiterinnen in direkte Verbindung setzen, in ihre Wohnungen und Versammlungen gehen, sich über die Schutzbestimmungen aufklären und derselben mehr. Die weibliche Gewerbeaufsicht sei auch in vollem Umfang auf die Bekämpfung der Konfektion und auf die gesamte Hausindustrie ausgedehnt. Unbedingte sei auch die Anstellung von Fabrikärztinnen (so gut wie von Fabrikärzten für die männliche Arbeiterchaft) zur Verhütung von Gewerkerkrankheiten und zur raschen Feststellung von Krankheitserscheinungen zu fordern. Wären Fabrikärztinnen vorhanden, so würde bald die Arbeit von Frauen in allen für den weiblichen Körper besonders gefährlichen Gewerben gesetzlich verboten sein. Um allen diesen Forderungen an die weibliche Fabrikinspektion zu genügen, mühte diese nicht landes-, sondern reichs- und gesetzlich geregelt werden, und nicht in so dürftiger Anzahl, wie wir sie besitzen, mühte die Anstellung von Inspektorinnen erfolgen, wieviel in solcher Zahl, daß eine Ueberwachung der gewerblichen Arbeit der Frauen nach allen Richtungen hin nicht auf dem Papier allein, sondern tatsächlich durchgeführt werden könnte.

Nach dem mit regem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage bewiesen einige Diskussionsrednerinnen aus ihren Erfahrungen heraus, wie notwendig der Ausbau und die Vervollständigung der weiblichen Fabrikinspektion sei.

Sesabende.

Grünau, Mittwoch, den 15. d. Mis., im Lokal „Zur grünen Ede“, Röniger Straße 88: Vortrag über „Religion und Sozialismus“ von Genossen Schulte.

Kohnsdorf, Donnerstag, den 16. November, im Restaurant „Villa Rahl“: Vortrag der Genossin Helene Lehmanns - Berlin: „Ginter den Gefängnismauern“.

Verleihhaus

feiner

Herren-Moden

Leipziger Str. 59 am Spittelmarkt.

Wir verleihen hochelegante, schicke **Herren-Garderoben** zu soliden Preisen und kulantem Bedingungen auf Tage, Wochen und Monate.

Wir verkaufen verliehen gewesene, gut erhaltene **Herren-Garderoben**, nachdem dieselben wieder tadello in Stand gesetzt worden sind.

Anzüge und Paletots

für 10.—, 14.—, 18.—, 22.— Mark.

Wir verkaufen Monats- u. Abonnements-Garderoben, die von feinsten Herrschaften nur wenig getragen wurden und gereinigt worden sind, **Anzüge u. Paletots** für 6.—, 9.—, 12.—, 14.— M.

Für Hausfrauen!

Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!

„Ideal-Brot“

garantiert reines, vorfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab nur 45 Pf. das übliche große Brot.

Zu haben in Delikat-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften, wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in Pankow, Mühlenstr. 17 oder Binzstr. 8. Fernsprecher: Pankow 182.



Tausendfach bewährte Nahrung bei: **Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.**

- Kindernahrung
- Krankenkost

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (Vmal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 155/11

Für jedes Instrument gewährt ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Schmidt, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr.

W. G. Schmidt, Kirchdammstr. 14.

O. H. Gabelbusch, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Rappstr. 83, R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.

NO. L. Buch, Immanuelstr. 12, A. Real, Bernauerstr. 42.

N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67, A. Trapp, Stettiner Str. 10.

Kari Wars, Greifenhagener Str. 27, J. Hüsch, Kagarethstr. 49.

H. Vogel, Lortzingstr. 37, H. Tich, Invalidenstr. 124.

L. Debusch, Rühlengasse 24.

NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8, Lawrenz, Goltzowstr. 23.

SW. G. Werner, Weidenauer 72, Tachn, Tageberger Str. 27.

S. St. Fris, Prinzenstr. 31, G. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.

SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15, P. Horch, Engelauer 15.

Adlershof, Karl Schwarzsche, Postamtstr. 9.

Baumgartenweg, G. Gornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Rühlengasse 10.

Charlottenburg, Gustav Schornberg, Seelenbinder Str. 1.

Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.

Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.

Johannisthal, Fiedler, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.

Karlshorst, Richard Küter, Rühlengasse 9, II.

Köpenick, Emil Wöhler, Rühlengasse 6, Laden.

Lichtenberg, Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.

Nieder-Schöneweide, Gehrt, Prager Str. 6.

Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.

Ober-Schöneweide, Alfred Baber, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.

Pankow, Otto Nihmann, Rühlengasse 30.

Reinickendorf, P. Gursch, Pragerstr. 56, Laden.

Rixdorf, W. Heinrich, Reddenstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50.

G. Mohr, Steglitzstr. 29/29.

Rummelsburg, A. Rosenbaum, Alt-Borghagen 56.

Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.

Spandau, Köppen, Dreifaltigstr. 54.

Steglitz, G. Berner, Wiesenstr. 5.

Tempelhof, Franz, Berliner Str. 76, Laden.

Treptow, Robert Gramenz, Rühlengasse 412, Laden.

Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schäfers, König-Daueser 33a.

Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilmersdamm 26, Hof parterre.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 15. Novbr. 1911:

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Schauspielhaus, Agnes Bernauer.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner, Ein Festmahl, Schiller, Charlottenburg, Prinz Friedrich von Homburg.

Anfang 4 Uhr.

Belle-Alliance, Dorndörchen.

Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Opernhaus, Madame Butterfly, S. Schauspielhaus, Der Bettler von Syracuse.

Deutsches, Turandot, Gowerland, Spezialitäten, Zirkus Busch, Gala-Vorstellung, Zirkus Schumann, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Tautendstraße 48/49, Von Heran zum Ortel.

Im Hofsaal: Baumstiller Phoenix: Antriebsmaschinen im Gewerbebetriebe.

Neues S. Opernhaus, Faust, I. Teil.

Befugung, Glaube und Heimat, Kleines, Lotzschens Geburtstag, Genz und Janny Kisser, Hochzeits.

Kammerspiele, Ohjes und sein Ring.

Berliner, Coeur Ab.

Neues, Das Rädel von Montmartre.

Neues Schauspielhaus, Hans Sonnenhöfer's Höllefahrt.

Residenz, Ein Walzer von Chopin.

Neues Operetten, Die moderne Eva.

Königliche Oper, Eibirten, Königgräber Straße, Hundstage, Schiller O., Der Hund der Jugend, Schiller, Charlottenburg, Es lebe das Leben.

Friedr., Wiltz, Schauspielhaus, Don Juan.

Neues Volkstheater, Das Verwundete.

Rosa, Kutterlebe, Retraite, Die Nacht von Berlin, Westen, Die Dame in Rot, Trianon, Mein Baby, Thalia, Polnische Wirtschaft, Luise, Baronesse Claire, Rose, Der Höllebestzer, Casino, Der selige Höllebestzer, Wintergarten, Spezialitäten, Apollo, Spezialitäten, Passage, Spezialitäten, Herrnsfeld, Schmerzlose Behandlung, Das Kind der Firma, Königstadt-Kasino, Spezialitäten, Reichshallen, Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Boigt, Der Kreuzschreiber, Polles Caprice, Kobi Krach, Nr. 14, Wolke, Teufel, das hat eingeschlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance, Der Sittenapostel, Quines, Der Brandstifter.

Gierwarde, Invalidenstr. 57-62, Kaiser-Panorama, Neu! Hochgebirgsstour in Tirol, Indianerleben Südamerikas.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Freitag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Schiller-Theater, Charlottenburg, Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Es lebe das Leben.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Freitag, abends 8 Uhr: Es lebe das Leben.

Berliner Theater, Anfang 8 Uhr, **Coeur-AB.**

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: **Hundstage.**

Neues Theater, Abends 8 Uhr: Das Rädel von Montmartre, Crebelle: Fritz Massary, Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Theater des Westens, 8 Uhr: Die Dame in Rot, Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Residenz-Theater, Direction Richard Alexander, Anfang 8 Uhr, Ein Walzer von Chopin, Schwanz in 3 Akte u. Revue u. Parodie, für die deutsche Bühne bearbeitet von Hellen-Beckers, Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstadt, Schauspielhaus, Abends 8 Uhr: **Don Juan.**

Belle-Alliance-Theater, 4 Uhr: Dorndörchen, Abendlich 8 1/2 Uhr: Der Sittenapostel.

Luise-Theater, Heute und folgende Tage: **Baronesse Claire.**

ROSE-THEATER, Große Frankfurter Str. 122, Abends 8 Uhr: **Der Höllebestzer.**

Donnerstag: Kaffernluft, Sonnabend nachm.: Die Heben Waben.

Metropol-Theater, Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund, Musik von B. Holländer, In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz, Anfang 8 Uhr, Reichen gefallt.

Apollo Theater, Ab 8 Uhr: Das neue Programm! Der Gipfel der Komik, Christianni u. Louise, holländische Duettisten, Paul Jülich mit seinen eigenen Nachgegerierten, Eine Wähler-Versammlung, Nur noch kurze Zeit: Ein Abend in einem amerikanischen Tingel Tangel.

Germania-Prachtsäle, N. Chausseestr. 110, Carl Richter, Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger.

Anfang 8 Uhr, Eintritt 30 Pf., Nachdem Freitanz, -Vorzugskarten gelten, -Morgen Donnerstag: Gr. Militär-Zirkusconcert, Anschließend: Familienkränzen ohne Nachzahlung.

Brauerei Friedrichshain, - Am Königstor, - Heute 8 1/2 Uhr: **Walzer-Abend** Johann Strauß aus Wien.

Herrnsfeld Theater, Noch nie dagewesener Lacherfolg! **Das Kind der Firma.**

mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung, Anf. 8 Uhr, Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater, Abends 8 Uhr: **Das beste Programm der Berliner Varieté-Saison!** Claire Waldoff mit neuen Schlagern, Meno, Telepat. Phänome, The Black cats engl. Backfisch-Ens, und die 10 glänzenden Varieté-Nummern.

Passage-Panoptikum, Die himmlischen Zwillinge zusammengewachsen, Lebend zu sehen! Ohne Extra-Entree.

Castans Panoptikum, Corso-Varieté, Friedrichstr. 165, Heiterer Künstler-Abend, 12 Attraktionen 12, Entree 50 Pf.

Neue Welt, Arnold Scholz, Hasenheide 108/14, Mittwoch, 15. November: **Polnische Wirtschaft.** Anfang 8 1/2 Uhr, Entree 50 Pf.

Voranzeige! Sonntag, 20. November, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.** 1. Platz 50 Pf., 2. Platz 30 Pf., Entree 15 Pf.

Union-Theater, Direktion: Willy Cramer, Alexanderplatz, Unter d. Linden, Die Ehebrecherin, Ein Sittendrama aus dem Französischen in 2 Akten, Moritzplatz, Hasenheide, Asta Nielsen, die „Duse der Kinokunst“, als Hauptdarstellerin in d. Film-Schauspiel, Zigeunerblut, Dramat. Pantom. in 3 Akten, Wedding, Auf besonder. Verl. prolong., Die vier Teufel, Eine Zirkus-Tragödie.

Volks-Theater, Rixdorf, Hermannstr. 20, Sonntag, 19. Nov.: Die Kanonen-Königin, Schwan in 3 Akten von Richard Manz, Montag, 20. Nov.: Geipenker, Familien-drama in 3 Akten von Henrik Ibsen, Boigt-Theater, Geländebühnen, Badstr. 58, Mittwoch, den 15. November 1911: **Der Kreuzschreiber.** Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten, von Ludwig Angenauer, Raffenerstr. 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr, Trianon-Theater, Täglich abends 8 Uhr: **Mein Baby.**

Ausstellung Nordland, Kurfürstendamm 151, nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg, Geöffnet ab 10 Uhr vorm., 125 Polarbewohner, bei Arbeit, Sport und Spiel, Renntierherde, Polarbären, Eintritt für Ausstellungen 50 Pf., Vorführungen: Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 8 Uhr, Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf.

Urania, Wissenschaftliches Theater, 8 Uhr: Von Heran zum Ortel, HÖrsaal 8 Uhr, Baumstr. Phoenix: Antriebsmaschinen im Gewerbebetriebe.

Zirkus A. Schumann, Heute abends 7 1/2 Uhr: **Luis Hardt,** Gentleman-Athlet, der Knabe Samson, De Marlos, american wonders! Im Froschparadies, Der span. August Busto, Freiheitsdresuren, vorgeführt v. Frä. Dora Schumann sowie die übrigen neuen Attraktionen, 9 1/2 Uhr: Ganz Berlin spricht von der großen Feerie in 5 Bildern, 1000 Jahre auf dem Meeresgrund, Sonntag, 19. November: 2 gr. Vorstellungen 3 in 2, in beiden Vorstellungen umgekehrt 1000 Jahre auf dem Meeresgrund.

Admiralspalast, Am Bahnhof Friedrichstraße, Eis-Arena, Nachmittags, Militär-Konzert, Allabendlich: Das prachtvolle Eis-Ballett in unübertroffener Ausstattung.

„Alpenzauber“, Außerdem abends: Die kleine Charlotte mit ihrer Novität: „Der Lichtertanz“, Einödshofer-Konzert, Restaurant I. Rang, Soupers a la Carte, Bis 8 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds. halbe Kassenpreise.

Zirkus Busch, Heute abends 7 1/2 Uhr: Zum 2. Male prolongiert **Max, Moritz und Peps,** die drei Affen-Menschen, Die größte Sensation der Neuzeit! **Pignol** in seinem tollkühnen Todessprung, Ferner: Finlay-Trio, Herr Ernst Schumann, Freiheitsdresuren, 3 Schwestern Blumenfeld, Reck zu Pferde, Fräul. Anna Stennis, Schultze, Um 9 1/2 Uhr zum 32. Male: **U20** Original-Ausstattung des Zirkus Busch in 5 Bildern.

Casino-Theater, Lotzbringer Str. 37, Täglich 8 Uhr, Trotz des enormen Andranges **Lehter Monat** Berliner Vossen-Schlager **Der selige Höllebestzer.** Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volke.

Königstadt-Kasino, Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße nahe Nannowstraße, Vom 1. bis 16. November, abends 7 1/2 Uhr: Das Wiesen-Weißbrot-Programm, **Bankes Sommerreise** u. die erfrischenden Spezialitäten, Sonntags 2 Vorstellungen: nachmittags 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

Roats Theater, Direction: Robert Oll, Berlin N., Brunnenstraße 16, Auf vielfachen Wunsch: **Mutterliebe.** Volkstück mit Gesang in 5 Akten, Anf. 8 1/2 Uhr, Sonnt. usw. gütig, Morgen zum letztenmal: Mutterliebe.

Reichshallen-Theater, Stettiner Sänger, Gastspiel **Robert Steidl.** Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Folies Caprice, Anfang 8 1/2 Uhr, Zum **No. 14.** **Kobi Krach.**

Humor-Quartett, Amt III, Berliner No. 1520, Gg. Treuer, Kastanienallee 40, Für den Inhalt der Jucrate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Linoleum u. Wachtel. Haase, Hantsch, Rausch, Rieh, Niescher, Lieder. Manufakturwaren. Gröbner Nachf. M., Möbelfabrik. Mohlhändlungen. W. Bachmann, Chari, Scharf. Bethke, Georg, Rixdorf. Bordanach, O. H., Kala-Prdr. C. Bosse, Reinickendorferstr. 29. Bugg, Rob. K. Kälte- u. Schneerest. J. L. Conrad, Rheinbergerstr. 44.

Prese, Ernst & Geschäfte im SO. Gaeger, Otto, Paul Gaeger, Spandau. Heinrich, R., Karl Hahn, Schererstr. 9. Korn, Hugo, R. Krüger, Schönha., Hauptstr. 153. E. Kunze, Chari, Knebelstr. 16. Lenz & Jagmann, Wilmstr. 43. Lüdke, H., Fruchtstr. 67. G. Meyer, Nollstr. 31-19, Wilmstr. 41. C. Neugebauer, Ober-Schönha.

Misch, Rebsch, E., Spandau. C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21. Schmidt, Otto, Möbelfabrik. Rob. Seelisch, Möbelfabrik. Wilhelm Slotawa, Turmstr. 61, Waldenstr. 24. Siebeky, W., Gabelstr. 19, eig. Tischlerei u. Tapetenwerkst.

Möbelmagazine. Gustav Böse, Fischerstr. 12. H. Bröckler, Nollstr. 19. J. Lange, Müllerstr. 118. Döhring, F., Ill., Neue Jonaststr. 35. A. Dohmann, Stromstr. 44. Wilh. Gabbert, Brunnenstr. 192. Geppert, Paul, Zossenerstr. 52. Gericke, Fritz, Müllerstr. 148. Gleiser, A., Alexanderstr. 42.

Molkereien. Molkerei „Nord-West“. Milchkuranstalt am Viktoriapark. Rixdorf. Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96. „Schweizerhof“, Melerei und Milchcuranstalt. Emdener Str. 46. u. Tel. II. 2585.

Musikalien. Scholz, Frankfurter-Allee 75b. Musikinstrumente. Braun, Emil, Kirscht. Jägerstr. 2. Kirscht, Rieb., Brunnenstr. 43. Plato & Co., Köpenickerstr. 105/8. Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181. Lorbeer, Müllerstr. 14.

Musik-Haus „Lenzenhauer“. G. A. Bittner, Adressstr. 79, Potsdamerstr. 57, Spandau, Schwabestr. 19. Bellmann, E., Gellnowstr. 26. Ed. Bruda, Rosenthalerstr. 19.

Singer Nähmaschinen. Bardorf, Mohbit, Turmstr. 74. Dass, Paul, N., Möllerstr. 174. Graf, Paul, Wilmstr. 97. Schöberl, Carl, Rixdorf, 148. Wienstr. 123. Papier- u. Schreibw. Seidler, Louis, Rixdorf, 43.

Pfandlohen. Rixd. Pfandleihe 58. Schuhwarenhaus des Westens. Schirme u. Modewaren. M. Haase, Rixdorf, Bergstr. 1. Putzgeschäft. Hermann-Str. 34. Hedwig Klieg, Reinickendorferstr. 17.

Bertha Nierzwa, Frankfurter Allee 65. Puppen. P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179. Reiterhandlungen. Ernst Adam, Friedrichshagen. Anhalt, E., Andressstr. 13.

Schuhwaren, Schuhm. Ernst Adam, Friedrichshagen. Anhalt, E., Andressstr. 13. Baumgart, H., Mühlentorstr. 26. Billige Stiefel, Sickingenstr. 6.

Kn... Fabrikmarke für haltbare Filzschuhe und Pantoffeln. F. Lange, Nowawas, Priesterstr. 29. Fiedr. A. Lange, Leaschebergstr. 43.

Reetz, Max Spandau, Schönhauserstr. 18. G. Rechenberg, Schillingstr. 4. Schmidt, Gehr., Fennstr. 59. Schuhwarenhaus des Westens. Schwärzener, Turmstr. 48.

Schulz, Frankfurter-Allee 75b. Scholz, Frankfurter-Allee 115. Spinnerei. P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179. Reiterhandlungen.

Westmann, Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 11A. Uhren u. Goldwaren. Abel, Goltzstr. 20. Oscar Aldag, Chari, Krummstr. 12.

Lüders, H., Schönberg. Radolf, Plumz, Brunnenstr. 113. Reetz, Max Spandau, Schönhauserstr. 18. G. Rechenberg, Schillingstr. 4. Schmidt, Gehr., Fennstr. 59.

Emil Quade, Schönberg. Hauptstr. 148. Quitzow, Joh., Möllerstr. 1a. Carl Schlewinsky, Köpenickerstr. 4. R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143. Willy Schmidt, Priesterstr. 13.

Stendel, Swinemünderstr. 86. Storch, Eblingstr. 100. Temme, Nollstr. 16. Paul Trenk, Chari, Spand-Str. 22.

Westmann, Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 11A. Uhren u. Goldwaren. Abel, Goltzstr. 20. Oscar Aldag, Chari, Krummstr. 12.

Lüders, H., Schönberg. Radolf, Plumz, Brunnenstr. 113. Reetz, Max Spandau, Schönhauserstr. 18. G. Rechenberg, Schillingstr. 4. Schmidt, Gehr., Fennstr. 59.

Waschmittel. Verlangen Sie „Edelweiß“. Krone aller Waschmittel. Weiß, Wolllw., Triköt. Ahlcher, Gust., Chorinerstr. 75. H. Barts, Schönhauser Allee 107.

Georgi, Ernst, Kraut Str. 51a. Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6. Hoppe, E., Schwanenwegstr. 32. Julius John, Lortzingerstr. 5. Dunckerstr. 1.

Deutschland, Berlin. Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung. Friedrich Wilhelm, Berlin SW, Behrenstr. 58-61. Berlin SW, Berkastr. 58-61.

Ad. Schäfer Nachf. 50. Admiralstr. 4. A. Tschaege, Elisenbethkirchstr. 17. Thuro, O., Chari, Hauptstr. 14. L. Vierrum, Zionskirchstr. 34.

G-Ziehung 8. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterfe.

Ziehung vom 14. November 1911, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

Table of lottery numbers for class G. Columns include winning numbers and prize amounts in Mark. Includes sub-sections for 'Ohne Gewähr.' and 'Nachdruck verboten.'

H-Ziehung 8. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterfe.

Ziehung vom 14. November 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

Table of lottery numbers for class H. Columns include winning numbers and prize amounts in Mark. Includes sub-sections for 'Ohne Gewähr.' and 'Nachdruck verboten.'

I-Ziehung 8. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterfe.

Ziehung vom 14. November 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

Table of lottery numbers for class I. Columns include winning numbers and prize amounts in Mark. Includes sub-sections for 'Ohne Gewähr.' and 'Nachdruck verboten.'

J-Ziehung 8. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterfe.

Ziehung vom 14. November 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

Table of lottery numbers for class J. Columns include winning numbers and prize amounts in Mark. Includes sub-sections for 'Ohne Gewähr.' and 'Nachdruck verboten.'

Der Wahlkampf in Berlins Nachbarfreisen.

Noch ehe der Wahltermin für die kommende Reichstagswahl offiziell bekannt war, hatten die Genossen der Kreise Niederbarnim und Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg den Wahlkampf begonnen. In zahlreichen Versammlungen haben sie bereits mit der in den äußersten Orten der Kreise domizilierenden Landbevölkerung Fühlung genommen. Nur zu oft stößen sie in dem Bestreben, die Wähler mit der Sozialdemokratie vertraut zu machen, auf Schwierigkeiten, die nicht selten an ostelbische Zustände erinnern. Die Ortsgewaltigen handhaben das Vereins- und Versammlungsrecht in einer Weise, wodurch es schwer ist, zu den Wählern zu sprechen. Und was nicht direkt geschieht, das wird auf indirekte Weise betätigt.

So gelingt es unserer Partei, in den dunklen Orten Niederbarnims und Teltow-Weesows nur schwer, die Wirtin um die Freigabe ihrer Säle zu Versammlungszwecken zu bewegen, weil dieselben fürchten, dann von der Behörde schikaniert zu werden. Gelingt es dann noch auf einem freien Platz die Versammlung abzuhalten, so finden sich die Genossen mit den bei der jetzigen Jahreszeit verbundenen Unannehmlichkeiten ab. Aber auch das Abhalten von Versammlungen unter freiem Himmel ist mit verschiedenerlei Umständen und Schwierigkeiten verknüpft, wozu die Behörden natürlich mit ihrer absonderlichen Handhabung des liberalen Vereinsgesetzes am meisten beitragen.

Wie groß aber auch die Hemmnisse sein mögen, sie werden und müssen überwunden werden, gilt es doch, die Wähler aufzuklären über die gegenwärtige politische Situation; ohne diese wichtige Arbeit ist eine gründliche Abrechnung mit den Feinden des Volkes nicht möglich. Zudem sind die Gegner nicht untätig um die Bevölkerung und sei es auch mit den verwerflichsten und schäblichsten Mitteln über ihre Lage und die verfahrenere politische Situation hinwegzutäuschen. Da gilt es, alle Kräfte zu vereinigen zum gemeinsamen Kampfe gegen die Feinde des Volkes.

Nachstehend berichten wir über den Verlauf von Versammlungen, in denen die kommende Reichstagswahl Gegenstand der Beratung war:

Reichenwalde (Kreis Weesow).

In einer von etwa 300 Personen besuchten öffentlichen Wählerversammlung sprach am Sonntag der Kandidat des Kreises, Genosse Rubeil, in einer 1 1/2 stündigen Rede über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Die herbe Kritik, welche der Redner an den bestehenden Zuständen, an den Maßnahmen der Regierung sowie an dem Verhalten der bürgerlichen Reichstagsmehrheit übte, dürfte sicher bei den bevorstehenden Wahlen gute Früchte zeitigen. Ein großer Teil der Besucher war aus Storkow und Silberberg gekommen, weil uns in diesen Orten durch den Terrorismus der herrschenden Klasse alle Säle verweigert werden. Von den anwesenden Gegnern meldete sich trotz mehrfacher nachdrücklicher Aufforderung niemand zum Wort. In seinem Schlusswort wird Genosse Vogel als Leiter der Versammlung darauf hin, daß vor den Wahlen noch ganze Arbeit zu tun ist über die arbeitende Bevölkerung ausgegossen werden; er gab einige Stellen einer von einem gewissen Herrn Sommerfeld erschienenen Broschüre über: „Der italienisch-türkische Krieg“ und seine Folgen bekannt. Auf dieses Pamphlet werden wir an anderer Stelle des „Vorwärts“ noch zurückkommen.

Die entsetzten Zwischenrufe der Anwesenden über diese konservativen Suedeteil geben die beste Gewähr dafür, daß sich die Wähler am Wahltag dieser rüden Anpöbelung erinnern und darüber quittieren werden.

Schöneiche (Niederbarnim).

Mit einer gut besuchten Versammlung unter freiem Himmel eröffneten die Parteigenossen von Schöneiche und Umgegend am Sonntag den Wahlkampf. Der Gesangverein „Männerchor Friedebühnen“ brachte zu Anfang und Schluß einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag. Das Referat hielt Genosse Barth-Verlin, der den Anwesenden die Stunden des alten Reichstages sowie der Regierung in anschaulicher Weise vor Augen führte. Am Schluß erwähnte er die Versammelten, dafür zu sorgen, daß der Wahltag am 12. Januar ein Sieges- und Gedenktag für die Sozialdemokratie werde. Genosse Nisch appellierte an die Anwesenden, die bürgerlichen Blätter aus dem Hause zu bannen und dafür die sozialdemokratische Presse zu abonnieren. Den schwersten Stand hatte die reichlich vertretene Gendarmrie, die Jagd auf Kinder und Jugendliche veranfaßte, um sie vom Versammlungspfad zu entfernen. Einige Jugendliche, die noch nicht 18 Jahre alt waren, wurden aufgeschrien.

Rüdersdorf.

Am Sonntag fand hier eine öffentliche gutbesuchte Versammlung statt, in der der Abgeordnete Genosse Stadthagen über den Reichstag und die Reichstagswahl mit großem Beifall sprach.

Alt-Glienicke.

Ueber die Wahlparole der Regierung referierte in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Küch-Nixdorf. Am Schluß seines Vortrages forderte der Redner die Versammlungsbesucher auf, am 12. Januar bei der Reichstagswahl für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten und auch den Rückständigen an die Wahlurne zu bringen. Dem Referenten wurde großer Beifall gesendet. Genosse Gerlach forderte die Anwesenden auf, sich der politischen Organisation anzuschließen und den „Vorwärts“ zu abonnieren. Gleichzeitig machte er bekannt, daß diejenigen, welche aus der Landesliste ausscheiden wollen, sich beim Genossen Karl König melden können, der die Angelegenheit befragt. Darauf meldeten zwölf Personen ihren Austritt an. Genosse Nisch erwähnte noch auf das am 2. Dezember stattfindende Wintervergügen, das aus einem Lichtbildervortrag über die Deutsche Revolution von 1848 mit nachfolgendem Tanzkränzchen besteht.

Kaulsdorf.

Die Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins beschäftigte sich zunächst mit den bevorstehenden Reichstagswahlen. Genosse Schmidt machte die Anwesenden auf die Pflichten und Arbeiten im bevorstehenden Wahlkampf aufmerksam und ersuchte sie, ihre ganze Kraft in den Dienst dieses Kampfes zu stellen. In der diesen Ausführungen folgenden Debatte sprach man sich hauptsächlich über Maßnahmen aus zur schnelleren und sichereren Einschaltung in die Wählerliste. In dem vor circa vier Wochen vom Wahlverein an den Gemeindevorstand gerichteten Antrag, die kommenden Gemeindevahlen der 3. event. auch der 2. Abteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen, teilte Genosse Schmidt mit, daß dem Wahlverein bis jetzt eine Antwort vom Gemeindevorstand nicht zugegangen ist, ferner daß auch der Zweckerband der hiesigen Grundbesitzervereine einen gleichen Antrag an den Gemeindevorstand gerichtet hat. Im Anschluß an diese Mitteilung wurden die hiesigen Schulverhältnisse besprochen, mit denen sich auch bereits die letzte Gemeindevereinerung beschäftigt hatte. Rektor Ahlert hat nämlich an die Gemeinde das Gesuch gerichtet, die im April dieses Jahres in Benutzung genommene, mit einem Kostenanwande von 78 000 Mark neu erbaute Gemeindefaule durch Ausbau zu erweitern. Aus dem schriftlichen Gesuch des Rektors geht hervor, daß die unteren Klassen sämtlich über-

fällt sind. Die Schülerzahl in der 7. Klasse beträgt 75. Nach der Berechnung des Rektors wird dieselbe aber, natürlich ohne Berücksichtigung des Aprilzuwages auf 80 steigen. Für den Ausbau selbst wurden 28 000 Mk. von der Gemeindevertretung bewilligt. Genosse Himpel meint, daß man bei der Beratung der Pläne zum neuen Schulhaus sicherlich keine statistischen Berechnungen über den Zuwachs des sich zu entwickelnden Ortes als Unterlage benutzt hat, denn sonst könnte nach einem halben Schuljahre eine derartige Katastrophe nicht eintreten. Noch eine andere Angelegenheit aus der Gemeindevereinerung interessierte lebhaft die gesamte Einwohnerschaft unseres Ortes. Nämlich ein Gesuch des Bahnbesitzers an die Gemeinde, einen namentlich den Fuhrwerksbesitzern verhassten Bahnübergang gegen eine einmalige Entschädigung von 14 000 Mk. zu übernehmen. Nachdem Gemeindevorstand und unsere Gemeindeväter Klipp und Klar vorgerechnet, daß diese Summe gerade dazu genügen würde, um die Kosten für die in aller nächster Zeit notwendigen Umpflasterung dieser Ueberführung zu decken, war man auch weise genug, das für den Bahnbesitzer so überaus vorteilhafte Geschäft abzulehnen.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt. Eintrittskarten zu dem heute, Mittwochabend, in Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147, stattfindenden Theaterabend sind noch zu haben bei Dobroslaw, Schliemannstr. 39, und Kriedemann, Stargarder Str. 74.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Ernst Richter, Chausseestraße, eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Der bevorstehende Wahlkampf. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse H. Kollnbusch. Genossen sorgt für Massenbesuch.

Donnerstag abend 7 Uhr in allen Bezirken Handzetteldruckerei hierzu.

Tempelhof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Jubel über „Die bevorstehende Reichstagswahl“.

Treptow-Baumfalkenweg. Am Sonnabend, den 18. November, feiert der hiesige Wahlverein sein 15. Stiftungsfest im „Spreegarten“, Alt-Treptow, gegenüber der Sternwarte, als „Heiterer Abend“ unter Leitung des Herrn Desterfeld, Mitglied beider Schiller-Theater in Berlin. Da das Programm ein durchaus gewähltes ist, wird auf bestmögliches Erscheinen der Genossen mit ihren Angehörigen gerechnet.

Nieder-Schöneiche. Am Sonnabend, den 18. November, feiert der sozialdemokratische Wahlverein das 11. Stiftungsfest im Restaurant „Apfelmayer“, bestehend aus Lokal- und Instrumentalkonzert, Spezialitätenvorstellung und Ball. Herren, die an letzterem teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang pünktlich 9 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Köpenick. Heute Mittwoch findet der letzte Vortragsabend des Bildungsausschusses im Stadt-Theater (kleinen Saal) statt. Beginn 8 1/2 Uhr.

Reinickendorf-Ort. „Industriebilder von der Wasserfante“ herbeitet sich der Lichtbilder-Vortrag, den der Genosse Rich. Waldt heute abend 8 Uhr im „Schäfershaus“, Residenzstraße 1/2, halten wird. Der Eintrittspreis ist 20 Pf., Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Zutritt. Die Genossen und Genossinnen wollen für regen Besuch zu der vom Bildungsausschuss arrangierten Veranstaltung sorgen.

Spandau. Die letzte erweiterte Vorstandssitzung hat beschlossenen Genossen anzuempfehlen, gegnerische Versammlungen zu meiden, da in denselben Redefreiheit doch nicht gewährt wird.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Koppnick, Fiedelsdorfer Straße 89, eine Sitzung sämtlicher Bezirke der dritten Abteilung stattfindet.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Berlin, die für die drei Wählerklassen am 5., 6., 7. November stattfanden, wurde sofort nach Vollzug der Wahlen in allen Zeitungen mitgeteilt. Jetzt hat der Magistrat durch sein „Gemeindeblatt“ in der am 12. November erschienenen Nummer, der nächsten nach der Beendigung der Wahlen, gleichfalls etwas veröffentlicht, was er als „Ergebnis“ bezeichnet. Er entspricht hiermit einer Vorschrift der Städteordnung, die in § 27 bestimmt, daß „der Magistrat das Ergebnis der vollendeten Wahlen sofort bekanntzumachen hat.“ Doch leider saßt der Berliner Magistrat diese Vorschrift immer wieder dahin auf, daß er nur die Personen der Gewählten bekanntzumachen, aber nicht die Zahl der für sie und für ihre Gegenkandidaten abgegebenen Stimmen mitzuteilen braucht. Die Städteordnung sagt allerdings nicht ausdrücklich, daß der amtlichen Veröffentlichung auch die Stimmengahlen beigefügt sein müssen. Aber sie enthält auch keine Bestimmung, durch die der Magistrat gehindert würde, die Stimmengahlen bekanntzugeben.

Selbstverständlich hat die Offenheit ein Interesse daran, zu erfahren, welche Zahlen als amtlich festgestellt gelten. Die breite Masse der Bevölkerung muß es besonders interessieren, mindestens für die Wahlen der dritten Klasse das Ergebnis der amtlichen Feststellungen kennen zu lernen. Die durch die Presse veröffentlichten Zahlenangaben stützen sich teils auf die Ermittlungen, die sofort nach Schluß der Wahlen von den Wahlvorständen ausgeführt wurden, teils auf die Zählungen, die von den am Wahlkampf beteiligten Parteien auf Grund ihrer Listen vorgenommen wurden. Oft kommen da Abweichungen vor. Wenn sie auch nicht erheblich sind, so muß man doch den Wunsch haben, das genaue Ergebnis zu erfahren, das dem Magistrat vorgelegt worden ist. Im Jahre 1907 hat nach den Stadtverordnetenwahlen in Berlin der „Vorwärts“ es einmal öffentlich festgenagelt, daß der Magistrat die Bevölkerung über diese Dinge völlig im unklaren gelassen hatte, so vollständig, daß selbst das Statistische Jahrbuch der Stadt keine Angaben über das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen von 1905 hatte bringen können. Wir erleben es dann, daß auf die Bekanntgabe nur der Namen der bei den Stadtverordnetenwahlen von 1907 gewählten Stadtverordneten vierzehn Tage später eine zweite Veröffentlichung folgte, die auch die Stimmengahlen mitteilte. Nach den Stadtverordnetenwahlen von 1909 ist aber, wenn wir nicht irren, die Veröffentlichung der Stimmengahlen wieder unterblieben. Gaben wir jetzt in 1911 noch eine solche zu erhoffen, oder wird wieder der Magistrat sich mit der bloßen Bekanntgabe der Gewählten begnügen?

Die Befolgung der oben erwähnten Vorschrift der Städteordnung ist die Voraussetzung für einen etwaigen Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen, den jeder Wahlberechtigte innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Magistrat einreichen kann. Es entsteht hier die Frage, ob nicht die Möglichkeit eines Einspruches beeinträchtigt wird, wenn der Magistrat nicht angibt, auf welche Stimmengahl hin ein Wahlkandidat für gewählt erklärt worden ist. Ein Einspruch, der bei einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen die Gültigkeit einer Wahl erfolgreich anfechten könnte, kann bei einer vermeintlich größeren Mehrheit aussichtslos erscheinen und wird dann vielleicht vor vornherein unterbleiben. Wir behaupten, daß bei richtiger Auslegung des § 27 der Städteordnung der Magistrat es als seine Pflicht ansehen müßte, auch die Stimmengahlen sofort zu veröffentlichen. Nur dann erhalten alle Einspruchsberechtigten die Möglichkeit, sachgemäß zu prüfen, ob Einspruch zu erheben ist oder nicht, und danach sich zu entscheiden. Wird das Ergebnis der amtlichen Feststellung der Stimmengahlen zu spät oder überhaupt nicht veröffentlicht, so kann dadurch unter Umständen das Einspruchsrecht illusorisch gemacht werden.

Das Recht auf Arbeit. Mit oft nur zu tapferem Eifer ist unsere Staatsgewalt hinter Arbeitsverweigerer her. Wie die Polizei mitunter auch die Arbeitslust gerührt, wird uns in nachfolgender Zuschrift geschildert: Einem vor vier Wochen aus der städtischen Irrenanstalt entlassenen Patienten wird seitdem von der Berliner Polizei konsequent die Ausstellung einer Invalidentkarte verweigert. Der Mann hat nachweislich die beste Absicht, sich emporzuarbeiten, aber die Polizei durchkreuzt diese Pläne. Möglicherweise handelt es sich wieder mal um kranke Auswüchse des Bureaucratensystems, die dann schlemmigt abgeschnitten werden sollten. Der Betroffene „bezieht“ nämlich eine Invalidentrente, die noch nicht mal 10 Mk. monatlich beträgt, also knapp für eine Woche zum Leben reicht, so daß er selbst neben Armenunterstützung noch auf Erwerb angewiesen wäre. Er erhält aber nicht mal seine Rente, sondern dieselbe wird auch noch nach der Entlassung aus der Anstalt an die in ziemlich guten Verhältnissen getrennt lebende Ehefrau ausbezahlt, und es ist bisher trotz zahlreicher Beschwerden und persönlicher Vorstellung bei Herrn Dr. Freund, dem Dirigenten der Versicherungsanstalt Berlin, nicht möglich gewesen, die Rente für den jetzt einzig Bezugsberechtigten freizumachen. Von der Armenverwaltung wird er an die Versicherungsanstalt, von der Versicherungsanstalt an die Armenverwaltung gewiesen. Die eine Behörde wägt immer die Entscheidung auf die andere ab, und so kann der „Rentenempfänger ohne Rente“ verhungern, bis die Bureaukraten sich geeinigt haben. Was bleibt ihm also übrig? Nur die Hoffnung auf Arbeit, nach der er ebenso hungert wie nach Brot. Aber niemand nimmt ihn ohne Invalidentkarte in Arbeit. Bei der Polizei heißt es: „Was wollen Sie denn noch arbeiten? Sie sind 54 Jahre alt und beziehen Rente!“ Doch in Wirklichkeit die Rente eine andere Person bezieht, wird als Nebensache behandelt. Dabei wird von der Polizei gerade bei entlassenen Anstaltspatienten scharf kontrolliert, was die Entlassenen treiben und ob sie arbeiten. Ja, nicht selten wird der Nachweis von Arbeit zur Bedingung gemacht, um die Polizeikontrolle milder zu handhaben. Nach vielem Witten hat sich die Polizei dazu verstanden, eine Bescheinigung auszustellen, wonach die Invalidentkarte erst nach der Arbeitseinstellung beigebracht zu werden braucht. In der Praxis hat aber auch das versagt, weil die Arbeitgeber sich trotzdem und trotz anderer Empfehlungen weigern, den Mann in Arbeit zu stellen.

Hier liegt eine neue Aufgabe für den leider noch immer nicht in Funktion getretenen städtischen Weirat für entlassene Irrenanstaltsinsassen. Wenn jemand, dem eine Rente zugesprochen ist, diese Rente zugunsten anderer Personen tatsächlich nicht erhält, so dürfen auch bei der Ausfertigung der verlangten Invalidentkarte auch nicht die sonst geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Der Stifter der Singakademie. In den nächsten Tagen feiert die musikalische Welt den 175. Geburtstag des Stifters der Singakademie, Karl Friedr. Christian Fasch, der am 18. November 1736 in Zerbst geboren wurde. Fasch hatte schon als Knabe komponiert und durch seine Arbeiten die Aufmerksamkeit des Kapellmeisters Vanda erregt, dessen Empfehlung ihn als Kammermusikanten und Cembalist in die königliche Kapelle in Berlin brachte. Hier hatte er, abwechselnd mit Emanuel Bach, die Füllhornkonzerte Friedrichs des Großen zu begleiten. Seine Entschädigung dafür war allerdings recht gering und als der König Fasch vor 160 Jahren, 1761, in das Winterquartier nach Leipzig berief, zahlte er ihm für diese Reise nicht einen Pfennig Vergütung. Einen bleibenden Namen hat sich Fasch durch die Stiftung der Singakademie gemacht, ursprünglich eine Vereinigung musizierender Dilettanten, die unter seiner Leitung in den Jahren 1791-2 bei einem Fräulein Dietrich, später im Hause der verwitweten Generalalarms Voltau religiöse Kompositionen älterer und neuerer Meister a capello ausführten. Die Zahl der Teilnehmer wuchs bald so an, daß Fasch, dem von allen Seiten Aufmerksamkeit zu teil wurde, ein eigenes Institut unter dem Namen Singakademie begründen konnte. Als Helfer diente ihm hierbei sein Schüler Zelter. Die Versammlungen und Aufführungen fanden von 1793 ab im runden Saale der Akademie der Wissenschaften statt, bis Friedrich Wilhelm II. den Platz zur Erbauung des heutigen Singakademiegebäudes hergab. Aber erst 25 Jahre nach dem Tode Faschs, der am 8. August 1800 starb, begann der Bau der Akademie unter Leitung des braunschweigischen Baurats Ottmer, der auch das königliche Theater erbaute. Am 8. April 1827 wurde die Singakademie eröffnet. Fasch, der unterbetrauert starb, ist auf dem alten Dreifaltigkeitskirchhof begraben. 1891 wurde vor der Singakademie seine von Schaper geschaffene Wüste enthüllt; eine Erinnerungstafel an Fasch befindet sich am Hause Unter den Linden 59, in welchem die Singakademie gestiftet worden ist.

Eröffnung einer neuen Straßenbahnstrecke. Eine neue Strecke der Straßenbahn wird am Mittwoch, den 15. November, von der Großen Berliner Straßenbahn in Benutzung genommen. Es ist dies die Neubausstrecke in der Gängestraße bis zum Emser Platz in Deutsch-Wilmersdorf. Sie wird dazu benutzt, die Linie 57 Nieder-Schönhausen-Prager Platz über die Trautena- und Gängestraße westlich der Hlandstraße bis zum Emser Platz in Wilmersdorf zu verlängern. Die Fahrzeit für die ganze Strecke beträgt 74 bis 75 Minuten, der Fahrpreis nach wie vor 10 Pf. Die Lüge der Linien 51 und 57 ergänzen sich zwischen der Breiten Straße in Pantow und dem Prager Platz in Wilmersdorf zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten. Die ersten Wagen gehen verknüpft von Nordend in Nieder-Schönhausen 5.21, vom Emser Platz 6.51.

Zur Beschäftigung von Kindern

teilt das Polizeipräsidium mit: Die fortgesetzt in großer Zahl eingehenden Strafanzeigen über gefahrdrohende Beschäftigung schulpflichtiger Kinder und die sonst gemachten Beobachtungen lassen erkennen, daß die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 noch immer nicht genügend bekannt sind. Insbesondere gilt

dies von der Beschäftigung eigener Kinder mit dem Austragen von Milch, Bodware und Zeitungen für Fremde. Diese Tätigkeit darf überhaupt nur von Kindern über 12 Jahre ausgeübt und auch von diesen nicht vor dem Vormittagsunterrichte, nicht während zweier Stunden am Mittag und erst eine Stunde nach Beendigung des Nachmittagsunterrichts vorgenommen werden. Die Beschäftigung darf wochentags nicht vor 8 Uhr morgens beginnen, nicht über 8 Uhr abends hinaus und insgesamt nicht länger als drei, in den Schulferien nicht länger als vier Stunden dauern. Sonntags darf diese Beschäftigung nur zwei Stunden betragen, darf nicht vor 8 Uhr morgens beginnen und sich über 1 Uhr mittags ausdehnen; während des Hauptgottesdienstes und eine halbe Stunde vor diesem ist jede Beschäftigung verboten. Als Beschäftigung für Fremde gilt es auch, wenn die Kinder ihrem Vater oder ihrer Mutter beim Austragen von Waren für Wäcker, Milchhändler, Zeitungspediteure usw. nur helfen. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind mit Geldstrafen bis zu 150 M. oder entsprechender Haft bedroht, und zwar trifft diese Strafe sowohl den Geschäftsinhaber, für den das Austragen mit seinem Willen erfolgt, wie auch die Eltern, die sich hierbei von ihren Kindern in gleichwideriger Weise helfen lassen.

Um allen Beteiligten eine genaue Kenntnis der in Frage kommenden Gesetzesvorschriften zu erleichtern, sind die Polizeibehörden angewiesen worden, sowohl den gesetzlichen Vertretern der Kinder für die eine Arbeitskarte beantragt wird, als auch den Gewerbetreibenden, die die Beschäftigung eines Schulfundes in ihrem Betriebe anzeigen, unentgeltlich einen übersichtlichen Auszug aus den wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes zu übermitteln.

Verkehrsfragen. Die Verkehrsdeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, die städtischen Straßenbahnlinien Kirchhof-Krankenhaus und Sietlinger Bahnhof nach dem Körlitzer Bahnhof bis zum Hermannplatz zu verlängern, und zwar soll die Linie durch die Grünauer-, Friedel- und Wefersstraße weitergeführt werden. — Nach Abschluß des Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat letztere ihren Antrag auf Einleitung des Ergänzungsverfahrens wegen Verlängerung ihrer Konzession und wegen der Untertunnelung der Potsdamer und Leipziger Straße und der Linden zurückgenommen. Die Mitteilung hierüber ist jetzt seitens des Oberpräsidenten und der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft dem Magistrat zugegangen.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Durch Polizeiverordnung vom 2. Juli 1898 ist für Berlin bei epidemischer Cholera, Pocken, Diphtherie, Fleck- und Küchfalltyphus die gleichzeitige Desinfektion von Wohnung und Effekten unbedingt vorgeschrieben. Auf besondere Anordnung des Polizeipräsidenten hat die Desinfektion auch stattzufinden bei Darmtyphus, Kopfgriepf, hässlichem Scharlachfieber, hässlichen Masern und hässlicher Ruhr. Die Desinfektionen dürfen lediglich durch die städtische Desinfektionsanstalt I (SO., Reichenberger Straße 66, Telefon: Magistrat Berlin Nr. 126) und deren Personal ausgeführt werden. Die Ausführung solcher Desinfektionen durch private Unternehmungen wird von der Polizeibehörde als ausreichend nicht anerkannt. In diesen Fällen muß stets eine nochmalige Desinfektion durch die städtische Desinfektionsanstalt erfolgen. Ein Sonderfall, der eine doppelte Desinfektion und doppelte Kosten erfordert, gibt Veranlassung, auf diese Polizeivorschriften hinzuweisen, damit dem Publikum unnötige Weiterungen und Kosten erspart werden.

Der allgemeinen Friedensdemonstration schließen sich die Blauen Brüder vom Sonatorium Veelitz A. I. an und stimmen der Resolution zu.

Raubfall im Postamt 30. Ein dreifacher Raubfall wurde gestern abend am Postamt 30 in der Reuen Wintersfeldstr. 14 verübt. Als dort die Stenotypistin Erna Rogosch aus der Dankemannstr. 53 zu Charlottenburg im Auftrage der Rechtsanwältin Dr. Goldbaum und Bischof einen größeren Geldbetrag einzulösen wollte, sprang plötzlich ein junger Mann von hinten auf sie zu und entriß ihr einen Hundertmarkschein und zwei Zwanzigmarskscheine. Er flüchtete dann mit der Beute der Straße und suchte nach der Eisenacher Straße zu entweichen. Durch das Geschrei der Bestohlenen wurden aber andere Straßenpostanten auf den Vorfall aufmerksam und mehrere Männer verfolgten den Dieb, der nach kurzer Jagd ergriffen wurde. Nachdem sie ihm eine gehörige Kracht Prügel verabfolgt hatten, wurde er der Polizei übergeben. Er wurde festgestellt als der 24jährige wohnungslose Former Georg Treptow. Das Geld konnte der Ueberfallenen wieder zugestellt werden.

Taschenbände sind hier immer noch an der Arbeit, obgleich, wie wir mitteilen, die Kriminalpolizei schon viele dieser Langfinger, auch ihren „König“ Weich, hinter Schloß und Riegel gebracht hat. Erst gestern erbeuteten zwei von ihnen von einem Kassenboten eine Brieftasche mit 200 M. in Einhundert- und Fünfundzwanzigscheinen. Sie veranlaßten an der Straßenbahnhaltestelle in der Prinz-Louis-Ferdinandstraße künstlich ein Gedränge, und diese Gelegenheit benutzte einer der Diebe, dem Kassenboten die dunkelbraune lederne Brieftasche aus der Brusttasche zu stehlen, während der andere ihn deckte. Der eine der Diebe ist etwa 55 Jahre alt, ungeheißt, 1,73 Meter groß und kräftig gebaut, hat graues Haar und Vollbart und ein rundes, volles Gesicht und trug einen dunklen Ueberzieher; der andere ist etwa 42 Jahre alt und 1,70 Meter groß und mittelkräftig und hat einen gestutzten schwarzen Schnurrbart. Noch nicht ermittelt ist auch der Dieb, der in einem Kaufhause einer Dame die Handtasche abhakt und 2000 M. in Papiergeld und ein Portemonnaie mit 19 M. in Nickel und Silber erbeutete.

Im Friedrichshain erhängt hat sich der 89 Jahre alte Fensterputzer Paul Tiele aus der Georgenkirchstr. 58.

Schankländerer suchten am Sonntag früh das Galanteriewarengeschäft von Joseph Bild in der Ritterstr. 79 heim. Sie erbrachen den Ausstellungsladen, der an der Straße hängt, und erbeuteten daraus für 300 M. elektrische Feuerzeuge. Als sie sahen, daß ein Bäckerjunge sie beobachtete, ergriffen die beiden Eindringlinge unter Zurücklassung einiger Sachen die Flucht und entliefen nach der Prinzenstraße zu. Die Diebe stehen etwa in der Mitte der zwanziger Jahre, näher können sie nicht beschrieben werden.

1000 Mark Belohnung sind auf die Wiederbeschaffung eines wertvollen Schmuckstückes ausgelegt worden, das vor einigen Tagen einer Schauspielerin aus der Hamburger Straße entweder aus ihrer Wohnung oder in einem Kaufhause gestohlen worden ist. Es handelt sich um eine Halskette, die aus 89 Perlen besteht und 10000 M. wert ist. Die Perlen sind in der Mitte der Kette erbsengroß und werden dann nach den Enden zu kleiner. Das Schloß ist mit einem Saphir und zwei Brillanten geschmückt.

Vorort-Nachrichten.

Tempelhof.

Gültige Gemeindevertreterwahlen. Am 16. März 1910 waren in Tempelhof in der dritten Abteilung drei Gemeindevertreter zu wählen. Die Wahlzeit war auf die Stunden von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends festgesetzt worden. Gewählt wurden die Genossen Max Schmidt, Louis Franz und Martin Müller.

Die Gemeindevertretung erklärte die Wahlen für ungültig und stellte sich hauptsächlich auf den Standpunkt, daß nach Ablauf der Frist um 8 Uhr abends von den bereits anwesenden Wählern keine mehr zur Wahl hätten zugelassen werden dürfen,

was doch geschehen sei. — Der Bezirksausschuß zu Potsdam als Berufungsinstanz erklärte dagegen alle drei Wahlen für gültig und führte in der Hauptsache aus: Die Natur der Fristwahl — um eine solche handelte es sich ja — bestehe nicht darin, daß mit dem Stimmabgabe der Stunde, mit der die Frist abläuft, keine Stimme mehr angenommen wird und alle Wähler, die vielleicht schon seit langer Zeit vor dem Wahlische stehen und wegen Ueberfüllung nicht zur Stimmabgabe gelangen konnten, unrichtiger Weise umkehren müssen. Vielmehr hätten alle Wähler, die hier vor 8 Uhr im Wahllokal erschienen seien — aber auch nur diese — zur Stimmabgabe zugelassen werden müssen. Entscheidend sei, ob der Wähler seinen Willen, zu wählen, rechtzeitig durch sein Erscheinen bekundet habe. Der zufällige große Andrang zum Wahlische könne weder den rechtzeitig erschienenen Wähler in keinem Wahlrecht verkürzen, noch dem nicht rechtzeitig erschienenen Wähler Rechte verleihe. Mit Recht seien die rechtzeitig im Wahlraum erschienenen auch noch nach 8 Uhr zur Wahl zugelassen worden. Auch andere Einwände der Gemeindevertretung (ungünstiger Wahlraum) seien verfehlt. Die Wahlen seien gültig.

Die Gemeindevertretung legte Revision ein, aber die gestern das Oberverwaltungsgericht zu befinden hatte. Für die Gewählten machte Genosse Rechtsanwalt Dr. J. Herzfeld geltend, daß die Vorentscheidung weder einen Rechtsirrtum, noch einen Mangel des Verfahrens erkennen lasse. Insbesondere sei der Begriff der Fristwahl durchaus zutreffend gewürdigt worden.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte denn auch das Urteil des Bezirksausschusses als zutreffend. Es bleibt also bei der Gültigkeit der Wahlen.

Leider sind unsere Genossen durch den Gewaltstreik der bürgerlichen Gemeindevertretung 1 1/2 Jahre gehindert worden, im Allgemeininteresse tätig zu sein.

Lichtenberg.

Ueber die Bedeutung der am Sonntag, den 18. November, stattfindenden Stadtverordnetenwahlen referierte am Sonntag in einer öffentlichen Wählerversammlung Stadt, Genosse Düvel. Nach eingehender Würdigung der kommunalen Verhältnisse am Ort ersuchte der Redner die Versammelten, dafür zu sorgen, daß am Sonntag die Kandidaten der dritten Abteilung mit großer Stimmengahl gewählt werden.

Um die Macht der sozialdemokratischen Fraktion zu verstärken, sei es aber auch erforderlich, daß bei der am Montag, den 20. November, stattfindenden Wahl in der zweiten Abteilung den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verholfen werde. Erst dann, wenn auch letzteres geschehen, werde es möglich sein, eine das Allgemeinwohl fördernde Kommunalpolitik zu betreiben.

Für die 3. Wählerklasse wurden sämtliche bisherige Stadtverordnete, und zwar für den Bezirk 4 Genosse Brühl, Bezirk 5 Genosse Linke, Bezirk 10 Genosse Abraham, Bezirk 12 Genosse Spieckermann und Bezirk 15 Genosse Grauer einstimmig in Vorschlag gebracht. Als Kandidaten der 2. Wählerklasse wurden für den Bezirk 2 der Genosse Wähler, für den 3. Bezirk die Genossen Abraham, Grauer und Wähler und für den 4. Bezirk die Genossen Wähler und Ritus vorgeschlagen.

Charlottenburg.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Leibniz-, Ecke der Wisnarsstraße. Ein in schneller Fahrt daherausendes Automobil der Verkehrstruppen, in dem ein Generalmajor saß und das von einem Soldaten gesteuert wurde, überfuhr dort einen etwa 15jährigen jungen Mann und eine etwa 25jährige Frau. Beide Verunglückte erlitten erhebliche Verletzungen. Der Generalmajor ließ die beiden stark blutenden Verletzten mit dem Automobil nach der Unfallstation in der Berliner Straße fahren.

Wie uns gestern in später Abendstunde noch mitgeteilt wurde, ist die unbekannte Frau im Krankenhaus Westend, in das sie von der Unfallstation aus transportiert wurde, ihren schweren Verletzungen erlegen. Die tote trug ein dunkelblaues Kostüm und eine schwarze Bluse. Der Trauring zeigt die Buchstaben G. E. Der gleichfalls verunglückte junge Mann heißt Langner und wohnt in der Larmen-Schloßstraße; er war gestern abend noch nicht vernehmungsfähig.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Montag mittag gegen 1/2 12 Uhr an der Ecke der Haupt- und Stierstraße. Dort wollte der vierjährige Knabe Hermann Berger kurz vor einem herannahenden Automobil den Fahrdamm überschreiten. Obwohl der Chauffeur mit großer Geistesgegenwart seinen Wagen zur Seite rief, lief das erleuchtete Kind in den Kraftwagen hinein, wurde angefahren und geriet unter das Auto. Der Knabe erlitt Verletzungen am Kopf und eine schwere Brustquetschung und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Das Automobil war bei dem Versuch, dem Kinde auszuweichen, gegen einen Baum gefahren, wobei es erheblich beschädigt wurde.

Ein Baumunfall ereignete sich gestern vormittag 10 Uhr auf dem Bau Martin-Luther-Str. 58. Dort stürzten der Puizer Beck und der Arbeiter Proy aus der Höhe der 4. Etage von der Kältung herab. Der Unfall ist, Mitteilungen zufolge, dadurch herbeigeführt worden, daß durch Abwerfen einer Mulde Kalk der Riegel brach. Beide Verunglückte wurden schwer verletzt nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Von anderer Seite wird uns zu dem Unfall noch mitgeteilt, daß auf der Unfallstelle ein Mangel der notwendigen sanitären Einrichtungen vorhanden gewesen sei. Der Puizer habe keinen Verbandkasten gehabt, ebenso habe jeder Hinweis auf die nächste Unfall- und Polizeiwache gefehlt. Die Abgehülften sind auch durch den nachlassenden Mörteleisten verletzt worden. Die erste Hilfe wurde den Verunglückten durch Schwestern des der Gräfin Wittberg gehörenden Schwesternheims erteilt, worauf sie mittels Wagen der Feuerwehr nach dem Victoria-Krankenhaus gebracht wurden.

Zeltow.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen am 17. November nahm eine am vorigen Sonnabend stattgefundene Kommunalwählerversammlung Stellung. Unter den Zeltower Pfeifbürgern herrscht, nach einem in Zeltower Lokalblättern veröffentlichten Artikel sowie einem „Eingelassen“ zu urteilen, vor den Sozialdemokraten eine große Angst. Der Referent, Genosse Udo, unterzog beides einer gebührenden Kritik. Alsdann berichteten die Stadtverordneten Röder und Franke über ihre Tätigkeit im Stadtverordnetenparlament. Zu wählen ist diesmal ein Hausbesitzer. Da der bisherige Vertreter das Mandat nicht mehr annahm, so wurde dem Zimmerer Genossen Franz Schmidt dasselbe übertragen.

Rossen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen sind unsere Genossen den bürgerlichen Kandidaten unterlegen. Noch nie war in Rossen eine so starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen wie in diesem Jahre. Von einzelnen Betrieben wurden die Wähler kolonnenweise zur Wahlurne geführt. Arbeitgeber waren im Wahllokal anwesend, um aufzupassen, wen die bei ihnen Beschäftigten wählten; die Beamten der Post und Eisenbahn kamen truppweise anmarschiert. Sogar der christliche Volksverein hat jedes seiner Mitglieder zur Wahl dirigiert. Auf diese Weise gelang es leider nicht, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Pankow.

Der erste billige Seefisch- und Kartoffelverkauf durch die Gemeinde findet laut Bekanntmachung des Gemeindevorstandes am

kommenden Donnerstag, den 16. N. M., in der Zeit von vormittags 8-12 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz in der Breitenstraße statt. Von Seefischen gelangen Schellfisch, Kabeljau, Seelachs und Hüllern zu mäßigen Preisen zum Verkauf. Auf Verlangen werden hierbei unentgeltlich Kochrezepte verabfolgt. Kartoffeln werden in Mengen von 10 Pfund bis zu einem Zentner abgegeben. Der Preis pro Zentner beträgt 3 M. In der Bekanntmachung wird noch darauf hingewiesen, daß die Verkaufslage und Preise in Zukunft durch Säulenanschlag bekanntgegeben werden.

Spandau.

Die gestrige Stadtverordnetenwahl der zweiten Abteilung, in welcher sechs Mandate zur Wahl standen, hatte folgendes Ergebnis: Es erhielten unsere Genossen 207 bis 230, der Niederverein 1441, und die vereinigten Bezirksvereine, welche die Mandate bisher innegehabt hatten, 666 Stimmen. Die Kandidaten des Niedervereins sind somit gewählt. Unsere Genossen haben sich zum zweiten Male an der Wahl der zweiten Abteilung beteiligt. Die Stimmzunahme betrug gegenüber der Wahl vor zwei Jahren 150 bis 200. Die vereinigten Bezirksvereine und Konfessionsvereine verlieren durch die diesjährigen Wahlen zwölf Mandate.

Am Montag, den 27. November, finden nun die Stichwahlen der dritten Abteilung, und zwar im 1., 5. und 7. Bezirk statt.

In dem 1. Bezirk steht der Kandidat des Niedervereins dem Kandidaten der Konfessionen und des Reichsverbandes, Buchdruckereibesitzer Schab, gegenüber, letzterer wird voraussichtlich seinen Sitz im Stadthaus verlieren.

Im 5. und 7. Bezirk stehen unsere Genossen Schubert und Piel dem Niederverein gegenüber. Hier werden die Genossen die größten Anstrengungen machen müssen, wenn unsere Kandidaten als Sieger aus der Wahl hervorgehen sollen.

Dabei an die Arbeit!

Bei den Delegiertenwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden die von den Arbeitgebern und vom Gewerkschaftsamt für Arbeitnehmer aufgestellten Listen gewählt. An der Wahl der Arbeitgeber beteiligten sich 11 Personen, während sich bei den Arbeitnehmern 320 Personen beteiligten. In der Generalversammlung genannter Kasse wurde der Uebertritt der im eingemeindeten Gutsbezirk Pankow beschäftigten versicherungspflichtigen Mitglieder aus der Ortskrankenkasse Spandau-Land und Umgebung in die Ortskrankenkasse genehmigt. In den Vorstand wurden wiedergewählt als Arbeitgeber die Herren Marzahn und Lorenz, als Arbeitnehmer die Herren Appolt, Schönfeldt, Dallach und Klingbeil. — Mit der Anstellung der Spezialärzte Dr. Buttermann für Frauenkinder und Dr. Gontermann für Chirurgie als Kassenärzte erklärte sich die Versammlung einverstanden und genehmigte auch, daß vom 1. Januar nächsten Jahres der Pauschalatz für die Kassenärzte von 3,75 M. pro Mitglied auf 4 M. erhöht wird.

Große Erzebe haben sich vorgestern drei Sergeanten eines Garderegiments zuschulden kommen lassen. Eine Korrespondenz meldet hierüber folgendes: Die Unteroffiziere befanden sich in angeheitertem Zustande und belästigten in wiederholten Fällen Passanten. Als sie in der Wilhelmstraße einer Drochke begegneten, bielten sie diese mit Gewalt an. Augenzengen des Vorfalls wurden, als sie ihrem Unwillen Ausdruck gaben, von den Unteroffizieren mißhandelt. Auch gegen einen Polizeibeamten, der Ruhe stiften wollte, gingen die Sergeanten tätlich vor. Als der Schuttmann einen der Erzedenten verhaften wollte, wurde dieser von seinen Begleitern befreit. Auch die Insassen der angehaltenen Drochke wurden mißhandelt, wobei die Chargierten sogar blank zogen. Erst als vom 4. Polizeiviertel mehrere Schutzleute entsandt wurden, konnte die Festnahme der Sergeanten, sowie eines in ihrer Begleitung befindlichen Zivilisten erfolgen. Auf der Wache verhielten die Effizienten großen Ärger und versuchten zunächst sich falsche Namen beizulegen. Auf Weisung an das anführende Militärkommando wurden die Unteroffiziere von einer Militärpatrouille von der Polizeiwache abgeholt, der Zivilist nach Feststellung seiner Personallisten entlassen.

Oranienburg.

Eine interessante von dem Komitee der acht bürgerlichen Vereine einberufene Wählerversammlung tagte am Montag im Kaiserhof. Außer bürgerlichen Wählern hatten sich auch eine Anzahl Genossen in der Versammlung eingefunden. Nachdem der Stadtverordnetenvorsteher Herr Riens seinen Bericht über die letzten zwei Jahre im Stadtparlament erstattet, nahm unser Genosse Otto Paris das Wort, um die Anträge zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, welche die sozialdemokratischen Stadtverordneten in dieser Periode gestellt hatten, die aber meist abgelehnt wurden. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen wurde unser Genosse mehrmals vom Vorleser unterbrochen, so daß der Herr Vorleser durch sein unparlamentarisches Vorgehen selbst bei seinen bürgerlichen Freunden großen Unwillen hervorrief. Im weiteren Verlauf der Debatte sprach man den Sozialdemokraten überhaupt das Recht ab, Stadtverordnete zu wählen, da die Stadtverordneten nur aus Patrioten und Königstreuen Männern zusammengesetzt sein müßten. Unser Stadtverordneter Genosse K. Garlipp ließ dem Herrn Justizrat Jonas, der diesen Wunsch geäußert hatte, eine derbe Abfuhr erteilen. An der weiteren Debatte beteiligte sich noch unser Kandidat Genosse Karl Schumann.

Potsdam.

„Mehrkraftverein Potsdam“. Unter diesem Namen hat sich jetzt eine Vereinigung aktiver und ehemaliger Offiziere gebildet, die die schulentlassene Jugend im Sinne der „Nationalen“ erziehen will. Die Geschäftsführung hat das Kommando der Hgl. Unteroffizierschule Potsdam übernommen. Es hat bisher nicht gefehlt an ähnlichen Veranstaltungen. Da Gemeinde, Staat, kirchliche und politische Vereine reichliche Mittel für diese „Jugendfürsorge“ zur Verfügung gestellt hatten, sind die verschiedenen Veruche gemacht worden. Aber die Gründungen des „Nationalen Jugendbundes“, des Vereins für Leibesübungen“, alles hat nicht genützt. Mit der Patrole „zweierlei Luch“ erhofft man jetzt Erfolg. Trotz des eifrigen Bemühens einiger Fortbildungsschullehrer, ihre Schüler für diese „kriegerischen Spiele“ zu interessieren, rekrutieren sich die Teilnehmer hauptsächlich aus den Jünglingsvereinen beider Konfessionen. — Potsdam ist also schnell mit der von dem General v. d. Goltz vertretenen neuen Jugenderziehungsmethode befüllt worden. Die Erfolge werden sich wohl auch diesmal den bisherigen antreiben. Dafür wird das wachsame Auge der Arbeiterschaft sorgen.

Stadtverordnetenversammlung. Für Straßenpflasterungen wurden anschließend an den früheren allgemeinen Plan für 1912 160000 M. bewilligt. Trotz des Versuches einiger Bezirksvereine, ihren Bezirk besonders zu empfehlen, wurde die eingebrachte Vorlage angenommen. Stadts. Wille wünschte die Einrichtung eines besonderen Fonds zur Vergebung zweier Hypotheken, da den Grundbesitzern hierbei oft große Schwierigkeiten entstehen. Der Bürgermeister erklärte, daß der Magistrat diesen Plan schon erwogen habe, aber noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Die für nächstes Jahr aufzunehmende Anleihe von 2 Millionen Mark soll nicht durch Ausgabe von Obligationen geschehen, da dies unpraktisch und teuer sei. Seitens der Landesversicherungsanstalt Berlin und des Oberschlesischen Annapflichtvereins in Thornowitz sind je 1 Million Mark zu 4 Proz. angeboten worden. An der Heiligengeistkirche glaubt man durch Ausgrabungen auf Ueberreste der Umwallung einer wendischen Burg gestoßen zu sein. Die Verschüttung der Funde und der Ausgrabungen durch die Prof. Schuchard und Göge vom Museum für Vorkulturland haben bestätigt, daß weiteres wertvolles Material zu erwarten sei. Zur Fortsetzung der Arbeiten, werden zu den bereits bewilligten 400 M. weitere 800 M. mit 15 Stimmen gegen eine große Minderheit bewilligt. — Am nun endlich den Zug zu haben, gab der Stadts. Bernhard dem Magistrat den Rat, im Konkurrenzkampf mit

anderen Vorzügen darauf hinzuwirken, daß für Potsdam ebenfalls ein 100prozentiger Steuerzuschlag festgesetzt werde. So lange dies nicht der Fall sei (jetzt werden 110 Proz. erhoben) nähen alle Verwaltungen wenig.

Gerichts-Zeitung.

Beruf Dich nicht auf Eulenburg.

Drei Tage Haft bei Wasser und Brot wurden einem Zeugen Karl Lütje zubilligt, der gestern als Zeuge in einer Strafsache vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen hatte. Als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Karsten, die Zeugen in der üblichen Weise ermahnte, die reine Wahrheit zu sagen und sie auf die Folgen eines Meineids hinwies, äußerte der aus der Haft vorgeführte Zeuge Lütje: „Kann, ich denke ein Meineid wird nicht mehr bestraft, sonst hätten sie doch den Fürsten Eulenburg schon wegen Meineids verurteilt!“ — Das Gericht erblühte in dieser Versicherung eine grobe Ungebühr und verhängte gegen L. als Disziplinarstrafe Entziehung der warmen Kost und des Nachtlagers auf die Dauer von 3 Tagen.

Ob die Festsetzung einer Disziplinarstrafe an Stelle einer Ungebührstrafe zulässig sei — die Frage tauchte auch im Rekursprozeß auf — dürfte zum mindesten höchst zweifelhaft sein.

Mordversuch oder Übertretung?

Ein Revolverattentat auf eine Angestellte der Zentrale für Jugendfürsorge lag einer Anklage wegen versuchten Mordes zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Göbel das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der 40jährige Sattler Max Monks vorgeführt. — Der Angeklagte hatte früher in München gelebt, wo er auch seine Frau geheiratet hatte, die ihm ein vorhehliches Kind mit in die Ehe gebracht hatte. Die Ehe war nur von kurzem Bestand und wurde schließlich geschieden, wobei die Frau als allein schuldiger Teil angesehen wurde. Bevor das Urteil rechtskräftig geworden war, hatte die Frau eine einseitige Verfügung erteilt, daß ihr der Angeklagte zum Unterhalt monatlich 20 M. zahlen mußte. Monks blieb jedoch diesen Betrag schuldig und begründete dies damit, daß seine Frau seine sämtlichen Möbel mitgenommen habe und damit gemißvertraut abgefunden sei. Es entstanden alle möglichen Prozesse, so daß der Angeklagte aus den Scherereien und Unannehmlichkeiten überhaupt nicht mehr herauskam. Hingegen kam noch, daß ihm auf Verlangen seiner Ehefrau von einem Jugendfürsorgeverein in München allerlei Scherereien gemacht wurden, trotzdem die von Hausbewohnern und seinem Arbeitgeber eingeholten Auskünfte sehr gut lauteten. Er bildete sich anscheinend ein, daß er von der hiesigen Zentrale für Jugendfürsorge ungerecht behandelt werde, weil sich die Erledigung der ganzen Sache solange hingezogen. Ueber diese Verzögerung geriet M., der sich in letzter Zeit außerordentlich aufgeregter und nervös zeigte, derartig in Wut, daß er sich am 6. Juli d. J. zu einer recht unüberlegten Tat hinreißen ließ. Er erschien in dem Baulstr. 80 gelegenen Bureau und gab ohne weiteres auf ein dort beschäftigtes Fräulein Rosenstock einen Revolvererschuß ab, der aber fehl ging. — Vor Gericht machte Justizrat Strahmann für den Angeklagten geltend, daß dieser ein offenbar hochgradig nervöser Mensch sei, der sich eingebildet habe, es sei ihm Unrecht geschehen und dann irgendein Objekt gesucht habe, um seinen Ärger daran auslassen zu können. Jedenfalls könne man nicht davon sprechen, daß es sich hier um einen wohlüberlegten Mordversuch handele. — Die Geschworenen ließen noch größere Milde walten und verurteilten sowohl die Schuldfrage nach versuchtem Mord wie auch die nach versuchtem Totschlag. Verurteilt wurde lediglich die Nebenfrage nach Übertretung des § 367,8 (Schleudern an von Menschen besuchten Orten). Der Vertreter der Anklage beantragte 5 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Tat des Angeklagten auf 4 Wochen Haft, die aber durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben.

In der Expedition des „Hamburger Fremdenblattes“ waren eines Abends nach 8 Uhr einige Knaben unter 14 Jahren noch mit Zueinanderlegen von Zeitungen beschäftigt worden. Das Landgericht Hamburg hat am 13. Juni den Verleger des Blattes und zwei seiner Angestellten von der Anklage des Vergehens gegen §§ 135, 146 und 161 der Gem.-O. sowie § 5,2 des Kinderschutzgesetzes freigesprochen. Es war der Ansicht, die Tätigkeit der Kinder habe sich nicht auf die Herstellung oder Bearbeitung der Zeitung bezogen; die Knaben hätten also nicht eine gewerbliche, sondern eine kaufmännische Tätigkeit ausgeübt. — Wegen des auffallenden freisprechenden Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der Reichsanwalt führte in der Verhandlung vor dem Reichsgericht am Montag aus: Zu dem gewerblichen Betrieb gehört das Drucken der Zeitung und das Fertigmachen derselben zum Versand; zum kaufmännischen Betrieb gehört der Verlag. Da die Knaben durch das Zueinanderlegen der einzelnen Blätter offenbar mitgewirkt haben, die Zeitung zum Versand fertig zu machen, so ist es unerfindlich, weshalb deren Tätigkeit als

nicht in den gewerblichen Betrieb fallend angesehen werden soll. Das Reichsgericht erkannte dementsprechend auf Aufhebung des Urteils und Zurückweisung der Sache in die Vorinstanz.

Hus aller Welt.

Ein Hamburger Dampfer gesunken.

Ein Opfer der letzten Stürme auf der Nordsee scheint der Hamburger Reederei Sloman jun. gehörige Frachtdampfer „Carata“ geworden zu sein. Ueber den nach Barcelona bestimmten Dampfer, der eine Besatzung von 26 Mann hatte, ist seit der Abfahrt aus Hamburg am 8. November nichts bekannt geworden. Die Befürchtung, daß der Dampfer mit der ganzen Mannschaft verloren ging, wird dadurch wahrscheinlich, daß bei Langel ein Vaoi und Delfässer angetrieben sind, die nachweislich von dem Dampfer stammen.

Ein Gedentag der Rabbodopfer.

Drei Jahre sind es am 12. d. M. gewesen, als das große Grubenunglück auf Rabbod die Welt in Schrecken setzte. 350 brave Knappen mußten ihr Leben lassen, sind Frau und Kindern und Verwandten entrissen worden. Am diesjährigen 12. November bezeugten die Organisationen, daß sie ihre treuen Kameraden, Gewerkschaftler und Genossen noch nicht vergessen haben. Trotz des regnerischen Wetters bewogte sich eine Deputation, von den Gewerkschaften und der Partei bestimmt, unter Anschlag einer ganzen Anzahl Genossen nach dem Massengrabhof. Die Gesellschaft „Frier“, die Verwaltung der Hütte „Rabbod“, hatte eine offizielle Feier für das von ihr gestiftete Denkmal an dem Tage angelegt. Plötzlich konnte die bürgerliche Presse berichten, die Feier sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Warum? —

Zuher den beiden Kränzen der Kriegervereine von Hübel und Gudum hatte auch die Verwaltung von Rabbod trotz ihrer abgegangenen Feier einen Kranz niederlegen lassen. Die Bergarbeiterorganisation, das Gewerkschaftsamt, die Partei, der Radsportverein hatten Kränze mit tiefempfundnen Widmungen niedergelegt.

Das Unwetter in Nordamerika.

Ergänzende Meldungen zu der furchtbaren Unwetterkatastrophe in den Staaten Wisconsin und Illinois am letzten Sonntag besagen, daß die Zahl der Toten und Verwundeten viel größer ist, als man zuerst annahm. Sie beziffert sich auf etwa 700. Der Schaden beläuft sich auf Millionen von Dollars. Ein Telegramm aus Chicago meldet, daß die Schiffsahrt auf den großen amerikanischen Seen furchtbar gelitten hat. Die Zahl der Schiffsunfälle ist sehr groß. Ein ganz außerordentlicher Temperatursturz ereignete sich. Während 19 Stunden fiel das Thermometer von 23,4 Grad auf —10,5 Grad Celsius. Viele Personen wurden erfroren aufgefunden.

Um Leopolds Millionen.

In dem seit langer Zeit währenden Prozeß, den die Prinzessin Luise von Belgien um den Nachlaß König Leopolds angestrengt hatte, ist am Dienstag das Urteil verkündet worden. Die Prinzessin ist mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden. Nur das, was der verstorbene König wenige Tage vor seinem Tode der Niederrheinischen Stiftung vermacht hat, fällt den Erben zu. Besitzanspruch auf diese Vermögensstücke, deren Wert auf 1/2 Millionen Frank angegeben wird, haben nur die Prinzessin Luise und die Prinzessin Stefanie, jetzige Gräfin Lonyah, da die Prinzessin Clementine, jetzige Prinzessin Viktor Napoleon, jeden Anteil auf die etwa durch den Prozeß der Prinzessin Luise zugesprochenen Vermögensstücke im voraus abgelehnt hatte.

Da die Prinzessin Luise zur Tragung von 2/30 der Prozeßkosten verurteilt ist, werden den Schwereanteil von den 1/2 Millionen Frank die beteiligten Advokaten schluden.

Kleine Notizen.

Schwere Fliegerunfälle. Bei einem Fluge von Kachen nach Frankfurt a. M. geriet der Flieger Weyl in der Nähe des Esfeldorfer Weinsrath beim Landen in die Telegraphendrähte. Weyl stürzte ab und wurde schwer verletzt. — Der amerikanische Flieger Rodgers stürzte bei einem Fluge über dem Meere aus bedeutender Höhe ab und fiel ins Wasser. Einem Begleitdampfer gelang es, den schwerverletzten Flieger aus dem Meere zu retten.

Unfall des Militärluftschiffes M. I. Das Militärluftschiff M. I. mußte am Montag infolge Versagens des Motors in der Gegend von Langerich (Rheinland) eine Notlandung vornehmen. Dabei wurde das Höhensteuer zerstört und die Ballonhülle beschädigt.

Schwerer Unfall des Schriftstellers Sienkiewicz. Während einer Jagden auf dem Gute Pawlowice wurde der bekannte polnische Schriftsteller Sienkiewicz von einem Jagdgaste, als dieser noch einem hochgehenden Hasen schob, durch zwei Schüsse am Knie und an der Stirn schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhaus in Warschau gebracht werden mußte.

Ein neuer Weltrekord für Passagierflug. Der Flieger Nulla legte gestern mit vier Mitreisenden an Bord eines Zweideckers von Reims aus eine Strecke von 110 Kilometer in einer Stunde zwölft Minuten zurück und stellte damit einen neuen Weltrekord auf.

Riesenbrand in einem russisch-polnischen Dorfe. Durch Funkenflug aus einer Lokomotive brach in dem Dorfe Stulsk Großfeuer aus, dem die Kirche und zweihundert Häuser zum Opfer fielen. Vier Personen sind tot, mehrere verletzt.

Leser- und Dichterkreis „Zab. Dst.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Büchler Straße 38: Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Hebräerinnen. Eine gute zweifarbige Reproduktion dieses Bildes von Millet wird der Verlag der Zeitschrift „In Freien Stunden“ diesmal beim Schluß des Halbjahresanges den Abonnenten überreichen.

Das Grattankblatt erhalten alle Abonnenten, die den gegenwärtig erscheinenden Roman D'Uver L'Uit von Charles Dickens vollständig bezogen haben. Neu hinzutretende Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachgeholt erhalten.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Bestellungen durch alle Partikularpeditionen, Buchhandlungen und Kolportage.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. 76. Lieber ja. Sie können aber für den Fall der Bedürfnisgültigen Armenunterstützung beantragen. — W. J. Anglerer. Ja. — W. J. 100. 1. und 4. Reim. 2 5 und 6. Sa. 3. Reime. — T. 618. Zunächst ist beim Justizministerium der Antrag auf Verleihung von der Befreiung des Alters zu stellen. Falls dem Beileidungsgeld festgegeben wird, ist der Adoptionsvertrag am zweckmäßigsten vor dem Notar zu schließen, der Sie über das weitere informieren wird. — R. B. 3 M. — W. J. 104. Reim. — J. W. 96. 1 bis 6. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprachstunde. — R. C. 110. Die mündliche Erklärung ist unzulässig. Die Erstgeborene ist adoptionsfähig; in welchem Umfange, läßt sich erst sagen, nachdem bekannt ist, wann die Ehe geschlossen und wo der erste Geborene geboren ist. — Stadterwerbungsamt. Nach der erstmaligen Wahl, die auf 6 Jahre erfolgt, scheiden in je zweijährigen Turnus durch das Loos bestimmt je ein Drittel aus. Die neu- oder Wiedereingewählten bleiben dann 6 Jahre im Amte.

Wartpreise von Berlin am 13. November 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Marktallienpreise. (Reinland). 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 20,00—20,00. Speisebrot weisse, 40,00—60,00. Weizen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,60—2,40. Kalbfleisch, Baufleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Rindfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,50. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 2,60—3,40. 1 Kilogramm Kartoffeln 1,20—2,40. Kote 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Heide 1,30 bis 2,60. Backe 0,80—2,00. Schale 1,40—3,00. Mele 0,60—1,60. 60 Stück Stroh 2,40—3,40.

Wetterungsübersicht vom 14. November 1911.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Temp. in 1 m Höhe	Temp. in 0 m Höhe	Temp. in 10 m Höhe	
Bismarck	772,5	2	Dunst	7	Caparanda	767,5	4	bedekt	—0
Hamburg	772,5	2	bedekt	5	Bielefeld	774,5	1	bedekt	—1
Berlin	773,5	2	wolfig	5	Schla	765,5	6	bedekt	12
Frankfurt a. M.	774,5	1	bedekt	5	Wetzlar	768,5	1	Regen	6
München	775,5	3	bedekt	5	Paris	771,5	1	wolkenl.	—1
Wien	762,5	2	wolfig	7					

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. November 1911.

Zunächst vielwolfig heiter, nachts kühler bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; nachher wieder zunehmende Erwärmung, Bewölkung und etwas Regen.

Wasserkreislauf-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 13.11.	am 12.11.	Wasserstand	am 13.11.	am 12.11.
Remet, Mühl	66	0	Saale, Großh.	56	+18
Bregel, Jüterburg	—22	—5	Castel, Spandau	82	+4
Beichel, Idorn	—20	—2	Kahmen	—	—2
Ober, Rathen	80	+1	Spree, Strömberg	90	0
Krosen	22	+3	Besten	80	—2
Frankfurt	87	—3	Weser, Minden	85	—5
Wartde, Schimm	—26	0	Rhein, Rindon	134	+7
Landsberg	—44	+1	Rhein, Magdeburg	124	+12
Reye, Verden	—20	0	Donau	105	—1
Elbe, Litzow	—88	+9	Elbe	77	0
Dresden	—210	—5	Weser, Verden	83	+19
Harz	3	—1	Rain, Verden	85	—2
Hagelburg	13	+1	Weser, Lüne	61	+17

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel.

Auffallend billige Knabenkleidung

Besonders für Bescherungen geeignet!

- Blau Cheviot-Anzüge für 3-5 Jahre durchweg 290 M.
- Stoffanzüge sehr haltbar, verschiedene Muster und Fassons, 3-5 Jahre durchweg 450 M.
- Manchester-Anzüge 1. Viol. Farb., Blausaffas 3-5 Jahre .. durchweg 350 M.
- Le Manch.-Anzüge unverwundl., gute Verarb., 3-5 Jahre durchweg 650 M.
- Kammgarn-Anzüge 1. blau, braun, oliv. Schöne Fass., 3-5 Jahre, durchweg 650 M.
- Sport-Anzüge in vielen Mustern und Fassons, sehr haltbar, 3-5 Jahre durchweg 650 M.
- Sport-Anzüge reiche Ausmusterung, für 10 Jahre (jede größere Nummer 10 Pf. mehr) 950 M.

- Jackett-Anzüge neueste Stoffe u. Fass., 7-14 Jahre, durchweg 900 M. 750 M.
- Loden-Joppen warm gefüllter, für 4 bis 8 Jahre, durchweg 350 M.
- Loden-Joppen in vielen Farben, warm gefüllt, 10-14 Jahre, durchweg 450 M.
- Knaben-Pyjack Aermel mit Abzeichen, für 3-5 Jahre durchweg 425 M.
- Knaben-Hosen Man und gemustert, 2-5 Jahre, durchweg 150 M. u. 60 Pf.
- Schüler-Hosen in vielen Mustern 3-14 Jahre, durchweg 200 M. u. 150 M.
- Knaben-Manchest.-Hosen 3-5 Jahre durchweg 235 M.



Schüler-Mützen viele Formen von 60 Pf. an

Große Posten Muster-Anzüge, Pyjacks, Ulster, Paletots Prima Stoffe, aparte Fassons, teilweise unter Herstellungspreis

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, imprägn. Stoffe, grau, oliv und braun von M. 450 an

Baer Sohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 * 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 * Schöneberg, Hauptstr. 10

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Frankfurter Viertel. (Bezirk 300.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metallarbeiter **Emil Tittmann**, Große Frankfurter Straße 110, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Adolf Amelung** am 12. November an Nervenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Emil Tittmann** am 12. November an Nervenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Frankfurter Viertel. (Bezirk 300.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Gustav Block** Große Frankfurter Straße 63, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Falkenberger Weg (Weigensee) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Gustav Block** am 13. November im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weigensee, Straße 18, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Zweigverein der Café-Angestellten).
Am 13. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der Cafékoch **Wilhelm Erdmann**.
Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalder Straße (Gumboldstraße) aus statt.
15726
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter **August Bohr** Kitzdorf, Fallstraße 20, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 15. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kitzdorfer Gemeindefriedhofes in Tempelhofer, Gottfried-Dunkel-Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin. Sektion der Pauer.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Karl Stoepel** am 11. d. Mts. im Alter von 75 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Sophien-Kirchhofes in der Bergstraße aus statt.
141/3
Die örtliche Verwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 10. d. Mts. starb ganz plötzlich unser Mitglied und Kollege **Adolf Simon** im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., nachmittags 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Friedhofes, Varusstraße, aus statt.
22/9
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Glaser.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **August Gelhaar** zuletzt bei S. Schmidt beschäftigt, in der Nacht zum 13. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Rosbitz aus statt.
72/5
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 12. November verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder, der Klempner **Adolf Zeidler**.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Auguste Zeidler nebst Kindern. Moritz Zeidler. Gustav Zeidler.

Durch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann und unser guter Vater, der Klempner **Ferdinand Remle** nach langem, schwerem Leiden am Montag, den 13. November, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Schönberger Friedhofes (Wanke Hölle) aus statt.
Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an
Die trauernde Gattin **Martha Remle** nebst Kindern.

Am 12. November verstarb nach langem, schwerem Leiden im 63. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Maria Litke** geb. Zimmermann.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zingst-Friedhof zu Wrensfelde statt.
Abt. Weigensee Bkt. 233 nachm.
Für die überaus herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzbinden anlässlich der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter **Auguste Müller** geb. Huke sagen allen Freunden, Bekannten und Verwandten als auch den Vereingenen der 7. Abteilung, dem Lichtenberger Männerchor und den Rindewohner des Quartes, unseren besten Dank.
15726
Emil Müller und Kinder, Lichtenberg, Gärtelstr. 26a.

Blendend weisse Wäsche
erzielt man mit
Dr. Thompson's SEIFENPULVER
1/2 Pfund Paket 15 Pfg.



In Berlin weiß es groß und klein
Servus ist das Beste nur allein



Servus Bester Schuhputz.
Überall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.
Fabrik: Lubbs & Co., Berlin-Lichtenberg.

*Tyfloßbrüü
Floßfumbin*
anerkannt v. H.,
im Gipsmannt unversiegt
Lactofantia Garabarbiana.
Ein Qualität ist fursorgung!

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 16. November 1911, abends 8 Uhr, im großen Saal der Armeehallen, Kommandantenstr. 58/59:
General-Verammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vorschläge für drei Mitglieder des Gewerlkandes. 3. Antrag zur Änderung des Ortsstatuts. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Verammlung wird pünktlich 1/3 Uhr eröffnet.
Schriftlichen Bericht erwartet
Die Ortsverwaltung.

Persil
Einzig dastehend
ist Persil als selbsttätiges
Waschmittel,
denn es vereinigt denkbar höchste
Wasch- und Bleichkraft mit geringster
Arbeitsleistung und größter
Billigkeit im Gebrauch. Dabei
absolut unschädlich für das Gewebe,
da frei von scharfen Stoffen.
Erbälteich nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten
Henkel's Bleich-Soda
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor**, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.



Möbel
liefert auf Teilzahlung
bequeme Rückzahlung
bei kleinster Anzahlung in
bekanntester Güte
(mit größter Rücksicht bei Krankheit
und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
Straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochelegant. Genre z. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Gegründet 1864
**Pelz-
waren.**
Engras-Export.
S. Schlasinger,
Neue Königstr. 21
Ordemannhaus.
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen
**Pelz-Stolias
Muffen**
Chick garnierte
Damenpelzhüte
federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.



Deutsches Frack-Verleih-Institut.
S. Berg Nachf. Borchardt
Friedrichstr. 115 I, a. Oranienb. Tor.
Von 2 M. an ein modernes eleganter
nur 2 Frack oder Gehrod.
Von 1,50 M. an ein elegantes
nur schwarzes Reinfleisch.
Von 1 M. an eine eleg. schwarze od.
nur weiße Weste, Zylinderhüte
Erfahrener Schnittler erstellt nach
doppelt überdauernder Methode sehr er-
folgreichen

Violinunterricht.
Eingelunterricht per Stunde 1,25,
1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler zu-
sammen per Stunde 1,50. Häheres
unter Postlagerkarte 457, Briefpost-
amt Berlin.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Latzen
von 25 Mark an. **Moritz Zabat**,
Neue Promenade 5, II. (Stadt. Bkt.)

Ohne Anzahlung
berghilfen, Groß-Gelicht, distret Wäsche,
Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche
und Decken, bei keinen Monatsraten.
Keine Kassierer! Erferten unter P. 2
Sauptreproduktion des "Bormärts"
(Angabe der Bezugzeit) 15666*

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Meritzplatz
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4.

Unwiderruflich
Ziehung am 28., 29. u. 30. November.
**Düsseldorfer Ausstellungs-
LOTTERIE**
12156 Gew.
1. Wert v. Mk.
90000
15000
10000
5000
Lose à 50 Pfg., 11 Lose
Porto und Liste 30 Pfg., veronend
General-Debit
Ferd. Schäfer,
Bankgeschäft, Düsseldorf.
Auch zu haben in allen künftlich
machten Verkaufsstellen.

WESTMANN
Mohrenstrasse 37a. (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 nahe Andreasstr.)
Drei grosse Posten!

1 Posten Plüschmäntel (kein Velvet oder Sammet)	alle Weiten!	Velours du Nord II M. 36.-	Velours du Nord I . . . 52.-	dehair 00 . . . 60.-	Seal 000 . . . 70.-	Seal Ia Ia . . . 100.-
1 Posten Fausch- u. Abendmäntel	Coal. Velours . . . M. 40.-	Coal. gestreifte Velours . . . 40.-	Fausch ohne Abseite . . . 12.-	Fausch mit Abseite . . . 16.-	Phantasie . . . 22.-	
1 Posten Kostüme u. Gesellschaftskleider	Modelle: 30.- 35.- 40.- bis 100.- real! bis 300.-	Sammgarn . . . 5.-	Velvet . . . 40.-	engl. Charakterstoffe . . . 35.-	nicht engl. Stoffe . . . 20.-	

Zurückgesetzte Konfektion soweit Vorrat, passend auch für Geschenke.
Ein Posten Plüsch-Konfektion (darunter Modelle) M. 17 1/2
Ein Posten Ullster (darunter Modelle) M. 9 1/2
Ein Posten Kostüme (darunter Modelle) M. 15
Ein Posten Röcke und Blusen (darunter Modelle) M. 6 1/2


